

Einzelplan 04

Innenministerium

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Kap. 0401 Ministerium	9
Kap. 0402 Sport	37
Kap. 0403 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter	42
Kap. 0405 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	52
Kap. 0406 Amt für Katastrophenschutz	66
Kap. 0407 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	79
Kap. 0408 Allgemeine Bewilligungen	93
zu Kap. 0409 Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes'	97
Kap. 0410 Polizei	98
zu Kap. 0412 Ämter für Ländliche Räume	129
Kap. 0416 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	130
Einnahmen und Ausgaben	152
VE-Abschluss	154
Einnahmen und Ausgaben MG/TG	156
Zusätzliche Erläuterungen Kataster- und Vermessungswesen (0403)	165
Zusätzliche Erläuterungen Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen (0416)	171
Anlage zum Kapitel 0416	177
Inhaltsverzeichnis Stellenplan / Stellenübersichten	179

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Der Geschäftsbereich des Innenministeriums umfasst neben zentralen Aufgaben der Personalwirtschaft und der allgemeinen Verwaltung vor allem die strategischen Aufgabenbereiche

- 1. Unterstützung der politischen Steuerung**
Hierzu gehört neben den Querschnittsaufgaben der Allgemeinen Abteilung noch die Datenschutzaufsicht im Bereich der Wirtschaft, die Bereitstellung der benötigten statistischen Daten und Geodaten, das Vermessungswesen sowie das Personalrecht. Veranschlagt ist dieser Aufgabenbereich im Kapitel für das Ministerium (0401) sowie im Kapitel Geo-Informationen (0403).
- 2. Verfassungsrecht/Gesetzgebung**
Auch dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel für das Ministerium (0401) veranschlagt.
- 3. Kommunale Angelegenheiten**
Dieser Bereich umfasst im Wesentlichen die Kommunalaufsicht, die in 0401 veranschlagt ist.
- 4. Sport**
Veranschlagt im Kapitel Sport (0402).
- 5. Innere Sicherheit**
Zum Aufgabenbereich der Inneren Sicherheit zählt die Polizei - veranschlagt in 0410 -, der Brand- und Katastrophenschutz (0405, 0406) sowie der Verfassungsschutz, der in 0401 veranschlagt ist.
- 6. Ausländer- und Migrationsangelegenheiten**
Veranschlagt in 0407 einschließlich Spätaussiedlerangelegenheiten.
- 7. Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen**
Neben der Städtebau- und Wohnraumförderung ist im Kapitel 0416 das Bauwesen veranschlagt.
- 8. Aufgaben der Landesplanung und Raumordnung**
Veranschlagt in 0401.

Das Ministerium gliedert sich in folgende Abteilungen:

1. Allgemeine Abteilung
2. Verfassung, Gesetzgebung, Dienst- und Ordnungsrecht, Vermessungswesen
3. Kommunale Angelegenheiten und Sport
4. Polizei
5. Landesplanung
6. Ausländer- und Migrationsangelegenheiten, Städtebau, Bau- und Wohnungswesen
7. Verfassungsschutz

Dem Ministerium sind zugeordnet:

das Landespolizeiamt (Bildung eines Landespolizeiamtes - GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 408),
das Landeskriminalamt (Bildung eines Landeskriminalamtes - GVOBl. Schl.-H. 1994 S. 138 -),
das Amt für Katastrophenschutz (Organisationserlass über die dem Ministerium zugeordneten Ämter - Amtsbl. Schl.-H. 1997 S. 57 -).

Dem Ministerium unterstehen folgende Landesbehörden und Einrichtungen:

das Landesvermessungsamt als Landesoberbehörde und 8 Katasterämter (Vermessungs- und Katastergesetz - VermKatG - vom 12.05.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128),

die Landesfeuerweherschule als nicht rechtsfähige Anstalt für die Ausbildung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die Führungsausbildung im Katastrophenschutz sowie ab 2003 die Ausbildung der Nachwuchskräfte für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes nach § 18 Brandschutzgesetz (GVOBl. Schl.-H. 1996 S. 200), geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2002 (GVOBl. Schl.-H. 2003, S. 2),

8 Polizeidirektionen, die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei sowie weitere den Polizeidirektionen nachgeordnete Dienststellen einschließlich 4 Bezirkskriminalinspektionen (Polizeiorganisationsgesetz vom 12. 11. 2004, GVOBl. Schl.-H. S. 408),

das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein als Landesoberbehörde in Neumünster und dessen Außenstelle in Lübeck.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Auf der Grundlage der Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes wurde am 1. Mai 2005 das Landespolizeiamt (LPA) errichtet.

Damit einhergehend werden Aufgaben aus dem Innenministerium und den Behörden und Ämtern sukzessive auf das neue LPA übertragen.

Die Aufgabenstrukturen der Verkehrspolizeidirektion und der Wasserschutzpolizeidirektion werden vollständig integriert.

Am 1. Oktober 2005 erfolgt die Errichtung der Polizeidirektionen Neumünster und Kiel. Die Verkehrspolizeidirektion wird aufgelöst.

Am 1. Januar 2006 erfolgt die Errichtung der Polizeidirektionen Bad Segeberg und Itzehoe. Die Polizeidirektion Schleswig-Holstein West und Mitte werden aufgelöst.

Anschließend erfolgt am 1. Januar 2006 die Errichtung der Polizeidirektionen Lübeck, Ratzeburg, Flensburg und Husum. Die Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd und die Polizeidirektion Schleswig-Holstein Nord werden aufgelöst.

Übergang der Abteilung 8 Ländliche Räume und Küstenschutz sowie der Ämter für Ländliche Räume im Rahmen der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung in das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.

Die bisherige Abteilung 5 „Städtebauförderung und Wohnungswesen“ wird in die Abteilung 6 eingegliedert.

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Im Rahmen der Einführung einer outputorientierten Budgetierung werden ab 2006 die bisher in den jeweiligen Kapiteln veranschlagten Personalkosten - nicht jedoch die Planstellen und Stellen - mit Durchschnittswerten in die strategischen Aufgabenbereiche umgesetzt.

D. Ausweisung der Leerstellen

Leerstellen		
- ohne kostenwirksame Leerstellen -		
Kap.	1.2.2005	1.2.2004
0401	15	14
0403	10	29
0405	0	0
0406	0	0
0407	0	0
0410	130	120
<hr/>		
Epl. 04	155	163

Diese Leerstellen sind im Kapitel- und Einzelplanabschluss nicht enthalten.

Nachrichtlich:

1.	Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger		
a)	Anzahl	Stand 01. 01. 2004:	5.136
		Stand 01. 01. 2005:	5.177
b)	Ist	2004 - in T€ - :	124.526,7

Soll	2005 - in T€ - :	124.532,6
Soll	2006 - in T€ - :	128.256,9

2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl in 2004: 5
 - b) durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze: 8 Jahre, 5 Monate

3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Stand 31. 10. 2004)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	9.916
Pflichtquote (5%)	496
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	524

E. Personalbudget nach Haushaltsjahren

Haushaltsjahr	Personalbudget nach Haushaltsjahren	
	Betrag (in T€)	Anzahl in Vollzeitkräften
2006	340.258,5	9.083

F. Outputorientierte Budgetierung

Im Hinblick auf die outputorientierte Budgetierung wurden die mit strategischen Aufgabenbereichen verbundenen Personalausgaben umgesetzt in die dazugehörigen, unten dargestellten Kapitel.

Die Personalausgaben der im Ministeriumskapitel veranschlagten strategischen Aufgabenbereiche wurden umgesetzt.

Ministerium

(Kapitel 0401)

Sport

(Kapitel 0402)

Geo-Informationen und Statistik

(Kapitel 0403, Kapitel 0401 MG 07)

Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

(Kapitel 0407)

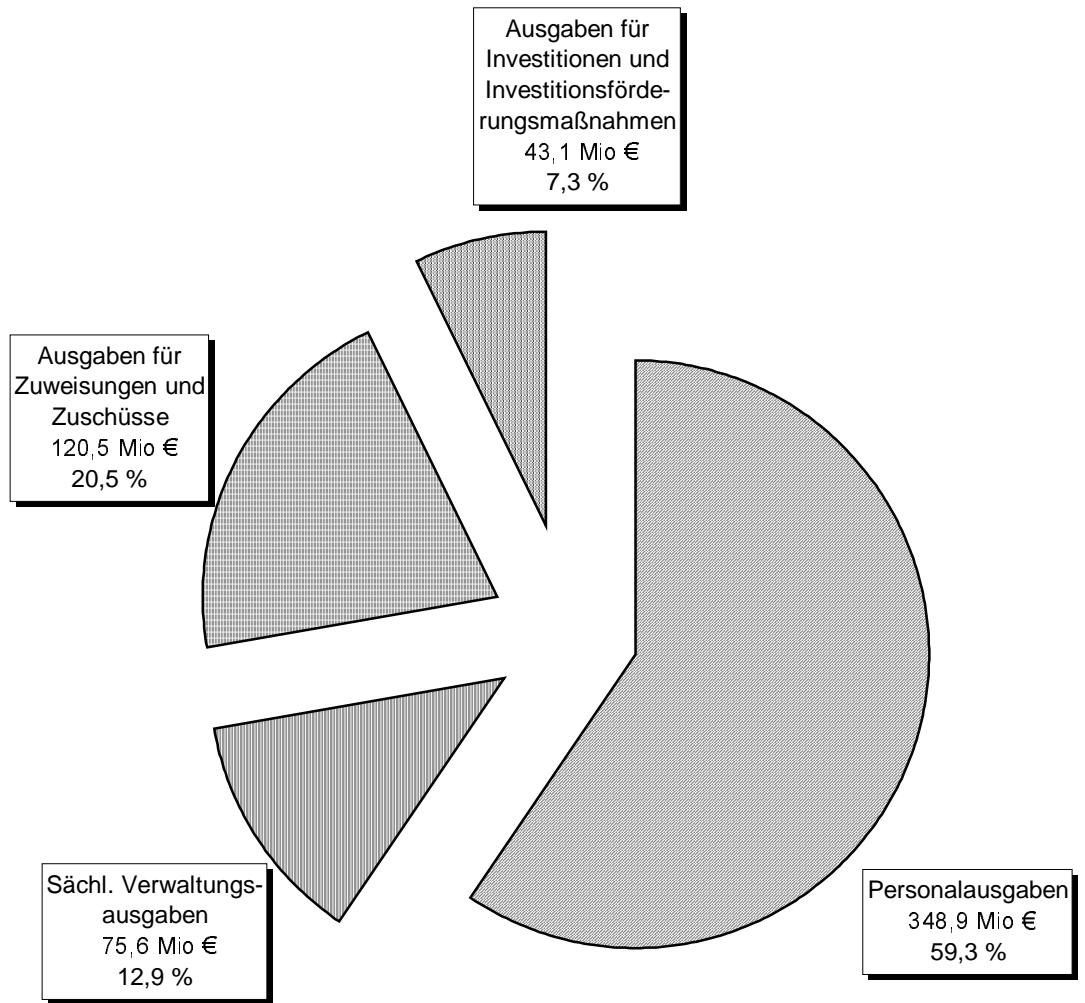
Innere Sicherheit

(Titel 0401 - 535 01 „Verfassungsschutz“, Kapitel 0405 „Brandschutz“, Kapitel 0406 „Katastrophenschutz“ und Kapitel 0410 „Polizei“)

Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

(Kapitel 0416).

Einzelplan 04 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2006



04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 68 Unterstützung des gemeinsamen sozialen Wohnungsbaus in der Metropolregion Hamburg
- 69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben

- 06 Raumordnung
- 07 Statistik
- 61 Modernisierung der Verwaltung
- 62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX, Erfassungsstelle für die Bewerbung Schwerbehinderter
- 68 Unterstützung des gemeinsamen sozialen Wohnungsbaus in der Metropolregion Hamburg
- 69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

Einnahmen

111 01	011 Gebühren und tarifliche Entgelte	200,0	200,0
		114,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	Gebühren für Einbürgerungen und Beglaubigungen		174.000
2.	Sonstiges		26.000
Summe			200.000

111 02	011 Erstattung von Prozesskosten	5,0	3,5
		26,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen nach dem Zeugen- und Sachverständigen-gesetz (ZSEG) für das gesamte Ressort (einschl. Polizei) wie z. B. Fahrtkosten, Portokosten, Tagegelder bei Gerichtsverfahren usw., die aufgrund von Gerichtsbeschlüssen oder Urteilen von einer Prozesspartei erstattet werden müssen.

112 01	011 Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	2,0	1,0
		18,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Geldstrafen für gerichtlich oder sonst anerkannte Strafen, Ordnungsstrafen, Disziplinarstrafen, Sühnegelder und Geldbußen einschließlich damit zusammenhängender Prozesskosten usw.

119 01	011 Einnahmen aus Veröffentlichungen	200,0	200,0
		224,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	Abonnenten- und Einzelverkauf für Verkündungsblätter		115.000
2.	Kostenerstattung für Veröffentlichungen Dritter (nicht Landesbehörden)		85.000
Summe			200.000

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

119 02 011 Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Ministeriums 2,0
5,9 1,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände und Kostenbeiträge für private Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw. sowie sonstige Verwaltungseinnahmen. Weniger, weil keine Rückzahlungen von in Vorjahren geleisteten Ausgaben zu verbuchen sind.

119 03 011 Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen 0,0
0,0 0,0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 06 011 Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren 0,0
0,0 1,0

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der MG 06 zu verwenden.

119 99 011 Vermischte Einnahmen 17,0
1.081,5 16,0

Erläuterungen:

Verwaltungseinnahmen von geringer Bedeutung, die nach ihrer Zweckbestimmung keiner anderen Gruppe dieses Kapitels zugeordnet werden können.

124 01 011 Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung 31,8
34,6 31,8

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. aus - Dienstwohnung (Vorjahr: 1)	0
2. aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von	
2.1 Grundstücken in Größe von - qm (Vorjahr: - qm)	0
2.2 Gebäuden, Wohnungen und dergl. mit	
2.2.1 - Mietwohnungen an Landesbedienstete (Vorjahr: -)	0
2.2.2 1 Mietwohnungen an Dritte (Vorjahr: -)	7.100
2.2.3 - Büroräume an Dritte (Vermietung an Schl.-H.Konz.Org.GmbH)	16.800
2.2.4 - Mieteinnahme Antennenanlage D1 Parkhaus Reventlouallee	4.300
2.2.5 Vermietung von Parkplätzen Düsternbrooker Weg 104	3.600
3. Sonstige Einnahmen	0
Summe	31.800

Die ehemalige Dienstwohnung wurde zum 01.12.2003 in eine Mietwohnung umgewandelt.

131 01 011 Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen 0,0
3,2 0,0

Mit Neuanmietung verbundene Veräußerungen bedürfen der Einwilligung des FM.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
132 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 46,9	5,0
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf eines abgängigen Dienstfahrzeugs. Vgl. Tit. 811 01.		
231 02	011	Zuweisungen der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 541 01.		
231 03	011	Zuweisungen der Kosten der Europawahl durch den Bund	0,0 2.070,4	0,0
		Erläuterungen: Nach § 25 Abs. 1 EuWG i.V.m. § 50 BWG erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben. Vgl. Tit. 541 03.		
231 04	249	Zuweisungen des Bundes nach dem Gräbergesetz	587,0 584,1	587,0
		Erläuterungen: Der Bund trägt die Kosten für die in § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) i.d.F. vom 29. Januar 1993 (BGBl. I S. 178) bezeichneten Maßnahmen für die öffentlich gepflegten Gräber. Vgl. Tit. 633 02.		
231 05	249	Zuweisungen des Bundes für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	13,0 13,1	13,0
		Erläuterungen: Der Bund trägt 50 v. H. der Ausgaben für die Instandsetzung und laufende Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe. Vgl. Tit. 633 03.		
261 01	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch die GMSH	0,0 0,0	0,0
271 03	528	Erstattung von Verwaltungskosten für EU-Förderungsprogramme	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 1317 - 27103.		
271 05	625	Erstattung der EU für die Durchführung des Projektes COMRISK im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programmes	0,0 0,0	0,0
		Übertragen nach 1315 - 27203.		
271 06	625	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes CoastPlan im Rahmen von Interreg III C	16,8 7,6	17,0
271 07	625	Erstattung der EU für die Beteiligung an INTERREG-Projekten der Landesregierung	10,0 2,3	10,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der MG 06 zu verwenden.		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
281 01	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Enteignungsverfahren	3,0 42,5	3,0
		Erläuterungen: Mit diesem Titel werden Verwaltungsgebühren und zu erstattende Auslagen vereinnahmt, die im Zusammenhang mit Enteignungsverfahren entstehen und von den jeweiligen Antragstellern - ausgenommen das Land Schleswig-Holstein - zu tragen sind.		
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 0,0	0,0
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0 0,0	0,0
68 Unterstützung des gemeinsamen sozialen Wohnungsbaus in der Metropolregion Hamburg				
153 68 (TG 68)	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorgesehen für Zinseinnahmen aus Rückforderungen und Überzahlungen von gewährten Zuwendungen.		
173 68 (TG 68)	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	0,0 0,0	0,0
332 68 (TG 68)	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorgesehen für den Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 50 v. H. an den Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen aus dem Programm zur Unterstützung des gemeinsamen sozialen Wohnungsbaus durch den Förderungsfonds Nord. Vgl. Ausgabe-TG 68.		
333 68 (TG 68)	692	Sonstige Einnahmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorgesehen für Einnahmen aus Aufhebungen von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen.		
Summe der Titelgruppe 68			0,0 0,0	0,0
69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg				
153 69 (TG 69)	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0 0,0	0,0
173 69 (TG 69)	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	115,0 104,1	655,1
332 69 (TG 69)	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen	0,0 534,4	0,0
		Erläuterungen: Vorgesehen für den Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 50 v. H. an den Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen. Vgl. Ausgabe-TG 69.		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
333 69	692	Sonstige Einnahmen	0,0	0,0
(TG 69)			9,2	
Erläuterungen:				
Vorgesehen für Einnahmen aus Aufhebungen von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen.				
Die Einnahmen können für neue Bewilligungen bei den Ausgabetiteln der TG 69 verwendet werden.				
Summe der Titelgruppe 69			115,0	655,1
			647,7	
71		Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg		
332 71	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Zuweisungen für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen beider Länder	104,0	104,0
(TG 71)			103,4	
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 50 v. H. an den Zuweisungen. Insbesondere für grenzüberschreitende Maßnahmen sowie Maßnahmen, die im besonderen Interesse beider Länder liegen.				
Vgl. Tit. 883 71 (TG 71).				
333 71	692	Sonstige Einnahmen	0,0	0,0
(TG 71)			0,0	
Erläuterungen:				
Vorgesehen für Einnahmen aus Aufhebungen von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen.				
Die Einnahmen können für neue Bewilligungen bei den Ausgabetiteln der TG 71 verwendet werden.				
Summe der Titelgruppe 71			104,0	104,0
			103,4	
Summe der Einnahmen			1.306,6	1.848,9
			5.027,0	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

<p>421 01 011 Bezüge der Ministerin oder des Ministers</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Veranschlagt sind:</p>	<p>144,9 134,4</p>	<p>144,9</p>															
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 80%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: right;">2006</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">€</td> </tr> <tr> <td>1.</td> <td>Bezüge</td> <td style="text-align: right;">143.182</td> </tr> <tr> <td>2.</td> <td>Aufwandsentschädigung</td> <td style="text-align: right;">1.718</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-top: 1px solid black;">Summe</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">144.900</td> </tr> </table>					2006			€	1.	Bezüge	143.182	2.	Aufwandsentschädigung	1.718	Summe		144.900
		2006															
		€															
1.	Bezüge	143.182															
2.	Aufwandsentschädigung	1.718															
Summe		144.900															
<p>422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten</p> <p>16,5 T€ übertragen nach 1003-422 01</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Weniger durch die Einführung einer outputorientierten Budgetierung. Vgl. Vorwort Buchstabe F.</p>	<p>11.986,5 12.352,9</p>	<p>8.468,2</p>															
<p>422 02 011 Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte</p>	<p>0,0 0,0</p>	<p>0,0</p>															
<p>422 03 011 Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst</p> <p>weggefallen</p>	<p>0,0 0,0</p>	<p>0,0</p>															
<p>425 01 011 Vergütungen der Angestellten</p> <p>59,2 T€ übertragen von 1352 - 425 01.</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Weniger durch die Einführung einer outputorientierten Budgetierung. Vgl. Vorwort Buchstabe F.</p>	<p>7.195,2 7.203,2</p>	<p>5.218,1</p>															
<p>426 01 011 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Veranschlagt sind:</p>	<p>1.854,9 1.849,2</p>	<p>1.845,7</p>															
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 80%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: right;">2006</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">€</td> </tr> <tr> <td>1.</td> <td>Löhne</td> <td style="text-align: right;">1.844.780</td> </tr> <tr> <td>2.</td> <td>Zulage für das Führen eines sondergeschützten Fahrzeuges</td> <td style="text-align: right;">920</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-top: 1px solid black;">Summe</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">1.845.700</td> </tr> </table>					2006			€	1.	Löhne	1.844.780	2.	Zulage für das Führen eines sondergeschützten Fahrzeuges	920	Summe		1.845.700
		2006															
		€															
1.	Löhne	1.844.780															
2.	Zulage für das Führen eines sondergeschützten Fahrzeuges	920															
Summe		1.845.700															
<p>427 01 011 Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte</p>	<p>18,5 18,4</p>	<p>18,5</p>															
<p>452 01 011 Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit</p> <p>weggefallen</p>	<p>0,0 0,0</p>	<p>0,0</p>															

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

453 01 011 Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen **34,2**
12,7 **10,0**

Deckungsfähig mit 0403 - 453 01 und 0406 - 453 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Trennungsgeld	5.000
2. Umzugskostenvergütung	5.000
Summe	10.000

Weniger in Folge der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung.

459 03 012 Ideenmanagement "misch mit" **15,8**
0,4 **2,3**

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz werden Prämien zur Honorierung von Verbesserungsvorschlägen im Geschäftsbereich des Innenministeriums und zentrale Maßnahmen (z. B. Werbung) für das Ideenmanagement "misch mit" in der gesamten Landesverwaltung finanziert.

462 01 989 Globale Minderausgaben für Strukturmaßnahmen im Personalbereich **0,0**
0,0 **0,0**

511 01 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **742,3**
690,3 **717,4**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Büromaterial	40.000
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	40.000
3. Druck- und Buchbindearbeiten	5.000
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren, Datenfernübertragung, Geb. Alarmanlage	575.400
5. Ersatzbeschaffung von Geräten	37.000
6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000
7. Unterhaltung von Geräten	10.000
8. Sonstiges	0
Summe	717.400

Zu Position 4:

Veranschlagt sind die Entgelte für Brief- und Frachtdienste für alle Ministerien (ohne Staatskanzlei), Landesamt für Denkmalpflege, Landesbibliothek, Landeszentrale für politische Bildung und Verwaltung Kieler Schloss sowie Fernmeldeentgelte für Mobiltelefone, Wohnungsdienstanschlüsse sowie Internet/E-Mail-Anschlüsse.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

514 01 011 Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl. 347,7
324,3 372,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	146.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	12.000
3.	Verbrauchsmittel	214.500
4.	Sonstiges	0
Summe		372.500

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2005	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2005
Pkw mit Fahrer	37	37	36
Selbstfahrer	27	27	22
Sicherheitsfahrzeuge	1	1	1
Zusammen	65	65	59

Die Ministerpräsidentin bzw. der Ministerpräsident, die Landesministerinnen und Landesminister, die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre, die Regierungssprecherin bzw. der Regierungssprecher können über Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinien der Landesregierung für die persönliche Benutzung von Dienstkraftwagen im Lande Schleswig-Holstein vom 10. März 1994 verfügen.

Bei der Dienst- und Schutzkleidung ist die Ersatzbeschaffung für 1 Kfz-Meisterin oder Kfz-Meister, 35 Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer, 1 Buchbinderin oder Buchbinder und 1 Druckerin oder Drucker sowie die Reinigung der Schutzkleidung berücksichtigt.

514 03 011 Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen 10,0
11,3 0,0

Erläuterungen:

Übertragen nach 514 01.
Leertitel zur Abwicklung.

517 01 011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 0,0
0,0 0,0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

517 91 011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH 941,9
943,7 944,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Nebenkosten für die von der LVSH angemieteten Gebäude und Räume und die auf Grundlage der Einzelbewirtschaftungsverträge an die GMSH zu entrichtenden Bewirtschaftungskosten.

518 01 011 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume 11,0
6,5 11,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Garagenmieten für 21 Cheffahrzeuge.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	118,0 101,7	126,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Mieten für Geräte und Kosten für mietvertraglich vereinbarte Wartungen, notwendige Instandsetzungen und Kopierkosten für Fotokopiergeräte.				
518 91	011	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	2.118,0 2.092,9	2.118,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Miete Innenministerium Düsternbrooker Weg 92		1.406.000
2.		Miete Düsternbrooker Weg 104		535.200
3.		126 Stellplätze für IM im Parkhaus Reventlouallee 4		69.570
4.		76 Stellplätze Anteil Düsternbrooker Weg 104		42.700
5.		Miete Telefon- und Krisenzentrale Düsternbrooker Weg 96		25.740
6.		Miete Garagen Fahrbereitschaft IM		20.120
7.		Vermietung an Schl.-H. Konz. Org. GmbH (vgl. auch Tit. 124 01)		10.930
8.		3 Stellplätze für Schl.-H. Konz. Org. GmbH im Parkhaus Reventlouallee 4 (vgl. auch Tit. 124 01)		1.650
9.		Dienstwohnung Luisenweg 3 (vgl. auch Tit. 124 01)		6.090
Summe				2.118.000
518 99	011	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	88,0 65,8	95,0
Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 0401 - 811 01.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Leasingkosten für 31 Dienstkraftfahrzeuge der Fahrbereitschaft des Innenministeriums und für 2 Chefwagen.				
526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	24,5 35,1	35,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Kosten für Rechtsstreitigkeiten für den gesamten Bereich des Innenministeriums (ohne Polizei).				
526 03	011	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,0 0,0	0,0
Übertragen nach 1315 - 52601.				
526 04	011	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	40,2 17,5	34,1
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Sitzungsgeld		2.500
2.		Dolmetscherkosten		2.000
3.		Sonstige Ausgaben		29.600
Summe				34.100

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

526 05 011 **Ärztliche Untersuchungen** 2,8
2,7 5,3

526 06 011 **Kosten der Einigungsstelle** 0,3
0,0 0,5

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährung einer Pauschalentschädigung an Mitglieder der Einigungsstelle gem. § 53 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Dezember 1999 (GVOBl. Schl.-H. 2000 S. 3).

526 99 011 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** 24,0
22,1 26,3

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für kleinere Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung, insbesondere für den Bereich der Landesplanung.
Übertragen aus 1107 - 526 10.

527 01 011 **Dienstreisen** 158,3
133,8 151,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	106.500
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	8.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	37.000
Summe		151.500

Auf Grund des Wegfalls der privat eigenen anerkannten PKWs im neuen Reisekostengesetz erfolgt die Übertragung der hierfür im Titel 0401 - 514 01 vorgesehenen Mittel.

529 01 011 **Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich** 0,0
0,0 0,0

Übertragen nach 1301 - 52901.

529 02 011 **Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers für Kooperationsmaßnahmen im Ostseeraum, insbesondere mit osteuropäischen Ländern** 22,0
8,0 25,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern im Ostseeraum, insbesondere Beratung, Ausbildung und Fortbildung von Praktikantinnen und Praktikanten.

529 03 011 **Repräsentationsmittel** 0,0
0,0 0,0

weggefallen

529 10 011 **Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers** 6,7
5,3 7,6

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
531 02	011	Öffentlichkeitsarbeit	3,6 8,1	6,7
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums für Broschüren usw. und Informationsveranstaltungen incl. aller Nebenkosten. Darüber hinaus sind Mittel für Öffentlichkeitsarbeit veranschlagt bei Titel 0410 - 531 02 (Ansatz 29,0 T€) für die Polizei und bei Titel 0416 - 531 02 (Ansatz 23,6 T€) für den Wohnungs- und Städtebau.</p>				
531 03	011	Herausgabe der Verkündungsblätter und anderer Veröffentlichungen	270,0 176,8	177,0
<p>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 01 geleistet werden.</p>				
533 01	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	110,0 102,8	98,5
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz eines privaten Dienstleistungsunternehmens in der Pfortnerei/Telefonzentrale des Innenministeriums.</p>				
533 03	013	Ausgaben auf Grund von Werkverträgen für die Evaluierung und Dokumentation von Maßnahmen im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE)	0,0 0,0	0,0
<p>Übertragen nach 1317 - 53303.</p>				
533 08	011	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Personalauswahlverfahren	0,0 1,6	0,0
<p>Deckungsfähig zu Lasten 0401 - 422 01.</p>				
533 98	011	Planungskosten für nicht realisierte Unterbringungsuntersuchungen	0,0 0,0	0,0
534 01	011	Umzug und Verlegung von Dienststellen	21,2 10,1	0,0
534 02	011	Orden und Ehrenzeichen	7,4 3,4	6,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten der Beschaffung für Urkunden für Alters- und Ehejubiläen, Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille und Auszeichnungen für Rettung aus Gefahr.</p>				
534 03	012	Gesundheitsförderung	0,0 46,0	0,0
<p>Deckungsfähig zu Lasten der Titel der TG 72.</p>				
534 04	011	Veranstaltungen mit Gesellschaften, kommunalen Spitzenverbänden usw.	4,2 1,1	8,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für den Erfahrungsaustausch mit Gesellschaften und Verbänden. Aus den Ausgaben dürfen Auslagen für Kaffee, Tee und alkoholfreie Getränke, die bei Diskussions- und Vortragsveranstaltungen aufkommen, geleistet werden. Die Mittel sind nach Maßgabe der "10 Hinweise zum Umgang mit persönlichen Verfügungsmitteln" zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.</p>				
534 05	011	Beteiligung an der Gemeinschaftsschau "Leben auf dem Lande" der EU, des Bundes und der Länder	0,0 0,0	0,0
<p>Übertragen nach 1317 - 53405.</p>				

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
535 01	049	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes	733,0 702,7	832,0
<p>Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Verfassungsschutzes wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft. § 20 Abs. 2 LHO findet nur mit Zustimmung des FM Anwendung.</p> <p>Erläuterungen: Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit. Vgl. Vorwort Buchstabe F.</p> <p>Das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein vom 23. März 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 203) besagt, dass die Aufgaben des Verfassungsschutzes ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen werden. Verfassungsschutzbehörde ist das Innenministerium. Hier sind alle Ausgaben veranschlagt, die bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen.</p>				
535 02	549	Landeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft"	0,0 0,0	0,0
<p>Übertragen nach 1317 - 53502.</p>				
536 02	012	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	1,2 1,0	1,2
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind:</p>				
				2006
				€
		1. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel		1.140
		2. Deutscher Betonverein, Wiesbaden		60
		Summe		1.200
539 01	528	Verwaltungskosten für EU-Förderungsprogramme	0,0 0,0	0,0
<p>Übertragen nach 1317 - 53901.</p>				
541 01	011	Durchführung der Bundestagswahl	0,0 0,0	0,0
<p>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden. Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ist übertragbar. § 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung.</p>				
541 02	011	Durchführung der Landtagswahl	55,0 10,1	0,0
<p>Erläuterungen: Nach Art. 13 Abs. 1 der Landesverfassung (g. F.) wird der Landtag auf fünf Jahre gewählt. Die Neuwahl findet frühestens 57, spätestens 59 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Die letzte Landtagswahl fand am 20. Februar 2005 statt. Die Neuwahl des Landtages muss daher im Jahr 2010 durchgeführt werden.</p>				
541 03	011	Durchführung der Europawahl	0,0 2.070,2	0,0
<p>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 03 geleistet werden. Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ist übertragbar.</p>				
541 04	011	Durchführung der Kommunalwahl	0,0 0,0	0,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
541 05	011	Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes	0,0 0,0	0,0
546 01	011	Kosten einer Ländertagung und sonstiger länderübergreifender Veranstaltungen	10,0 108,8	10,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Kosten für die Durchführung von Sitzungen des AK VI, Kosten für Sitzungen der IMK Nord, Kosten für die Bund/Länder-Arbeitsgruppen INPOL und Kosten für die Arbeitsgruppe des Statistik-Verbundes.				
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,9 5,7	6,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen		700
2.		Nachrufe, Kranzspenden		3.000
3.		Auslagen des Personalrats		300
4.		Veröffentlichungen in Tageszeitungen		2.000
Summe				6.000
Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.				
632 01	011	Kostenanteil an den Geschäftsstellen der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder und der Innenministerkonferenz	8,0 3,9	8,0
632 05	419	Beitrag für den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung e.V., Berlin	36,0 32,3	36,0
Deckungsfähig mit 632 06, 685 05 und 685 06.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der Anteil des Landes am Deutschen Institut für Normung e.V. (DIN) gem. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem DIN vom 29. Mai 1997 nach dem Königsteiner Schlüssel:				
				2006
				€
1.		DIN		32.400
2.		Normungsarbeit des NABau, Fachbereich 03 (Vermessungswesen)		3.600
Summe				36.000
632 06	419	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder -ARGEBAU-	11,0 8,1	11,0
Deckungsfähig mit 632 05, 685 05 und 685 06.				
Erläuterungen:				
Nach der Verwaltungsvereinbarung über die Tätigkeit und Finanzierung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder (ARGEBAU) vom 1. Juli 1991 werden die Personal- und Sachausgaben für die Geschäftsstelle der ARGEBAU von den Ländern gemeinsam getragen. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahlen errechnet.				

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

633 01 011 **Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der Funktionalreform** 10,0
0,9 7,0

633 02 249 **Zuweisungen an Kreise und Gemeinden nach dem Gräbergesetz** 587,0
597,2 587,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 04 geleistet werden.

Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ist übertragbar.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Pauschalsätze nach § 10 Abs. 4 Satz 1 des Gräbergesetzes i.d.F. Vom 29. Januar 1993 (BGBl. I S. 178) für	
1.1	27.064 Einzelgräber	561.000
1.2	2.989 qm Sammelgrabfläche	19.400
2.	Ruherechtschädigung	6.600
	Summe	587.000

633 03 249 **Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe** 26,0
26,1 26,0

Erläuterungen:

Zuwendung

Bund und Land tragen nach einem Abkommen die Kosten für die Instandhaltung und Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe in Schleswig-Holstein je zur Hälfte.
Vgl. Tit. 231 05.

676 01 625 **Erstattung der Aufwendungen für das Projekt COMRISK im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programmes** 0,0
0,0 0,0

Übertragen nach 1315 - 67601.

676 02 625 **Erstattung der Aufwendungen für das Projekt CopraNet im Rahmen von Interreg III C** 16,8
14,4 17,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 271 06 geleistet werden.

Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ist übertragbar.

681 01 419 **Ehrungen** 0,1
0,4 3,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Geldbelohnungen für Lebensretterinnen und Lebensretter nach § 7 des Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Rettungstaten vom 3. August 1954 (GVObI. Schl.-H. S. 117) und sonstige Ehrungen.

681 02 019 **Ersatzleistungen für Schäden aus Staatshaftung** 51,0
2,9 3,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zahlungen für Schäden aus Staatshaftung nach dem Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein in der Fassung vom 3. April 1996 (GVObI. Schl.-H. S. 406) sowie Zahlungen für sonstige Schäden aus Staatshaftung. Der Ansatz ist geschätzt.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
684 02	324	Förderung der Betriebssportgemeinschaft des Landes	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
685 01	249	Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864	3,1 2,8	3,0
		Erläuterungen: Die Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864 wird vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund wahrgenommen. Die dabei entstehenden Kosten werden jeweils jährlich abgerechnet.		
685 02	419	Zuschüsse an deutsche Vereine und Organisationen	0,4 0,5	0,5
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Zuschuss an die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn sowie der Jahresbeitrag an das Franzius-Institut der Technischen Hochschule in Hannover.		
685 03	011	Zuschuss für die Arbeitsgemeinschaft für Schwerbehinderte der obersten Bundes- und Landesbehörden in Bonn	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Das Mitteilungsblatt "Der Schwerbehinderte im Öffentlichen Dienst" wird nicht mehr bezogen.		
685 05	681	Anteil an den Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik, Berlin	185,0 148,1	185,0
		Deckungsfähig mit 632 05, 632 06 und 685 06.		
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes am Deutschen Instituts für Bautechnik, Berlin, gemäß Gesetz über das Deutsche Institut für Bautechnik vom 29. Dezember 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 33) nach dem Königsteiner Schlüssel.		
685 06	681	Anteil an den Kosten des Forschungsprogramms bei dem Deutschen Institut für Bautechnik, Berlin	45,0 42,4	45,0
		Deckungsfähig mit 632 05, 632 06 und 685 05.		
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes gemäß Beschluss der Ministerkonferenz der ARGEBAU vom 22. Februar 1973 zur Finanzierung von bautechnischen Untersuchungen im bauaufsichtlichen Bereich über das Deutsche Institut für Bautechnik Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel.		
685 07	011	Zuschuss an Körperschaften, Verbände und ähnliche Einrichtungen für Projekte der Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
685 08	681	Zuschüsse an das Oberprüfungsamt Frankfurt	0,0 0,0	0,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
811 01	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 275,8	43,0
Deckungsfähig zu Lasten 0401 - 518 99.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Erstmalige Anschaffungen		0
2.		Ersatzbeschaffungen 1 VW-Bus		43.000
Summe				43.000
Vgl. Tit. 132 01.				
812 01	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	8,9 17,4	45,4
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		11.900
2.		1 Rollregal		33.500
Summe				45.400
916 05	951	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 0,0	0,0
Deckungsfähig zu Lasten 422 01.				
919 01	951	Zuführung an die Rücklage "Personal"	0,0 0,0	0,0
Deckungsfähig zu Lasten der Titel der OG 42; Personalausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen sind hiervon unberührt.				
972 02	989	Globale Minderausgaben	-134,1 0,0	0,0
Die Minderausgaben können grds. auch durch nicht zweckgebundene Mehreinnahmen sowie durch Mehreinnahmen bei Titel 131 01 gedeckt werden.				
972 05	989	Globale Minderausgaben für Einsparungen bei IT-Maßnahmen	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

06 Raumordnung

2006

Ausgaben dürfen bis zu 132.200 Euro, darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 271 07 geleistet werden.

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

In der MG 06 sind die Kosten für die Erarbeitung/Beschaffung von Planungsgrundlagen, Anhörungsentwürfen und Veröffentlichungen von Raumordnungsplänen und -berichten sowie die Durchführung von Raumordnungskonferenzen/-Workshops zusammengefasst.

Die Abteilung Landesplanung nutzt zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch externen Sachverstand und Beratung.

531 06	011 Raumordnungspläne und -berichte	20,0	20,0
(MG 06)		20,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Landesraumordnungsplan Anhörungsentwurf - Text u. Karte	12.000
2.	Karte Zentrale Orte (ZO) als Anhang zur Verordnung ZO	3.000
3.	Teilansatz ROB Meer - Text und Karte	5.000
Summe		20.000

535 06	011 Raumentwicklung	33,8	28,9
(MG 06)		44,0	

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind für die Erarbeitung von Planungsgrundlagen für Raumordnungspläne und -berichte sowie für die Erstellung von Anhörungsentwürfen; Förderung interkommunaler Zusammenarbeit:

		2006
		€
1.	Neuaufstellung Landesraumordnungsplan - Anhörungsentwurf	5.000
2.	Anstoß interkommunaler Zusammenarbeit	20.900
3.	Raumordnungsverfahren (ROV) On- und Offshore / Windenergie	2.000
4.	Beschaffung analoger Karten / digitaler Daten	1.000
Summe		28.900

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
632 02	011	Raumordnungskonferenzen	108,0	83,3
(MG 06)			85,1	
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Ziel:				
Stärkung der schleswig-holsteinischen Teilhabe an der Nord- und Ostseekooperation durch Starthilfen für transnationale Projekte.				
Über die Erarbeitung von Plänen hinaus sollen raumordnungspolitische Leitbilder entwickelt und in konkrete Handlungskonzepte umgesetzt werden.				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Finanzierung des Arbeitsstabes der Trilateralen Landesplanung HH/NS/SH		51.000
2.		Europäische Raumordnung		6.000
3.		Kooperation im Ost-/Nordseeraum - INTERREG/Projekte		5.800
4.		Kostenanteil für das INTERREG IIB Nordseesekretariat		20.500
Summe				83.300
633 06	011	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0	0,0
(MG 06)			11,5	
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
685 04	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0,0	0,0
(MG 06)			0,0	
Summe der Maßnahmegruppe 06			161,8	132,2
			160,6	
07 Statistik				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
Erläuterungen:				
Strategischer Aufgabenbereich: Geo-Informationen und Statistik.				
Vgl. Vorwort Buchstabe F.				
Veranschlagt sind				
- die ehemals im Kapitel 0404 enthaltenen Mittel für das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein				
- die ehemals im Kapitel 0401 ausgewiesenen Leistungsentgelte an die Datenzentrale,				
- die ehemals im Einzelplan 11 veranschlagten Ausgaben für Sachverständige und Gutachten sowie die Kosten für die Bewirtschaftung durch die GMSH.				
Weiterhin enthält die MG 07 die bisher im Einzelplan 11 veranschlagten Ausgaben des Statistischen Landesamtes für Pensionen und Beihilfe für das laufende Haushaltsjahr sowie darüber hinaus Jahresteilbeträge der Gesamtforderung, mit denen die Anstalt zukünftig belastet werden wird.				
685 09	014	Zuschuss an Hamburg für Personal- und Verwaltungsausgaben des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	16.294,6	16.500,0
(MG 07)			16.605,2	
894 01	014	Zuschuss an Hamburg für Investitionen des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	262,4	440,0
(MG 07)			440,0	
Summe der Maßnahmegruppe 07			16.557,0	16.940,0
			17.045,2	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

61 Modernisierung der Verwaltung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Durchführung und Umsetzung von Modernisierungsprojekten der Landesregierung im Geschäftsbereich des Innenministeriums (ohne Polizei).

511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,3	10,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	Büromaterial		0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten		0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren (Kosten der Anbindung an das Verfahren HKR-Bund)		2.500
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten für die Verfahren HAVWin SH und SAP/R3		3.500
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten für die Verfahren HAVWin SH und SAP/R3		3.000
7.	Unterhaltung von Geräten		0
8.	Sonstiges		1.000
Summe			10.000

525 61	011	Aus- und Fortbildung	18,5	35,0
(TG 61)			8,5	

Erläuterungen:

Für den Geschäftsbereich des Innenministeriums werden veranschlagt:

			2006
			€
1.	Revisionslehrgänge		15.000
2.	Ergänzungslehrgänge dMB (Berichtswesen usw.)		9.000
3.	KLR-Seminare		11.000
Summe			35.000

534 61	011	Kosten der Verwaltungsreform und der Modernisierung	0,5	1,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Durchführung von Sitzungen incl. Nebenkosten der unterschiedlichen Projektarbeitsgruppen und sonstigen Pilotvorhaben zur Verwaltungsreform und -modernisierung im Innenministerium.

812 61	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 61			24,3	46,0
			8,5	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der OG 42.
§ 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung für Titel der OG 42.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die gesamten Kosten der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

422 62	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	221,7
(TG 62)			8,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten		8.800
2.	Outputorientierte Personalkosten		212.900
Summe			221.700

Mehr durch die Einführung einer outputorientierten Budgetierung.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

425 62	011	Vergütungen der Angestellten	2.070,0	1.906,6
(TG 62)			1.944,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	Vergütung für Auszubildende Verwaltungsfachangestellte und für die Ausbildung gehobener Dienst		1.771.500
2.	Outputorientierte Personalkosten		135.100
Summe			1.906.600

Neu veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

453 62	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	24,0
(TG 62)			6,0	

517 62	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (Wärmeversorgung der FHVD)	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

518 62	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

525 62 012 **Aus- und Fortbildung** **999,5**
(TG 62) 660,7 **778,8**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Einstellungswettbewerb	71.900
2.	Kosten für die Ausbildung	
2.1	gehobener Dienst	146.000
2.2	Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten	95.000
2.3	Gebühren zusätzliche Lehrkraft für FHVD	24.500
2.4	Rechtsreferendarinnen und -referendare	133.000
2.5	Reisekosten	25.000
3.	Kosten für die Fortbildung	
3.1	Ressortübergreifende Fortbildung	183.400
3.2	Fachbezogene und fachübergreifende Fortbildung der Beschäftigten des IM mit Ausnahme des Bereichs "Polizeivollzugsdienst"	100.000
3.3	Fortbildung im Bereich der Informationstechnik	0
	Summe	778.800

632 62 131 **Kostenanteil des Landes für die Hochschule für** **70,7**
(TG 62) **Verwaltungswissenschaften Speyer** 69,4 **70,7**

Erläuterungen:

Anteil des Landes zur Unterhaltung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 23. April/23. September 1952 über die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und einem ergänzenden Finanzierungsabkommen.

671 62 012 **Anteilige Erstattung für die Mitbenutzung der Kantine von Dataport** **38,7**
(TG 62) **durch die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung** 35,8 **35,8**

681 62 012 **Erwerb Schulgebäude für FHVD** **0,0**
(TG 62) 0,0 **0,0**

weggefallen

685 62 133 **Kostenanteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung** **788,3**
(TG 62) 719,1 **653,5**

Erläuterungen:

Anteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung nach § 11 Abs. 2 Satz 2 des Ausbildungszentrumsgesetzes vom 09. Juli 2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 320)

		2006
		€
1.	für die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	613.500
2.	für die Verwaltungsakademie	40.000
	Summe	653.500

Weniger auf Grund der Kostenprognose des Ausbildungszentrums für Verwaltung.

821 62 133 **Erwerb eines Schulgebäudes zur Unterbringung der** **0,0**
(TG 62) **Verwaltungsfachhochschule Altenholz** 0,0 **0,0**

weggefallen

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Summe der Titelgruppe 62	3.967,2	3.691,1
	3.443,8	

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX, Erfassungsstelle für die Bewerbung Schwerbehinderter

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42. § 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung für die Titel der Obergruppe 42.

Erläuterungen:

In der TG 66 werden die im Zusammenhang mit der Beschäftigung Schwerbehinderter anfallenden Ausgaben im Einzelplan 04 zentral zusammengefasst.

422 66 291 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (TG 66)	0,0 0,0	0,0
---	------------	-----

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

425 66 291 Vergütungen der Angestellten (TG 66)	0,0 -0,2	61,0
--	-------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Vergütung für Angestellte des Schwerbehindertenpools	0
2. Outputorientierte Personalkosten	61.000
Summe	61.000

Neu veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe F.

426 66 291 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter (TG 66)	0,0 0,0	0,0
--	------------	-----

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

632 66 291 **Ausgleichabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch -** **575,0** **226,8**
 (TG 66) **(SGB IX)** 126,7

Erläuterungen:

Nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) sind die Arbeitgeber verpflichtet, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Abrechnung erfolgt für das vorangegangene Kalenderjahr.

Mit dem in Kraft treten des o. g. Gesetzes zum 01.07.2001 wurde die Pflichtquote zum 01.01.2001 von bisher 6% auf 5% gesenkt und eine dynamische Ausgleichsabgabe in drei Stufen festgelegt.

Für das Land Schleswig-Holstein liegt die Beschäftigungsquote in 2004 zwischen 3 und 4,99 %. Damit sind 105 € pro nicht besetzten Arbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen als Ausgleichsabgabe monatlich zu zahlen. Folgende Daten werden für das Kalenderjahr 2006 zu Grunde gelegt:

Pflichtplätze: 2799, davon besetzt durch schwerbehinderte Menschen 2686, unbesetzte Pflichtplätze 113.

Vgl. auch Titel 1003 - 111 67, TG 67 (Einnahmen der Ausgleichabgabe Integrationsamt).

Nachrichtlich:

Stand: 31. 10. 2004

Einzelplan /

Geschäftsbereich

	Arbeitsplätze nach § 73 Abs. 1-3 SGB IX	Pflichtquote (5%)	Durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze
01 Landtag	118	6	17
02 Landesrechnungshof	95	5	9
03 Ministerpräsidentin	168	8	15
04 Innenministerium nur Polizei	7.481	374	304
04 Innenministerium ohne Polizei	2.444	122	223
05 Finanzministerium	5.127	256	294
06 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	1.928	96	122
07 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	31.240	1.562	1.176
09 Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	4.877	244	315
10 Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz	1.312	66	122
13 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft	1.197	60	89
Zusammen	55.987	2.799	2.686

Summe der Titelgruppe 66

575,0
126,5

287,8

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

68 Unterstützung des gemeinsamen sozialen Wohnungsbaus in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen der TG 68 überschritten werden.
Übertragbar einschließlich der nichtverbrauchten Einnahmen.
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.
Die Finanzierung des Anteils des Landes Schleswig-Holstein erfolgt durch Umsetzung von Titel 1102 - 883 16.

Erläuterungen:

Die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein haben am 7. November 2000 beschlossen, das Programm "Gemeinsamer Wohnungsbau im nördlichen Hamburger Umland" auszusetzen, bis sich ggf. eine neue Bedarfslage für entsprechende Sozialwohnungen ergibt.
Die TG 68 dient der Abwicklung bewilligter Fördermaßnahmen.

623 68	692	Schuldendiensthilfen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 68)			0,0	

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

853 68	692	Darlehen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 68)			0,0	

Gewährte Darlehen können auf Antrag durch den Förderungsausschuss in Zuweisungen umgewandelt werden. § 58 Abs. 1 LHO findet insoweit keine Anwendung.

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

883 68	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 68)			0,0	

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

Summe der Titelgruppe 68			0,0	0,0
			0,0	

69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 69 überschritten werden.
Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.
Die Finanzierung des Anteils des Landes Schleswig-Holstein erfolgt durch Umsetzung von Titel 1102 - 883 16.

Erläuterungen:

Der von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein gebildete Förderungsfonds hat im Haushaltsjahr 2006 einen voraussichtlichen Barmittelbedarf von 1.278,3 T€. Die Finanzierung des schleswig-holsteinischen Anteils erfolgt aus Mitteln der FAG-Schlüsselmasse, vgl. §§ 7 und 20 FAG i.d.F. vom 12. Dezember 1995 (GVOBl. S. 484). Der Anteil des Landes Schleswig-Holstein wird durch Umsetzung von Titel 1102 - 883 16 entsprechend dem Ausgabebedarf bis zu einem Höchstbetrag von 1.278,25 T€ bereitgestellt. Ein entsprechender Anteil Hamburgs wird bei Titel 0401 - 332 69 vereinnahmt.
Die Fördergebietsskulisse beim Normalansatz - TG 69 - bilden die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum-Lauenburg, Steinburg und der Wirtschaftsraum Brunsbüttel.

623 69	692	Schuldendiensthilfen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
853 69	692	Darlehen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	
<p>Gewährte Darlehen können auf Antrag durch den Förderungsausschuss in Zuweisungen umgewandelt werden. § 58 Abs. 1 LHO findet insoweit keine Anwendung.</p> <p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
883 69	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden	1.278,3	0,0
(TG 69)			1.172,9	
<p>Verpflichtungsermächtigung (in T€)</p> <p style="margin-left: 40px;">2006</p> <p style="margin-left: 80px;">Neuverpflichtung insgesamt 600</p> <p style="margin-left: 80px;">Davon fällig Haushaltsjahr 2007 600</p> <p style="margin-left: 80px;">Davon fällig Haushaltsjahr 2008</p> <p style="margin-left: 80px;">Davon fällig Haushaltsjahr 2009</p> <p style="margin-left: 80px;">Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff</p>				
887 69	692	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0
(TG 69)			0,0	
<p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
Summe der Titelgruppe 69			1.278,3	0,0
			1.172,9	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 333 71 (TG 71) und der Mehreinnahmen bei Titel 332 71 (TG 71) überschritten werden.
Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben ist übertragbar.

Erläuterungen:

Der Sonderansatz - TG 71 - umfasst außer den vier Hamburg-Rand-Kreisen auch das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg. Aus dem Sonderansatz können auch Maßnahmen gefördert werden, die beiderseits der Landesgrenzen und/oder im besonderen Interesse beider Länder liegen.

883 71	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	208,0	208,0
	(TG 71)		206,8	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	208
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	208
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

Erläuterungen:

Zuwendung

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2005 stellt sich wie folgt dar:

		T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	208
Zusammen		208

Der Haushaltsansatz dient zur Einlösung der Verpflichtungsermächtigung aus dem Haushalt 2005 sowie darüber hinausgehende Verpflichtungen des Fonds in der TG 71.
Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 208 T€, fällig 2007, deckt den Bewilligungsrahmen für 2005 ab. Der Anteil Hamburgs (50 v. H.) wird bei Titel 332 71 (TG 71) vereinnahmt.

Summe der Titelgruppe 71	208,0	208,0
	206,8	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
72		72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit		
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und zu Gunsten 0401 - 534 03.				
Erläuterungen:				
Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums. Die Unfallverhütungsvorschrift wurde aufgrund des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ArbSichG /ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S.1885), zuletzt geändert am 27. November 2003 durch Artikel 178 der Achten Zuständigkeitsanpassungsverordnung (BGLBl. 2003 Teil I Nr. 56 S. 2304), erlassen.				
427 72	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
(TG 72)			0,0	
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
511 72	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	34,0
(TG 72)			35,3	
Erläuterungen:				
Mehr aufgrund Anpassung an die Ausgabenentwicklung.				
518 72	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0,0	1,0
(TG 72)			0,2	
Erläuterungen:				
Mehr aufgrund Anpassung an die Ausgabenentwicklung.				
525 72	012	Aus- und Fortbildung	0,0	10,0
(TG 72)			7,0	
Erläuterungen:				
Mehr aufgrund Anpassung an die Ausgabenentwicklung.				
533 72	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit	408,1	255,0
(TG 72)			197,5	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Maßnahmen zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums sowie allgemeine Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung.				
Weniger aufgrund Anpassung an die Ausgabenentwicklung.				
812 72	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0
(TG 72)			0,0	
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
Summe der Titelgruppe 72			408,1	300,0
			240,0	
Summe der Ausgaben			51.164,1	44.147,9
			52.858,1	

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	572,8 1.660,0	1.114,9
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	629,8 2.720,0	630,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	104,0 647,0	104,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.306,6 5.027,0	1.848,9
41 - 49		Personalausgaben	23.320,0 23.529,8	17.921,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.365,9 8.682,6	6.988,3
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	18.854,7 18.532,8	18.502,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.757,6 2.112,9	736,4
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	-134,1 0,0	0,0
Gesamtausgaben			51.164,1 52.858,1	44.147,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-49.857,5 -47.831,1	-42.299,0

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Förderung des Sports über den Landessportverband Schleswig-Holstein
- 02 Allgemeine Sportförderungsmaßnahmen und Sportstättenbau des Landes
- 03 Bau von Sportanlagen aus Bundeszuweisungen

Einnahmen

231 01	011	Zuweisungen zur Förderung der Olympischen Spiele	0,0	0,0
			0,0	

weggefallen

331 01	323	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten	0,0	0,0
			38,1	

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 0402 - 686 02 zu verwenden.

381 01	011	Einnahmen aus den Konzessionsabgaben nach dem Lotteriede- und Sportwettengesetz	0,0	6.174,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titel 0402 - 684 02 und 686 02 zu verwenden.

		Summe der Einnahmen	0,0	6.174,0
			38,1	

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	115,5
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

425 01	011	Vergütung der Angestellten	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

684 02	324	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen	0,0	5.670,0
			0,0	

Mehrausgaben dürfen in Höhe von 91,84% der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 0402-381 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

§ 8 des Gesetzes über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten vom 28. September 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 353) sieht vor, dass der verbleibende Teil der Konzessionsabgabe, nach Erfüllung der anderen sich aus dem Gesetz ergebenden Verpflichtungen, wie folgt zu verteilen ist:
8 %, mindestens 6,3 Mio. € zur Förderung des Sports.
Von dem in § 8 Abs. 3 Buchst. a genannten Betrag sind durch das für Sport zuständige Ministerium
90 % dem Landessportverband Schl.-H. e.V. zur Förderung des Sports zuzuwenden,
8 % für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports und
2 % für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports.
Über die Verwendung dieser Mittel befinden die zuständigen Ministerien.

Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

686 01	011	Förderung der Olympischen Spiele	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 231 01 geleistet werden.

Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

weggefallen

686 02	324	Förderung des außerschulischen Sports	0,0	504,0
			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	250
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	250
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 331 01 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen in Höhe von 8,16% der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 0402-381 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel aus der VE sind veranschlagt für größere bauliche Maßnahmen für den jeweiligen Landesanteil (ergänzend zu Bundesmitteln) für die Förderung des Leistungssports, z.B. Häuser der Athleten (HdA) und des Ausbaus / Verbesserung der vorhandenen Sportstätteninfrastruktur im Olympiazentrum Schilkesee.

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<p>01 Förderung des Sports über den Landessportverband Schleswig-Holstein</p>				
684 01 (MG 01)	324	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen	2.196,0 2.196,0	0,0
<p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
684 03 (MG 01)	324	Sozialpräventive Arbeit im Sport aus dem Zweckertrag des Spiels 77	230,0 230,0	0,0
<p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
684 04 (MG 01)	324	Sportförderung aus dem Zweckertrag der Losbrieflotterie	358,0 358,0	0,0
<p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
893 01 (MG 01)	324	Sportförderung - Investitionen - aus dem Zweckertrag des Spiels 77	1.534,0 1.534,0	0,0
<p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
Summe der Maßnahmegruppe 01			4.318,0 4.318,0	0,0
<p>02 Allgemeine Sportförderungsmaßnahmen und Sportstättenbau des Landes</p>				
<p>Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.</p>				
547 02 (MG 02)	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	9,0 8,9	0,0
<p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
681 02 (MG 02)	324	Auszeichnung von Studentinnen und Studenten für die Mitarbeit in Sportvereinen und -verbänden (Sportpreis)	3,0 3,0	0,0
<p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
883 02 (MG 02)	323	Baumaßnahmen - Sportstättenbau -	0,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung.</p>				
Summe der Maßnahmegruppe 02			12,0 11,9	0,0

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

03 Bau von Sportanlagen aus Bundeszuweisungen

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 331 01 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Vergabe von Bundesmitteln (vgl. Titel 0402 - 331 01) zur Förderung des Sportstättenbaus der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Vereine im ehemaligen Zonenrandgebiet nach den "Richtlinien über die Vergabe von Bundesmitteln zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten" vom 7. Juli 1962 (GMBI. des BM 1962 S. 303). Die Leertitel dienen der Abwicklung.

883 03	323	Sportstättenbau der Kreise und Gemeinden	0,0	0,0
(MG 03)			38,1	

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

893 03	323	Sportstättenbau der Verbände und Vereine	0,0	0,0
(MG 03)			0,0	

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

Summe der Maßnahmegruppe 03	0,0	0,0
	38,1	

Summe der Ausgaben	4.330,0	6.289,5
	4.368,0	

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
Abschluss				
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	0,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 38,1	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen		6.174,0
Gesamteinnahmen			0,0 38,1	6.174,0
41 - 49		Personalausgaben		115,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	9,0 8,9	0,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	2.787,0 2.787,0	6.174,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.534,0 1.572,1	0,0
Gesamtausgaben			4.330,0 4.368,0	6.289,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4.330,0 -4.329,9	-115,5

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

69 Outputorientierte Personalkosten

Einnahmen

111 01	421	Gebühren und tarifliche Entgelte	12.800,0	12.500,0
			11.447,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren nach der Landesverordnung über Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden vom 31. Oktober 2001 (GVObI. Schl.-H. S. 192).

112 01	421	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	0,5	0,5
			0,0	

119 02	421	Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Katasterverwaltung und des Landesvermessungsamtes	1,5	1,5
			0,7	

Erläuterungen:

Erlöse aus Verkauf von Altmaterial, Einnahmen aus Aufträgen Dritter und sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 99	421	Vermischte Einnahmen	1,0	1,0
			1,2	

124 01	421	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	8,0	8,0
			8,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2006 €
1		aus Dienstwohnung (Vorjahr: 1)		0
2		aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von		
2.1		Grundstücken in Größe von 0 m² (Vorjahr: 0 m²)		0
2.2		Gebäuden, Wohnungen und dergl. mit		
2.2.1		Mietwohnungen an Landesbedienstete (Vorjahr: 0)		0
2.2.2		1 Mietwohnung an Dritte (Vorjahr: 1)		3.000
3		Sonstige Einnahmen		5.000
		Summe		8.000

125 01	421	Einnahmen aus der Abgabe von amtlichen Karten und Sonderkarten	260,0	215,0
			207,0	

125 02	421	Einnahmen aus Vermessungs-, kartographischen, photographischen, kopiertechnischen und Druckerarbeiten	690,0	670,0
			642,7	

125 04	421	Einnahmen aus der Bearbeitung der hamburgischen Gebietsanteile der topographischen Kartenwerke	51,1	51,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zahlungen der Freien und Hansestadt Hamburg, die dem Land Schleswig-Holstein die Selbstkosten für die Bearbeitung von hamburgischen Landeskartenwerken gem. Abkommen vom 6.9./15.10.1963 erstattet.

125 05	421	Einnahmen aus der Bereitstellung von kartographischen Material für die Weiterverwendung im Rahmen des Projekts ZIAF	0,0	0,0
			0,0	

weggefallen

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
132 01	421	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	8,0 2,2	8,0
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf von abgängigen Dienstfahrzeugen. Vgl. Tit. 811 01.		
231 01	421	Zuweisungen des Bundes für digitale Daten im Projekt ATKIS	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
232 01	421	Zuweisungen für zweckgebundene Ausgaben für Boden- und Grundwasserschutz	0,0 725,0	0,0
		Erläuterungen: Leertitel zur Vereinnahmung von Zuweisungen des MLUR im Zusammenhang mit dem "Projekt Boden- und Grundwasserschutz". Eingehende Zuweisungen dürfen innerhalb des Kapitels 0403 ausschließlich zweckgebunden bei den Titeln 427 01, 533 02 und 812 02 verwendet werden.		
233 01	421	Zuweisungen von Kreisen und Gemeinden	150,0 170,5	125,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind: Erstattung der Sachkosten für die Führung und Unterhaltung der Geschäftsstelle der Gutachterausschüsse		
				2006 €
		1. Hansestadt Lübeck		40.000
		2. Stadt Flensburg		20.000
		3. Kreis Ostholstein		25.000
		4. Kreis Pinneberg		10.000
		5. Kreis Plön		15.000
		6. Kreis Herzogtum Lauenburg		15.000
		Summe		125.000
		Anpassung an veränderten Umfang. Wegfall der Zahlungen der Stadt Neumünster wegen Auflösung des Vertrages.		
261 01	421	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben im Flurbereinigungsverfahren u.ä.	100,0 0,0	50,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Erstattungen von Nebenkosten und Auslagen für Schlussvermessungen im Flurbereinigungsverfahren durch die Teilnehmergeellschaften. Weniger wegen zu erwartender geringerer Zahlungen der Teilnehmergeellschaften an die Vermessungs- und Katasterverwaltung.		
282 01	421	Kostenbeiträge für die Einrichtung und Fortführung einer digitalen Grundrissdatei	226,0 212,6	0,0
		weggefallen		
282 02	421	Kostenbeiträge aufgrund von Nutzungsvereinbarungen mit Dritten für die Einrichtung und Fortführung einer digitalen Grundrissdatei durch ÖbVI u.a.	0,0 223,2	0,0
		weggefallen		
Summe der Einnahmen			14.296,1 13.640,2	13.630,0

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

422 01	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	6.326,2	5.913,2
			6.224,0	

46,8 T€ übertragen nach 0307 - 422 01.

422 02	421	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

weggefallen

422 03	421	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	52,9	52,9
			52,5	

425 01	421	Vergütungen der Angestellten	17.282,5	16.824,8
			17.229,1	

45,3 T€ übertragen nach 0307 - 425 01.

426 01	421	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	4.033,2	3.844,4
			4.020,7	

427 01	421	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	452,0	452,0
			450,6	

Die tatsächlichen Einnahmen bei Titel 232 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln 427 01, 533 02 und 812 02 verwendet werden.
§ 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 232 01.

452 01	421	Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit	0,0	0,0
			0,0	

weggefallen

453 01	421	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	50,0	50,0
			13,2	

Deckungsfähig mit 0401 - 453 01 und 0406 - 453 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Trennungsgeld	17.000
2.	Umzugskostenvergütungen	33.000
Summe		50.000

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

511 01 421 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **545,7**
409,8 **454,5**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Büromaterial	95.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	20.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	10.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	145.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	75.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000
7.	Unterhaltung von Geräten	90.000
8.	Sonstiges	9.500
Summe		454.500

514 01 421 Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl. **581,5**
438,9 **463,2**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	205.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung (einschl. Feldaufwandsentschädigung)	45.000
3.	Verbrauchsmittel	205.000
4.	Sonstiges	8.200
Summe		463.200

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2005	Soll 2006	Bestand am 1.2.2005
Anhänger	24	18	18
Kleintraktoren	1	1	1
Selbstfahrer-Pkw	1	1	1
Vermessungswagen	70	65	65
Zusammen	96	85	85

517 01 421 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **133,3**
88,8 **205,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Nebenkosten und tlw. Bewirtschaftungskosten für Dienststellen, die in nicht von der LVSH angemieteten Gebäuden untergebracht sind.

517 91 421 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH **1.215,8**
1.126,8 **1.275,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Nebenkosten für die von der LVSH angemieteten Gebäude und Räume und die auf Grundlage der Einzelbewirtschaftungsverträge vom Landesvermessungsamt und den Katasterämtern an die GMSH zu entrichtenden Bewirtschaftungskosten.

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

518 01 421 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume **648,0**
638,7 **963,9**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für Drittanmietungen der Dienststellen:

		2006
		€
1.	Katasteramt Elmshorn	219.500
2.	Katasteramt Flensburg/Schleswig	171.200
3.	Katasteramt Kiel	266.000
4.	Katasteramt Lübeck	194.100
5.	Katasteramt Nordfriesland	9.100
6.	Katasteramt Ostholstein	103.600
7.	Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein	400
Summe		963.900

518 02 421 Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge **5,0**
3,8 **4,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Anmietung eines Reprozeichners beim Landesvermessungsamt.

518 91 421 Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume **1.198,4**
1.194,5 **930,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Miete für das LVermA	437.000
2.	Miete für Katasterämter	493.000
Summe		930.000

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

525 01 421 Aus- und Fortbildung **85,0**
66,7 **68,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten:

			2006
			€
1. Ausbildung			
1.1	Internatsmäßige Unterbringung der Auszubildenen im Rahmen des Berufsschulunterrichts		18.000
1.2	Unterrichtsentschädigungen, Prüfungsvergütungen, Lehrgangsgebühren usw.		13.000
1.3	Reisekostenvergütungen, Fahrkostenerstattungen im Rahmen der Ausbildung		17.500
1.4	Überbetriebliche Ausbildung		2.500
	<i>Summe zu 1.</i>		51.000
2. Fortbildung			
2.1	Fortbildungsmaßnahmen der Katasterverwaltung bei verschiedenen Veranstaltern		17.000
	<i>Summe zu 2.</i>		17.000
Zusammen			68.000

Schulungskosten für Automationsvorhaben sind bei Titel 1103 - 525 07 veranschlagt.

526 03 421 Ausgaben für die Gutachterausschüsse **20,0**
17,9 **20,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die aufgrund der Verträge über die Übertragung der Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in den Kreisen Pinneberg, Plön und Herzogtum Lauenburg auf die örtlich zuständigen Katasterämter von den Katasterämtern an die Mitglieder der Gutachterausschüsse zu zahlenden Entschädigungen nach § 6 der Landesverordnung über die Bildung von Gutachterausschüssen über die Ermittlung von Grundstückswerten vom 06. Dezember 1989 (GVOBl. Schl.-H. S. 181) in der zur Zeit geltenden Fassung.

526 04 421 Sitzungsgeld und Ausgaben für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten **4,5**
2,6 **4,0**

Erläuterungen:

Nach § 34 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Personalräte (MBG Schl.-H.) vom 11. Dezember 1990 sind an die Mitglieder des Personalrates bei Sitzungen von mehr als einer Stunde Sitzungsgelder zu zahlen. Veranschlagt sind Sitzungsgelder für Personalratsmitglieder.

526 05 421 Ärztliche Untersuchungen **6,6**
2,2 **6,0**

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

527 01 421 Dienstreisen **237,6**
258,3 **229,5**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	229.500
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0
3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0
Summe	229.500

531 01 421 Veröffentlichungen **6,0**
3,3 **4,0**

Erläuterungen:

Das erneuerte Liegenschaftskataster ist durch Offenlegung bekanntzugeben. Vor Beginn der Offenlegungsfrist sind Ort und Zeit der Offenlegung in ortsüblicher Weise (entsprechend Rechtsvorschriften der betreffenden Gemeinden) bekanntzumachen.

533 01 421 Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen **176,0**
100,8 **204,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Druck und kartographische Arbeiten	127.000
2. Vermessungs- und katastertechnische Arbeiten durch Dritte	5.000
3. Vergabe von Bildflügen	72.000
Summe	204.000

533 02 421 Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen für Boden- und Grundwasserschutz **0,0**
283,6 **0,0**

Die tatsächlichen Einnahmen bei Titel 232 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln 427 01, 533 02 und 812 02 verwendet werden.

§ 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 232 01.

533 99 421 Leistungsentgelte an die GMSH **60,2**
60,2 **67,0**

534 01 421 Kosten für Umzüge von Katasterämtern **0,0**
3,1 **0,0**

535 01 421 Kosten aus Entschädigungsansprüchen Dritter **0,5**
0,0 **0,5**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bereinigung von Flurschäden bei örtlichen Vermessungsarbeiten.

545 01 421 Zahlung von Umsatzsteuer an die Finanzämter **0,0**
656,6 **0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0403-111 01, 119 02, 119 99, 125 01, 125 02, 132 01 und 233 01 geleistet werden.

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
546 99	421	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,0 3,7	8,5
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		4.000
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen		0
4.		Sonstige vermischte Ausgaben		4.500
Summe				8.500
Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.				
632 01	419	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder in Hannover	9,7 5,9	9,7
811 01	421	Erwerb von Dienstfahrzeugen	18,0 0,0	100,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Erstmalige Beschaffung		0
2.		Ersatzbeschaffungen		
2.1		3 Vermessungswagen, 2,4 Liter, 65 kw		100.000
Summe				100.000
812 01	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	66,5 28,3	200,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		1 Falzwerk - Ersatz -		30.000
2.		1 Steuereinheit für Scanner/Plotter - Ersatz -		10.500
3.		1 Plotter - Ersatz -		10.500
4.		1 Großflächenkopierer - Ersatz -		23.000
5.		6 elektrooptische Entfernungsmessgeräte/GPS-Empfänger mit Registriermöglichkeit und Zubehör - Ersatz -		126.000
Summe				200.000

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
812 02	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für Zwecke des Boden- und Grundwasserschutzes	0,0 0,0	0,0
<p>Die tatsächlichen Einnahmen bei Titel 232 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln 427 01, 533 02 und 812 02 verwendet werden. § 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung.</p> <p>Erläuterungen: Vgl. Tit. 232 01.</p>				
69 Outputorientierte Personalkosten				
422 69 (TG 69)	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0 0,0	369,8
<p>Erläuterungen: Vgl. Vorwort Buchstabe F.</p>				
425 69 (TG 69)	421	Vergütungen der Angestellten	0,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.</p>				
Summe der Titelgruppe 69			0,0 0,0	369,8
Summe der Ausgaben			33.223,1 33.384,6	32.723,9

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13.820,1 12.308,9	13.455,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	476,0 1.331,3	175,0
Gesamteinnahmen			14.296,1 13.640,2	13.630,0
41 - 49		Personalausgaben	28.196,8 27.990,1	27.507,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.932,1 5.360,3	4.907,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	9,7 5,9	9,7
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	84,5 28,3	300,0
Gesamtausgaben			33.223,1 33.384,6	32.723,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-18.927,0 -19.744,4	-19.093,9

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehresens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 63 Sicherung des Feuer- und Katastrophenschutzes auf der Unterelbe
- 64 Havariekommando

Ausgaben

- 61 Förderung des Feuerwehresens
- 62 Schiffsbrandbekämpfung
- 63 Sicherung des Feuer- und Katastrophenschutzes auf der Unterelbe
- 64 Havariekommando
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

Das 2006 bei Titel 1101 - 059 01 veranschlagte Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von 11.900.000 € steht zweckgebunden für die Aufgaben des Feuerwehresens und des Katastrophenschutzes zur Verfügung.

Es wird gemäß § 31 Abs. 1 FAG für

- den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau der Landesfeuerweherschule,
- die Durchführung besonderer Maßnahmen im Bereich des Feuerwehresens durch das Innenministerium (max. 15 v. H. des Aufkommens) und
- den nach § 19 Abs. 2 Satz 7 FAG erforderlichen Betrag verwendet.

Nicht verbrauchte Einnahmen fließen den Kreisen und kreisfreien Städten zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe zu.

Die Titel der HG 8 sind gegenseitig deckungsfähig (ohne TG 61-64, 69).

Die Maßnahmen der Titelgruppen 62, 64 und 69 werden nicht aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer finanziert.

Einnahmen

111 01	044 Gebühren und tarifliche Entgelte	10,0	16,0
		4,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Lehrgangsgebühren für 30 LT	13.500
2.	Sonstige Gebühren	2.500
	Summe	16.000

119 99	044 Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
		0,0	

Erläuterungen:

Vorgesehen für Verwaltungseinnahmen von geringerer Bedeutung, die nach ihrer Zweckbestimmung keiner anderen Gruppe zugeordnet werden können.

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
124 01	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,0 6,4	5,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
	1.	aus 1 Dienstwohnung (Vorjahr 1)		4.500
	2.	Sonstige Einnahmen		500
		Summe		5.000
125 01	044	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	3,0 13,4	4,0
Erläuterungen:				
Vgl. Tit. 514 01.				
132 01	044	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	20,0
231 01	044	Zuweisungen vom Bund für die Zivilschutzausbildung	50,0 133,7	90,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der Zuschuss des Bundes für die Ausbildung in Führungs- und Sonderlehrgängen der Feuerwehr, Anteil Zivilschutz. Vgl. Tit. 525 01.				
 62 Schiffsbrandbekämpfung				
119 62	044	Vermischte Einnahmen	0,0 (TG 62) 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorgesehen für Verwaltungseinnahmen von geringerer Bedeutung, die nach ihrer Zweckbestimmung keiner anderen Gruppe zugeordnet werden können.				
231 62	044	Zuweisungen des Bundes	376,5 (TG 62) 476,3	424,0
Erläuterungen:				
Der Bund trägt 50 v. H. der Ausgaben für die Schiffsbrandbekämpfung. Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der Titelgruppe 62 zu verwenden.				
232 62	044	Zuweisung von Ländern	0,0 (TG 62) 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
233 62	044	Zuweisung von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0 (TG 62) 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
359 62	044	Entnahme aus der Rücklage	0,0 (TG 62) 0,0	0,0
weggefallen				

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
Summe der Titelgruppe 62			376,5 476,3	424,0
63 Sicherung des Feuer- und Katastrophenschutzes auf der Unterelbe				
231 63	044	Erstattungen vom Bund für Aufwendungen im Rahmen des Feuer- und Katastrophenschutzes auf der Unterelbe	109,0 177,1	0,0
(TG 63)				
Erläuterungen:				
Übertragen nach Titel 231 62				
Summe der Titelgruppe 63			109,0 177,1	0,0
64 Havariekommando				
232 64	044	Zuweisung von Ländern	0,0 0,0	289,1
(TG 64)				
Erläuterungen:				
Anteil der Länder an den Kosten des Havariekommandos. Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der Titelgruppe 64 zu verwenden.				
389 64	044	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	0,0 0,0	0,0
(TG 64)				
Summe der Titelgruppe 64			0,0 0,0	289,1
Summe der Einnahmen			553,5 811,4	848,1

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

422 01	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	314,6 312,1	314,6
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2006
				€
		1. Bezüge		308.000
		2. Lehrzulagen		6.600
		Summe		314.600
<hr/>				
422 02	044	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
422 03	044	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	44,8 44,4	44,8
425 01	044	Vergütungen der Angestellten	636,8 634,8	636,8
426 01	044	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	463,5 462,1	463,5
427 01	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,8 1,8	1,8
		Erläuterungen:		
		Der Internatsbetrieb der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein erfordert ständig die Vorhaltung des Personals. Bei Erkrankungen ist es erforderlich, neben dem Anordnen von Mehrarbeitsstunden auch Vertretungs- und Aushilfskräfte einzustellen.		
427 02	044	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,5 10,5	10,5
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Kosten für nebenamtliche Lehrkräfte für Sonderthemen, die nicht durch Lehrkräfte der LFS SH abgedeckt werden können (insbesondere für Spezialthemen bei der Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes).		
452 01	044	Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
453 01	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	10,0 5,0	10,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt ist das Trennungsgeld für die Anwärterinnen und Anwärter im gehobenen und höheren feuerwehrtechnischen Dienst.		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehresens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

511 01 044 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **74,0**
68,8 **64,5**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Büromaterial	15.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	9.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren	6.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	10.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	12.000
7.	Unterhaltung von Geräten	11.500
8.	Sonstiges	0
Summe		64.500

514 01 044 Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl. **170,0**
176,4 **200,0**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 125 01 geleistet werden.

Schadenersatzleistungen Dritter und Einnahmen aus der Abgabe von Betriebsstoffen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	65.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	20.000
3.	Verbrauchsmittel	110.000
4.	Sonstiges	5.000
Summe		200.000

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2005	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand 01.02.05
Einsatzleitfahrzeuge	4	3	4
Gefahrgutübungsanlagen	1	1	1
Löschfahrzeuge	7	7	7
Mehrzweckfahrzeuge	4	4	4
Motorgeräte	2	2	2
Rüst- und Gerätewagen	4	4	4
Tragkraftspritzen	5	5	5
Wechseladerfahrzeuge	0	1	0
Zusammen	27	27	27

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

517 01 044 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 125,0 50,0
56,8

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Reinigungsmittel für den Küchenbetrieb	10.000
2. Verbrauchsmittel (z. B. Handtücher, Servietten usw.)	0
3. Heizung	0
4. Gas	0
5. Elektrizität	0
6. Wasser, Abwasser, Abfälle	40.000
7. Bewachung, Schneeräumung, Fensterreinigung, Prüfung technischer Anlagen	0
Summe	50.000

517 91 044 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH 369,4 400,0
276,1

518 99 044 Leasingraten für Kopiergeräte 0,0 15,5
0,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leasing-Kosten für 2 Kopiergeräte der Landesfeuerweherschule.

525 01 044 Aus- und Fortbildung 125,0 175,0
191,3

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 01 geleistet werden.

Erstattungen aufgrund zentraler Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für den Katastrophenschutz sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Aus- und Fortbildung	40.000
2. Reisekosten und sonstige Nebenkosten	18.000
3. Lehr- und Lernmittel	95.000
4. Katastrophenschutzseminare	17.000
5. Sonstiges	5.000
Summe	175.000

526 04 044 Sitzungsgeld und Ausgaben für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten 1,0 1,0
0,1

526 05 044 Ärztliche Untersuchungen 1,0 2,0
0,1

Erläuterungen:

Kosten für die Untersuchung - insbesondere nach G 26 - für die Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule.

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

527 01 044 Dienstreisen **7,0**
3,6 **6,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen, insbesondere für die Betreuung der Ausbildung auf der Ebene der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände.

546 99 044 Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge **7,0**
0,0 **7,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0
2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	2.000
3. Ausschreibungen für Neueinstellungen	4.000
4. Sonstige vermischte Ausgaben	1.000
Summe	7.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.

811 01 044 Erwerb von Fahrzeugen **120,0**
387,6 **718,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	420
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	420
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Erstmalige Anschaffungen	
1.1 Wechselladerfahrzeug	230.000
2. Ersatzbeschaffungen	
2.1 Tragkraftspritzenfz. TSF-W	128.000
2.2 Abrollbehälter ELW 2	360.000
2.3 Löschgruppenfahrzeug LF 10/6	
2.4 Abrollbehälter Atemschutz/Strahlenschutz	
Summe	718.000

812 01 044 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen **30,0**
26,8 **30,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Geräte für die Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes.

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

61 Förderung des Feuerwehrwesens

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Zuweisungen an die Träger des Feuerwehrwesens und alle Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung des Feuerwehrwesens veranschlagt.

Die Ausgaben der Titelgruppe 61 werden aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer finanziert und zweckgebunden zur Förderung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein verwendet.

526 61	044 Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0	0,0
(TG 61)		0,0	

533 61	044 Pflege des Informationssystems	52,0	50,0
(TG 61)		55,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Schulungsmaßnahmen	27.000
2.	Wartung	12.000
3.	Reisekosten und Verdienstaufschlag der Mitglieder EDV-Ausschuss	2.200
4.	Hardware und Datenträger	5.000
5.	Anteil Pflegevertrag IGS-fire	3.800
Summe		50.000

Veranschlagt sind Kosten für die Fachanwendungen "Informationssystem über gefährliche Stoffe und Güter - IGS fire" und ein Feuerwehrverwaltungsprogramm. Es entstehen Ausgaben für Pflege, Weiterentwicklung und Erweiterung der Software sowie Wartung, Reparatur und Erweiterung der Hardware. Darüber hinaus entstehen Kosten für die Schulung der Anwenderinnen und Anwender.

534 61	044 Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehrwesen und für Aufklärung und Werbung	75,0	65,0
(TG 61)		48,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Kosten der Verwaltungsaufsicht	
1.1	Reisekosten, Fachliteratur, Dienstkleidung	10.500
2.	Aufklärung und Werbung	
2.1	in der Feuerwehr	
2.1.1	allgemein (Brandschutz, Dienstbesprechungen)	1.500
2.1.2	Herausgabe von Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV)	10.000
2.1.3	Herausgabe von Ausbildungsmaterialien	4.500
2.2	nach außen	
2.2.1	Herausgabe der Feuerwehrfachzeitschrift "UB-Unabhängige Brandschutzzeitschrift"	12.000
2.3	Feuerwehrtechnische Veranstaltungen der Jugendfeuerwehren	10.500
2.4	Interschutz 2010	0
3.	Beschaffung von Urkundenpapier, Fähnchenmappen und Ehrengaben	16.000
Summe		65.000

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
535 61	044	Anteilige Kosten für die Projektgruppe Digitalfunk	20,0	20,0
(TG 61)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für die Projektgruppe Digitalfunk.		
584 61	044	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	400,0	400,0
(TG 61)			400,0	
		Erläuterungen:		
		Zuführung der nach § 19 Satz 3 FAG aus dem Kommunalen Investitionsfonds in Anspruch genommenen Mittel aus dem Sondervermögen Landesfeuerweherschule in Höhe von 400 T€.		
632 61	044	Beiträge zu den Einrichtungen im Feuerlöschwesen	26,0	30,0
(TG 61)			25,4	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		
			2006	
			€	
		1. Beitrag Brandschutzforschung	23.000	
		2. Beitrag Normung	5.500	
		3. Beitrag Prüfung Einsatzschutzkleidung	1.500	
		Summe	30.000	
633 61	044	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerweherschule	400,0	400,0
(TG 61)			400,0	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Zuweisungen zu den Kosten der Träger des Feuerwehrwesens für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerweherschule gemäß § 31 FAG i.V.m. Ziffer 2.4 und 3.2.1 der Richtlinie zur Förderung des Feuerwehrwesens vom 14. Januar 2003 (Amtsbl. Schl.-H. S. 74).		
636 61	044	Beitrag an die Feuerwehr-Unfallkasse Nord	35,0	35,0
(TG 61)			34,5	
		Erläuterungen:		
		Das Land beteiligt sich an den Mehrleistungen der Feuerwehr-Unfallkasse Nord mit einer Zuweisung in Höhe von 50 v. H. aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.		
684 61	044	Zuführung an den Landesfeuerwehrverband-Sozialfonds	0,0	10,0
(TG 61)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Der Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein verfügt über einen Sozialfonds aus dem er freiwillige Zuwendungen bei Feuerwehrunfällen gewährt. Das Land hat den Fonds mit einem Grundkapital als "Schwankungsreserve" in Höhe von 40,9 T€ ausgestattet. .		
685 61	044	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen	46,1	50,0
(TG 61)			46,1	
		Erläuterungen:		
		Aus dem Titel werden besondere Maßnahmen des Landesfeuerwehrverbandes gefördert, insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren.		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
686 61 (TG 61)	044	Zuschüsse an den Landesfeuerwehrverband für den Betrieb der Ausbildungsstätte Rendsburg	153,4 153,4	153,4
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Ziel: Unterstützung der praktischen und theoretischen Ausbildung der Angehörigen von Jugendfeuerwehren.				
Das Jugendfeuerwehrzentrum Schleswig-Holstein in Rendsburg erhält aus Mitteln der Feuerschutzsteuer einen Zuschuss zu den lfd. Betriebskosten in Höhe von 153.400 € (Vertrag vom 26. Oktober 1999).				
687 61 (TG 61)	044	Zuschüsse für Leasing im Bereich Kraftfahrzeuge	0,0 0,0	0,0
812 61 (TG 61)	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
883 61 (TG 61)	044	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für Investitionen	6.793,1 6.962,3	6.346,7
Erläuterungen:				
§ 31 FAG - Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer fließt nach der Finanzierung besonderer Maßnahmen den Kreisen und kreisfreien Städten zu.				
Summe der Titelgruppe 61			8.000,6 8.126,0	7.560,1
 62 Schiffsbrandbekämpfung				
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.				
Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 62 - mit Ausnahme des Titels 231 62 - überschritten werden.				
Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 62 (TG 62) sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 62 zu verwenden.				
Erläuterungen:				
In der Titelgruppe sind die Mittel für Aufgaben der Sicherstellung der Schiffsbrandbekämpfung, soweit nicht die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist, veranschlagt.				
511 62 (TG 62)	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
525 62 (TG 62)	044	Aus- und Fortbildung	48,0 0,0	48,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Aus- und Fortbildungskosten an der Marinetechnikschule in Neustadt und an der Landesfeuerweherschule in Harrislee.				
527 62 (TG 62)	044	Dienstreisen	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
533 62	044	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
534 62	044	Sachaufwand für Ausbildungs- und Übungsdienst	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
633 62	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	694,0	848,0
(TG 62)			866,1	
		Erläuterungen:		
		Übertragen von Titel 633 63		
		Veranschlagt sind:		
				2006
				€
		1. BF Kiel		130.000
		2. BF Flensburg		132.000
		3. BF Lübeck		130.000
		4. FF Brunsbüttel		456.000
		Summe		848.000
				<hr/> <hr/>
		Der Bund übernimmt davon 50 v. H. (vgl. Titel 231 62).		
671 62	044	Landesanteil für die Bereitstellung von Feuerlöschschleppern	0,0	90,0
(TG 62)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Die Bereitstellung von zwei Feuerlöschschleppern für den Feuerschutz auf der Unterelbe (einschl. Übungen) erfolgt durch private Gesellschaften.		
		Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes bei einer Kostenübernahme des Bundes in Höhe von 50 v.H. gemäß Vertrag vom 9. Februar/15. Mai/30. Mai 1990.		
		Aufgrund der laufenden Verhandlungen mit den Gesellschaften muss mit einer wesentlichen Erhöhung der Kosten gerechnet werden.		
812 62	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 62	044	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	
		weggefallen		
		Summe der Titelgruppe 62	742,0	986,0
			866,1	

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

63 Sicherung des Feuer- und Katastrophenschutzes auf der Unterelbe

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Der Bund, das Land Niedersachsen und das Land Schleswig-Holstein sind gemeinsam gehalten, einen ausreichenden Feuer- und Katastrophenschutz auf der Unterelbe im Raum Cuxhaven/Brunsbüttel herzustellen.

Aufgrund der hierzu in 1990 geschlossenen Vereinbarung

- erstattet der Bund dem Land 50 v.H. der an die Stadt Brunsbüttel zu zahlenden Leistungen für die laufenden zusätzlichen

Personal- und Sachkosten der freiwilligen Feuerwehr (Tit. 633 63)

- erstattet das Land dem Bund 50 v.H. der laufenden Kosten für das Chartern von Feuerlöschschleppern (Tit. 671 63).

633 63	044	Kostenerstattung an die Stadt Brunsbüttel für die Beteiligung an der Sicherung des Feuerschutzes	218,0	0,0
(TG 63)			375,1	

Erläuterungen:

Übertragen nach 633 62

671 63	044	Landesanteil für die Bereitstellung von Feuerlöschschleppern	41,0	0,0
(TG 63)			37,8	

Erläuterungen:

Übertragen nach 671 62

Summe der Titelgruppe 63	259,0	0,0
	412,9	

64 Havariekommando

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 64 überschritten werden.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind Mittel für Aufgaben des Havariekommandos zur Verbesserung des gemeinsamen Unfallmanagements auf der Nord- und Ostsee sowie über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen nach den Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern veranschlagt.

632 64	044	Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)	70,0	349,2
(TG 64)			41,3	

Erläuterungen:

Die Kosten der Länder für das Havariekommando werden vom Land Schleswig-Holstein als Abrechnungsstelle der Länder gegenüber dem Bund getragen. Die Länder erstatten dem Land Schleswig-Holstein die von ihnen zu tragenden Anteile (vgl. Titel 232 64).

Auf Schleswig-Holstein entfallen nach dem Verteilungsschlüssel des Schadstoffbekämpfungsabkommens 30 v. H. der Gesamtkosten für das Havariekommando.

Summe der Titelgruppe 64	70,0	349,2
	41,3	

69 Outputorientierte Personalkosten

422 69	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	266,6
(TG 69)			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Vorwort Buchstabe F.

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
425 69	044	Vergütungen der Angestellten	0,0	51,3
(TG 69)			0,0	
Erläuterungen:				
Vgl. Vorwort Buchstabe F.				
Summe der Titelgruppe 69			0,0	317,9
			0,0	
Summe der Ausgaben			11.583,0	12.364,2
			12.104,6	

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	18,0 24,3	45,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	535,5 787,1	803,1
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			553,5 811,4	848,1
41 - 49		Personalausgaben	1.482,0 1.470,7	1.799,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.074,4 877,5	1.104,0
56 - 59		Schuldendienst	400,0 400,0	400,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.683,5 1.979,7	1.965,6
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	6.943,1 7.376,7	7.094,7
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			11.583,0 12.104,6	12.364,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-11.029,5 -11.293,2	-11.516,1

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 06 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

61 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

Vgl. Vorwort Buchstabe F.

Einnahmen

111 02	049	Einnahmen nach der Kampfmittelverordnung und sonstige Entgelte	200,0	200,0
			398,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Erstattung der Kosten zur Beseitigung und Vernichtung deutscher bzw. ehemals reichseigener Munition durch den Bund, die Bundesländer und andere Auftraggeber nach der Kampfmittelverordnung.
Vgl. 0406 - TG 61.

119 02	049	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Amtes für Katastrophenschutz	23,0	23,0
			18,9	

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial und Abfällen sowie Fundsachen, Einnahmen aus Aufträgen Dritter und sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 99	045	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen, die keiner bestimmten Zweckbestimmung zugeordnet werden können.

132 01	045	Erlöse aus der Veräußerung von Krafffahrzeugen	15,0	7,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Dienstkrafffahrzeugen des Munitionszerlegungsbetriebes Groß Nordsee.

231 01	045	Sonstige Zuweisungen vom Bund	400,0	400,0
			384,2	

Erläuterungen:

Anteil des Bundes an den Kosten der Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition (Erstattungsleistung 30 %).

Summe der Einnahmen			648,0	640,0
			801,8	

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

422 01	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	325,2 322,7	325,2
422 02	014	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
425 01	045	Vergütungen der Angestellten	450,0 448,6	450,0
452 01	045	Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
453 01	045	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0
		Deckungsfähig mit 0401 - 453 01 und 0403 - 453 01.		
511 01	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6,8 10,9	13,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Büromaterial	6.000
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	3.500
3. Druck- und Buchbindearbeiten	0
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	0
5. Ersatzbeschaffung von Geräten	1.500
6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0
7. Unterhaltung von Geräten	1.500
8. Sonstiges	500
Summe	13.000

517 01	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1,8 0,8	2,0
---------------	------------	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die behelfsmäßige Unterkunft in Lindewitt:

	2006
	€
1. Heizung	500
2. Elektrizität	1.000
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	300
4. Sonstiges	200
Summe	2.000

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
517 91	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	75,8 29,4	75,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für die Büroräume des AfK in Kiel, Düsternbrooker Weg 104, und den Munitionszerlegebetrieb in Felde, Lärchenweg 17:		
				2006 €
	1.	Nebenkosten gemäß Einzelmietvertrag		1.200
	2.	Bewirtschaftungskosten gemäß Einzelbewirtschaftungsvertrag		73.800
		Summe		75.000
518 91	045	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	52,0 50,9	52,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Mietkosten für Büroräume des AfK in Kiel, Düsternbrooker Weg 104, gem. Einzelmietvertrag.		
518 99	045	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
525 01	045	Aus- und Fortbildung	1,8 2,2	2,5
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums und des Amtes für Katastrophenschutz in Fragen der Katastrophenabwehr, Besuche der Landesfeuerwehrschule sowie der Akademie für zivile Verteidigung.		
526 04	045	Sitzungsgeld und Ausgaben für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten	0,5 0,2	1,0
527 01	045	Dienstreisen	3,7 4,3	5,9
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		
				2006 €
	1.	Reisekostengesetz für Inlandsdienstreisen		4.900
	2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		700
	3.	Reisevergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		300
		Summe		5.900

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

534 01	045	Planspiele, Übungen, zentrale Ausbildungsveranstaltungen und Kosten des Führungsstabes KatS-Land	167,0 127,8	125,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für Übungen/Schulungsmaßnahmen und Ausstattung des Gemeinsamen Lage- und Führungszentrums:

				2006
				€
<hr/>				
1.		Kosten für den FüStabKatS-IM		5.000
2.		Kosten für Übungen des FüStabKatS im Zusammenwirken mit den Stäben der HVB sowie den Kräften des Katastrophenschutzdienstes		9.000
3.		Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem KatS in der Umgebung kerntechnischer Anlagen		13.000
4.		Kosten für KatS-Maßnahmen wie Ziff. 3 - außerhalb kerntechnischer Anlagen -		16.000
5.		Kosten der Ausstattung des gemeinsamen Lage- und Führungszentrums mit technischen Geräten		10.000
6.		Kosten für Übungen gem. Richtlinie 96/82/EG (Seveso-II-Richtlinie)		72.000
Summe				125.000
				<hr/> <hr/>

536 01	045	Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz	48,0 31,4	40,8
---------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung bzw. Wartung und Reparatur von Geräten zur Messung radioaktiver Immissionen sowie von Ausstattungsgegenständen für die Reaktorsicherheit.

546 99	045	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,9 0,9	1,0
---------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2006
				€
<hr/>				
1.		Unfallrenten, Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		900
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen		0
4.		Sonstige vermischte Ausgaben		100
Summe				1.000
				<hr/> <hr/>

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

633 01 045 Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Zwecke des Katastrophenschutzes **270,0**
264,9 **229,5**

Erläuterungen:

Zuwendung

Ziel:

Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Nach § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835) gewährt das Land im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Zuwendungen (Zuschüsse) an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Anteil des Landes an der Ausbildung und den Übungen der Helferinnen und Helfer der Einheiten/Einrichtungen am Standort (50%)	94.500
2.	Anteil des Landes an der Ausbildung der Führungskräfte im KatS (100%)	45.000
3.	Anteil des Landes an der Unterhaltung der Katastrophenschutzfahrzeuge (in der Regel 50%)	90.000
Summe		229.500

684 01 045 Zuschüsse an Hilfsorganisationen für Mitwirkung im Katastrophenschutz **100,0**
99,6 **85,0**

Erläuterungen:

Zuwendung

Ziel:

Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835) gewährt das Land Zuwendungen (Zuschüsse) an die Träger der privaten Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzdienstes auf Landesebene mit wenigstens 50 Einsatzkräften oder mehr als zwei Einsatzeinheiten. Bezuschusst werden die Verwaltungskosten sowie für die Ausbildung und Ausrüstung der Helferinnen und Helfer in den örtlichen Gliederungen, soweit diese nicht vom Bund oder von den Kreisen und kreisfreien Städten finanziert werden.

Zuwendungen erhalten:

1. Arbeiter-Samariter-Bund
2. Deutsches Rotes Kreuz
3. Johanniter-Unfall-Hilfe
4. Malteser Hilfsdienst
5. Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Für die Bereitstellung des DRK-Hilfszuges erhält das DRK zusätzlich einen Betrag von 10.000 €.

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

883 01 045 Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte **1.380,0**
1.152,6 **620,0**

Erläuterungen:

Zuwendung

Ziel:

Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Die Zuwendungen sind Bestandteil des Zukunftsinvestitionsprogrammes 2004 (ZIP 2004) in Höhe von 240,0 T€ für das Haushaltsjahr 2006.

Gemäß § 34 Ziff. 1 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835) gewährt das Land Zuwendungen (Zuschüsse) an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

Hierfür wurde 1975 ein langfristiges Investitions- und Ersatzbeschaffungprogramm zur Komplettierung der friedensmäßigen Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes aufgelegt, dessen Kosten je zur Hälfte von den Kreisen und kreisfreien Städten sowie vom Land getragen wurden.

Aufgrund der Terroranschläge im September 2001 werden den Kreisen und kreisfreien Städten im Jahre 2006 Zuschüsse für die Ausstattung der KatS-Einheiten mit technischem Gerät und persönliche Schutzausstattung für Maßnahmen zur Bekämpfung von Terroranschlägen zur Verfügung gestellt, die im Einzelfall bis zu 66 % gefördert werden. Maßnahmen zur Gewährleistung maritimer Sicherheit aus dem ZIP werden im Einzelfall bis zu 100 % gefördert.

Folgende Beschaffungen sind erforderlich:

			2006
			€
1.	KatS-Einsatzfahrzeuge		
1.1	Krankentransportwagen (8 Stück)		200.000
1.2	Betreuungs-LKW (4 Stück)		60.000
1.3	Führungskraftwagen (4 Stück)		40.000
1.4	Diverse KatS-Einsatzfahrzeuge KTW, LKW und ELW nach Priorität		100.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>400.000</i>
2.	ABC-Messgeräte, Fachdienstausrüstung und persönliche Schutzausstattung		
2.1	Schnelleinsatzzelte (20 Stück)		105.000
2.2	Diverse ABC-Messgeräte und persönliche Schutzausstattung		115.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>220.000</i>
Zusammen			620.000

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

61 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 02 überschritten werden.
 Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42.
 § 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung für Titel der Obergruppe 42.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 61 werden die Ausgaben für die Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) zentral veranschlagt.

Für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel werden die Kosten vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 01).

425 61	049 Vergütungen der Angestellten	544,0	544,0
(TG 61)		542,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Vergütungen	425.100
2.	Gefahrenzulage für die im Angestelltenverhältnis beim Munitionsräumdienst eingesetzten 10 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	83.700
3.	Sonderprämien und Zuschläge	35.200
Summe		544.000

426 61	049 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.126,7	1.126,7
(TG 61)		1.123,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Löhne	916.500
2.	Gefahrenzulage für die im Lohnverhältnis beim Munitionsräumdienst eingesetzten 22 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	201.800
3.	Sonderprämien und Zuschläge	8.400
Summe		1.126.700

427 61	049 Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
(TG 61)		0,0	

452 61	045 Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit	0,0	0,0
(TG 61)		0,0	

weggefallen

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

511 61	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	16,5	32,0
(TG 61)			51,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Büromaterial	8.000
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.500
3. Druck- und Buchbindearbeiten	0
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	11.000
5. Ersatzbeschaffung von Geräten	8.000
6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0
7. Unterhaltung von Geräten	1.500
8. Sonstiges	2.000
Summe	32.000

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

514 61 049 Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl. **42,2** **59,0**
 (TG 61) 72,2

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	25.000
2. Dienst- und Schutzkleidung	4.000
3. Verbrauchsmittel	27.000
4. Sonstiges	3.000
Summe	59.000

Mehr durch erhöhten Kraftstoffbedarf bei gestiegenen Räumtrupp-Einsätzen für Bombenverdachtspunkte.

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Soll 2005	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2005
Aggregatanhänger	1	1	1
Außenbordmotoren	3	3	3
Betriebskarre	1	1	1
Betriebspfleegerät	1	1	1
Bombentransportanhänger (USBV)	1	1	1
Bootsanhänger	2	2	2
Gabelstapler	1	1	1
Gepanzerter Sonderwagen I für Großladungsbomben	0	0	0
Gepanzertes Räumgerät	1	1	1
PKW-Kombi	2	2	2
Spezial-LKW	4	4	4
Sprengstoff-Alarmwagen	3	3	3
Unimog mit Zusatzgerät	1	1	1
VW-Kombi	4	4	4
Zweiachsanhänger	1	1	1
Zusammen	26	26	26

Daneben werden vom Kampfmittelbeseitigungsdienst noch diverse andere durch Verbrennungsmotoren betriebene Maschinen verwendet.

517 61 049 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **138,0** **138,0**
 (TG 61) 154,3

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bewirtschaftung und Bewachung des Munitionszerlegebetriebes in Groß Nordsee:

	2006 €
1. Heizung	5.000
2. Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonst. Energiebedarf	10.000
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	20.000
4. Sonstiges	103.000
Summe	138.000

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
525 61	049	Aus- und Fortbildung	5,3	10,0
(TG 61)			5,0	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MZB zur Lehrgangsteilnahme an der Sprengschule in Dresden und anderen Ausbildungsstätten.				
527 61	049	Dienstreisen	6,9	15,0
(TG 61)			17,1	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen				14.000
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen				1.000
3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten				0
Summe				15.000
534 61	049	Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)	210,0	178,5
(TG 61)			173,0	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für die Beseitigung von Fundmunition und Waffen einschl. NATO-Kampfmitteln durch die Außentrupps in Schleswig-Holstein und in den Küstengewässern sowie für die Entwicklung und Beschaffung technischer Hilfsmittel und Ausrüstungsgegenstände. Gemäß § 1004 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. § 19 Abs. 2 Nr. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 05.11.1957 (BGBl. 1957, S. 1747) und den VV zur Durchführung des AKG (Nr. 3 und 3.5) erstattet der Bund den Ländern die Kosten für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel.				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1. Außentrupp				128.500
2. Einsatztrupp USBV				15.000
3. Munitionszerlegebetrieb				30.000
4. Luftbildauswertung				5.000
Summe				178.500
536 61	049	Prämien für die Gruppen-Unfallversicherung	7,0	7,0
(TG 61)			5,8	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Jahresprämien für die tarifliche zusätzliche Gruppenunfallversicherung für 10 Angestellte und 20 Lohnempfänger.				
547 61	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,9	1,0
(TG 61)			0,2	

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

811 61 049 Erwerb von Fahrzeugen 73,9 140,0
 (TG 61) 123,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1. Erstmalige Anschaffungen			
1	1	Transportwagen, elektrisch	50.000
<i>Summe zu 1.</i>			<i>50.000</i>
2. Ersatzbeschaffungen			
2	1	Einsatzfahrzeug	30.000
	2	Geländewagen -gepanzert- gebraucht	25.000
	3	Anhänger, 2-Achsen	35.000
<i>Summe zu 2.</i>			<i>90.000</i>
Zusammen			140.000

812 61 049 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen 55,1 149,0
 (TG 61) 172,8

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die erforderliche Ersatz-, Ergänzungs- oder Neubeschaffung von Geräten für den Außentrupp zur Beseitigung von Fundmunition zu Land und aus dem Wasser, für den Trupp zur Unschädlichmachung unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) und für den Munitionszerlegungsbetrieb Groß Nordsee für die Bearbeitung und Unschädlichmachung angelieferter Fundmunition, Waffen und munitionstechnischer Geräte.

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Raketenklemme	8.000
2.	Kette iRobot	2.000
3.	Akku iRobot	5.000
4.	Bombenschutz (SRS5 u. EOD 9)	16.000
5.	Sondiersystem	20.000
6.	Videoübertragung digital	15.000
7.	Metallsuchgerät	3.000
8.	Greifwerkzeug Sicherheitstand	35.000
9.	Bohrsonden	3.000
10.	Bohrgestänge	5.000
11.	Schachtringe	10.000
12.	Zub. für USBV-Waffen	3.000
13.	Lungenautomaten	5.000
14.	Landsonden	8.000
15.	Brenner für Ofen	5.000
16.	Kälteschutzanzüge	4.000
17.	Unterwassersonde	2.000
Summe		149.000

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
Summe der Titelgruppe 61			2.226,5 2.440,8	2.400,2
69 Outputorientierte Personalkosten				
422 69	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	75,7
(TG 69)			0,0	
Erläuterungen:				
Vgl. Vorwort Buchstabe F.				
425 69	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	63,3
(TG 69)			0,0	
Erläuterungen:				
Vgl. Vorwort Buchstabe F.				
Summe der Titelgruppe 69			0,0 0,0	139,0
Summe der Ausgaben			5.110,0 4.988,0	4.567,1

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	248,0 417,6	240,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	400,0 384,2	400,0
Gesamteinnahmen			648,0 801,8	640,0
41 - 49		Personalausgaben	2.445,9 2.436,8	2.584,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	785,1 737,9	758,7
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	370,0 364,5	314,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.509,0 1.448,8	909,0
Gesamtausgaben			5.110,0 4.988,0	4.567,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4.462,0 -4.186,2	-3.927,1

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 07 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Ausgaben

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 63 Durchführung der Abschiebehaft
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein wurde zum 01.04.1993 als Landesoberbehörde im Geschäftsbereich des Innenministeriums errichtet. Seine Aufgaben bestimmen sich nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 5) und der Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AuslAufnVO) vom 19. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 101), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 9).

Einnahmen

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

119 06	253	Rückzahlungen aus nicht verbrauchten Zuweisungen (MG 02)	0,0 25,4	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der MG 02 zu verwenden. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Maßnahmegruppe 02	0,0 25,4	0,0
------------------------------------	--------------------	------------

62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

119 62	235	Vermischte Einnahmen (TG 62)	250,0 442,0	250,0
---------------	-----	---------------------------------	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen von Ausländerbehörden im Rahmen des Asylverfahrens (Erstattung der Abschiebungskosten) und der abgerechneten Sicherheitsleistungen von Asylbegehrenden und sonstigen Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Kosten der Ab- oder Zurückschiebung). Vgl. Tit. 534 62 (TG 62).

Summe der Titelgruppe 62	250,0 442,0	250,0
---------------------------------	-----------------------	--------------

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
65		Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig- Holstein		
119 65	235	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0
(TG 65)			0,3	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind vermischte Einnahmen einschließlich Verkaufserlösen von beweglichen Sachen.				
Summe der Titelgruppe 65			2,0	2,0
			0,3	
Summe der Einnahmen			252,0	252,0
			467,7	

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

452 01 235 Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit 0,0 0,0
0,0

weggefallen

517 91 235 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH 0,0 144,0
0,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

Nebenkosten lt. Mietvertrag für

1. Laufende öffentliche Lasten des Grundstücks
2. Kosten der Wasserversorgung
3. Kosten der Entwässerung einschließlich Oberflächentwässerung
4. Kosten der Müllabfuhr
5. Kosten der öffentlichen Straßenreinigung
6. Kosten der Sach- und Haftpflichtversicherung.

In Betracht kommen:

6 von der GMSH angemietete Gebäude mit insgesamt 15.857,4 qm Nutz- und Nebenraumfläche (Vorwerker Straße 103, 23554 Lübeck).

Im Ansatz enthalten sind die Bewirtschaftungskosten für die Ermittlungsgruppe der Polizei in Lübeck mit rund 165 qm sowie Bewirtschaftungskosten für die Räume des Ärztlichen Dienstes in Lübeck mit rund 250 qm.

518 91 246 Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume 279,0 564,7
0,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mietkosten der Landesunterkunft:

	2006
	€
1. Lübeck, Vorwerker Straße 103	564.700
Summe	564.700

Das Land Schleswig-Holstein ist aufgrund des § 44 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 27. Juli 1993 (BGBl. I S. 1361), zuletzt geändert durch Artikel 6 Nr. 7 des Gesetzes vom 14. März 2005 (BGBl. I S. 721) zur Schaffung und Unterhaltung einer Aufnahmeeinrichtung verpflichtet.

Die Gebäude in der Aufnahmeeinrichtung in Lübeck sind vom Land mit Wirkung vom 1. Januar 2004 im Rahmen des Liegenschaftsmodells von der LVSH/GMSH angemietet worden.

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der MG 02 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der TG 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für Maßnahmen zur Integration von

- ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Angehörigen aus den ehemaligen Anwerbeländern (Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien, Türkei und Tunesien),
 - Ausländerinnen und Ausländern, die einen auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus haben,
 - Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern;
- sowie für Maßnahmen zur Beratung und Betreuung von dezentral untergebrachten Flüchtlingen (Asyl, Bürgerkrieg, de-facto). Die vorgenannten Personengruppen werden nachfolgend als Migrantinnen und Migranten bezeichnet.

526 01	235 Informationsveranstaltungen		3,0		2,0
(MG 02)			1,6		

Erläuterungen:

Veranschlagte Kosten für den migrations- und flüchtlingspolitischen Runden Tisch sowie für die Durchführung von Informationsveranstaltungen und für Informationsmaterial.

633 01	246 Zuweisungen an Kommunen für Projekte		0,0		0,0
(MG 02)			918,1		

Erläuterungen:

Zuwendung

Leertitel, um ggf. Zuwendungen an Kommunen leisten zu können, die sich an den vom Land geförderten Maßnahmen finanziell beteiligen (überwiegend Titel 0407 - 684 15 MG 02).

684 02	246 Deutsch-Sprachkurse		1.060,0		0,0
(MG 02)			420,4		

Übertragen nach 0407 - 684 15 MG 02.

684 03	246 Allgemeine und soziale Integrationsmaßnahmen		0,0		0,0
(MG 02)			63,5		

Übertragen nach 0407 - 684 15 MG 02.

684 04	246 Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen		0,0		80,0
(MG 02)			6,0		

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind Miet-, Honorar- und Sachkostenzuschüsse für die Treffpunktarbeit im Rahmen von Projekten für Migrantinnen. In Abweichung von den sonst in der Maßnahmegruppe geförderten Vorhaben können aus diesem Titel nur Projekte für Frauen gefördert werden.

684 05	246 Integrationsmaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten		215,7		266,0
(MG 02)			193,1		

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind Kosten für außerschulische Deutsch-Sprachförderung mit Hausaufgabenbetreuung für junge Migrantinnen und Migranten.

684 06	246 Flüchtlingsrat		97,0		97,0
(MG 02)			97,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse des Landes zur Unterstützung der Arbeit des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
684 15	246	Migrationssozialberatung	1.265,0	1.500,0
(MG 02)			896,0	
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Veranschlagt sind Zuschüsse für die Personal- und Sachkosten der in den Kreisen und kreisfreien Städten und bei den freien Wohlfahrtsverbänden ausgewiesenen Stellen in der Migrationssozialberatung, die aus Bundes-, Landes-, kommunalen und Eigenmitteln finanziert werden.				
684 16	246	Maßnahmen der Beratung und Betreuung von Opfern von Folter und Gewalt	70,0	97,0
(MG 02)			70,0	
Erläuterungen:				
Zuwendung				
Veranschlagt sind Zuschüsse des Landes für ein auf die Bedürfnisse von traumatisierten ausländischen Flüchtlingen ausgerichtetes zentrales Beratungs- und Betreuungsangebot sowie Fortbildungsangebote.				
685 01	246	DRK-Suchdienst	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	
weggefallen				
Summe der Maßnahmegruppe 02			2.710,7	2.042,0
			2.665,8	

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 62 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und mit MG 02.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein nimmt folgende Migrantengruppen auf: Asylbegehrende, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.

Asylbegehrende werden in der Aufnahmeeinrichtung "Vorwerk" in Lübeck aufgenommen und von dort auf die zugeordneten Gemeinschaftsunterkünfte des Landes in Lübeck und Neumünster oder auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt.

Das Land erstattet den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484), in Verbindung mit der Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), sowie dazu erlassene Verwaltungsvorschriften.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste Ausländer werden in Neumünster aufgenommen und von dort auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Für die Dauer ihres Aufenthalts in der Landesunterkunft Neumünster trägt das Land für diese Personen, wie auch für die in Lübeck und Neumünster untergebrachten Asylbegehrenden, nach § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesaufnahmegesetzes vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 5), die Kosten. Die Landesunterkünfte in Lübeck und Neumünster werden vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten betrieben.

517 62	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.432,0	1.345,0
		(TG 62)	1.457,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Heizung	380.000
2.	Elektrizität	110.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	286.000
4.	Sonstiges (Bewachung der Unterkünfte)	569.000
Summe		1.345.000

In Betracht kommen:

6 von der GMSH angemietete Gebäude mit insgesamt 15.857,4 qm Nutz- und Nebenraumfläche (Vorwerker Straße 103, 23554 Lübeck).

4 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben angemietete Gebäude mit insgesamt 10.690,6 qm Nutz- und Nebenraumfläche (Haart 148, 24539 Neumünster).

Im Ansatz enthalten sind die Bewirtschaftungskosten für die Ermittlungsgruppen der Polizei in Lübeck und Neumünster mit rd. 278 qm sowie Bewirtschaftungskosten für die Räume der Ärztlichen Dienste in Lübeck und Neumünster mit rd. 650 qm.

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
518 62	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	652,0	187,1
(TG 62)			695,7	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Mietkosten der Landesunterkunft:				
				2006
				€
<hr/>				
	1.	Neumünster, Haart 148		187.100
		Summe		187.100
<hr/>				
Das Land Schleswig-Holstein hat die Liegenschaft mit Wirkung vom 1. Juli 2004 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben angemietet.				
534 62	246	Kosten der Rückführung	470,0	220,0
(TG 62)			408,5	
Darf in Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 0407 - 119 62 (TG 62) überschritten werden.				
Erläuterungen:				
Neben den Abschiebungen und Zurückschiebungen in eigener Zuständigkeit führt das Landesamt für Ausländerangelegenheit im Wege der Amtshilfe auch die Abschiebungen und Zurückschiebungen für Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein sowie anderer Bundesländer gegen Kostenerstattung durch.				
Veranschlagt sind auch die Kosten für die Inanspruchnahme von Haftplätzen in der Abschiebehafteinrichtung Eisenhüttenstadt (Vereinbarung zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Brandenburg).				
Weniger in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung.				
535 62	246	Kosten des Transports und der Verteilung	110,0	80,0
(TG 62)			61,6	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Transportkosten im Rahmen der Erstverteilung (in andere Länder) und der Zweitverteilung innerhalb Schleswig-Holsteins (Verteilung auf die Kreise oder in die zugeordnete Gemeinschaftsunterkunft des Landes).				
Weniger in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung.				
536 62	246	Dolmetscherkosten	40,0	75,0
(TG 62)			64,1	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die für die Durchführung des Asylverfahrens notwendigen Dolmetscherkosten.				
Mehr in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung.				
546 62	246	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0	0,0
(TG 62)			2,7	
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
632 62	235	Erstattung an die Freie und Hansestadt Hamburg für die Unterbringung von Abschiebungshäftlingen aus Schleswig-Holstein	50,0	0,0
(TG 62)			0,0	
weggefallen				

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

633 62 (TG 62)	235	Erstattung von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	21.000,0 21.152,6	22.500,0
-------------------	-----	---	-----------------------------	-----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Erstattungen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für die Förderung der freiwilligen Rückkehr	20.522.500
2.	Kosten der ärztlichen Dienste	1.773.000
3.	Erstattungen der Kosten für die Unterhaltung der Gemeinschaftsunterkünfte	204.500
4.	Sonstige Erstattungen	0
Summe		22.500.000

Zu Position 1:

Die den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehenden Aufwendungen werden gemäß der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 - IV 613 - 483.0223.31 - vom Land zu 70 v.H. erstattet. Die Erstattungsregelung sieht vor, dass die Kommunen Abschlagszahlungen erhalten, höchstens jedoch bis zur Höhe der Aufwendungen des jeweiligen Vorjahres.

Darüber hinaus beteiligt sich das Land zu 35 v.H. an den Aufwendungen der vom Bund geförderten Rückkehrprogramme "REAG" und "GARP" für Flüchtlinge, die aus Schleswig-Holstein freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Der Bund trägt 50 v.H. der Kosten, die Kommunen übernehmen 15 v.H.

Zu Position 2:

Aufgrund von § 62 Asylverfahrensgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 27. Juli 1993 (BGBl. I S. 1361), zuletzt geändert durch Artikel 6 Nr. 7 des Gesetzes vom 14. März 2005 (BGBl. I S. 721), ist das Land zur Durchführung einer ärztlichen Untersuchung der in der Aufnahmeeinrichtung aufgenommenen Asylbegehrenden verpflichtet.

Diese Aufgabe hat das Land dem Gesundheitsamt der Hansestadt Lübeck durch Vereinbarung übertragen. Außerdem hat das Land mit der Stadt Neumünster eine Vereinbarung getroffen, wonach das städtische Gesundheitsamt die (haus-)ärztliche Betreuung der in der ehemaligen Scholtz-Kaserne untergebrachten Spätaussiedler, jüdischen Zuwanderer und Asylbegehrenden durchführt. Das Land erstattet in diesem Zusammenhang die Personalkosten, die Kosten für Sprachmittler oder Dolmetscher, die Labor- und Röntgenkosten sowie die Kosten für Medikamente, ärztliche Hilfsmittel, Verbrauchsmaterial und notwendige Ausstattungsgegenstände.

Weiterhin ist das Land nach § 36 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), verpflichtet, die in der Unterkunft in Neumünster aufgenommenen Spätaussiedler auf Lungentuberkulose hin zu untersuchen, soweit dies nicht bereits in der Aufnahmeeinrichtung des Bundes in Friedland geschehen ist. Diese Aufgabe wird durch einen niedergelassenen Röntgenfacharzt gegen Kostenerstattung wahrgenommen.

Darüber hinaus erhalten Personen, die in der Küche der Landesunterkünfte gemeinnützige Arbeit leisten sollen, nach § 43 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz eine Belehrung seitens des Gesundheitsamtes hinsichtlich ansteckender Krankheiten. Im Anschluss daran wird eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt. Diese Aufgabe wird durch die Gesundheitsämter in Lübeck und Neumünster gegen Erstattung der Kosten für die Ausstellung der Bescheinigung wahrgenommen.

Zu Position 3:

Das Land erstattet den Kommunen gemäß § 1 Abs. 2 der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433) i.V.m. dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 - IV 613 - 483.0223.31 - die Kosten für die Unterhaltung bzw. Instandsetzung der Gemeinschaftsunterkünfte zu 70 v.H.

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
671 62	235	Erstattungen an freie Wohlfahrtsverbände	3.208,0	2.573,0
(TG 62)			2.896,1	
		Erläuterungen:		
		Die zur Durchführung der Asylverfahren geschaffene Aufnahmeeinrichtung des Landes in Lübeck sowie die zugeordneten Gemeinschaftsunterkünfte in Lübeck und Neumünster werden von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege im Auftrage des Landes betrieben.		
		Die Verbände übernehmen die Betreuung und Versorgung der untergebrachten Asylsuchenden. Die Beratung der untergebrachten Asylbewerberinnen und Asylbewerber über die Grundzüge des Asylverfahrens wird in der Aufnahmeeinrichtung des Landes in Lübeck durch eine Verfahrensberatung sichergestellt. Das Land erstattet die entstehenden Personal- und Sachkosten in voller Höhe.		
		Weniger in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung.		
883 62	235	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften	102,0	51,0
(TG 62)			11,0	
		Erläuterungen:		
		Das Land erstattet den Kommunen gemäß § 1 Abs. 2 der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 - IV 613 - 483.0223.31 - die Investitionskosten zur Errichtung neuer Gemeinschaftsunterkünfte zu 70 v.H.		
893 62	235	Zuschüsse an Sonstige für die Herrichtung von Unterkünften	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
Summe der Titelgruppe 62			27.064,0	27.031,1
			26.750,1	
63		Durchführung der Abschiebehaft		
		Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.		
		Erläuterungen:		
		Das Land Schleswig-Holstein betreibt seit dem Jahr 2003 in Rendsburg eine Abschiebehaftereinrichtung mit 56 Plätzen. In der TG 63 werden die Aufwendungen für einen privaten Sicherheitsdienst, für Dolmetscher sowie für einmalige Anschaffungen veranschlagt.		
511 63	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	21,1	36,0
(TG 63)			65,6	
517 63	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	
533 63	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	515,0	530,0
(TG 63)			456,4	
		Erläuterungen:		
		Ausgaben für private Sicherheitskräfte.		
536 63	235	Dolmetscherkosten	31,0	10,0
(TG 63)			8,5	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz externer Dolmetscher.		

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

811 63	235	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 63	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0
(TG 63)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 63	567,1	576,0
	530,5	

65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42.
§ 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung für Titel der Obergruppe 42.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 65 werden die Ausgaben für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein mit der Außenstelle in Lübeck zentral veranschlagt.

422 65	235	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten und der beamteten Hilfskräfte	421,6	421,6
(TG 65)			413,7	

425 65	235	Vergütungen der Angestellten	1.099,8	1.099,8
(TG 65)			1.096,4	

427 65	235	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
(TG 65)			0,0	

453 65	235	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	3,0	3,0
(TG 65)			0,0	

511 65	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	38,5	67,0
(TG 65)			53,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Büromaterial	20.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	8.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	2.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	23.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	5.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	2.000
7.	Unterhaltung von Geräten	7.000
8.	Sonstiges	0
Summe		67.000

Weniger in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

514 65 235 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** **33,0** **47,0**
 (TG 65) 40,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	39.000	39.000
2. Verbrauchsmittel	8.000	8.000
Summe		47.000

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2005	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand 1.2.2005
Anhänger	0	0	0
Bus (1 - 14)	1	0	1
Kleintransporter	0	0	0
Krafträder	0	0	0
Lastkraftwagen	0	0	0
Personenkraftwagen	9	9	9
Zusammen	10	9	10

Weniger in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

517 65 235 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **100,0** **80,0**
 (TG 65) 71,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1. Heizung	35.000	35.000
2. Elektrizität und sonstiger Energiebedarf	5.000	5.000
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	35.000	35.000
4. Sonstiges	5.000	5.000
Summe		80.000

Weniger in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

518 65 235 **Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** **18,0** **10,0**
 (TG 65) 7,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gerätemieten und Kosten für die Wartungen von Kopiergeräten.

Weniger in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

525 65 235 **Aus- und Fortbildung** **10,6** **20,0**
 (TG 65) 10,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Schulungskosten für Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Asylverfahrens und ausländerrechtlicher Aufgaben sowie der allgemeinen Verwaltung (Haushalt, Personal, Reisekosten, Qualifizierungsangebot für Angestellte usw.).

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
526 65	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	1,8	3,0
(TG 65)			1,3	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Gerichtskosten im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.		
527 65	235	Dienstreisen	2,6	5,0
(TG 65)			1,7	
531 65	235	Veröffentlichungen	1,1	2,0
(TG 65)			0,0	
536 65	235	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0
(TG 65)			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
539 65	235	Kosten für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Bewerberinnen und Bewerbern	1,0	1,0
(TG 65)			1,1	
546 65	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,6	3,0
(TG 65)			1,5	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		
				2006
				€
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		1.000
3.		Sonstige vermischte Ausgaben		2.000
Summe				3.000
<p>Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.</p>				
811 65	235	Erwerb von Fahrzeugen	29,9	0,0
(TG 65)			0,0	
812 65	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	5,0
(TG 65)			3,8	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Kosten für die erforderliche Ergänzungsbeschaffung von Büroausstattungsgegenständen aufgrund der Vorschriften nach dem Arbeitsschutzgesetz und der Bildschirmarbeitsverordnung.		
821 65	235	Grunderwerb sowie sonstige Ausgaben im Zusammenhang mit dem Grunderwerb	0,0	0,0
(TG 65)			0,0	
Summe der Titelgruppe 65			1.762,5	1.767,4
			1.703,3	

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
69 Outputorientierte Personalkosten				
422 69	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	605,3
(TG 69)			0,0	
Erläuterungen:				
Vgl. Vorwort Buchstabe F.				
425 69	235	Vergütungen der Angestellten	0,0	80,1
(TG 69)			0,0	
Erläuterungen:				
Vgl. Vorwort Buchstabe F.				
Summe der Titelgruppe 69			0,0	685,4
			0,0	
Summe der Ausgaben			32.383,3	32.810,6
			31.649,7	

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	252,0 467,7	252,0
Gesamteinnahmen			252,0 467,7	252,0
41 - 49		Personalausgaben	1.524,4 1.510,1	2.209,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.761,3 3.411,9	3.431,8
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	26.965,7 26.712,9	27.113,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	131,9 14,8	56,0
Gesamtausgaben			32.383,3 31.649,7	32.810,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-32.131,3 -31.182,0	-32.558,6

04 08 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 08 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Maßnahmen zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein
- 62 Zuwendungen der EU für Maßnahmen im Rahmen von LEADER II

Einnahmen

119 04	011	Stundungs-, Verzugs- und andere Zinsen	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 11904.		
119 05	529	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Förderungszuschüssen	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 11905.		
271 02	528	Erstattung aus dem EAGFL i.R. der zusätzlichen Förderung strukturschwacher ländlicher Gebiete für Maßnahmen der Dorferneuerung	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 27102.		
271 09	528	Erstattungen aus dem EAGFL für Maßnahmen im Rahmen von LEADER II	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 27109.		
271 11	528	Erstattungen aus dem EAGFL für Maßnahmen im Rahmen von LEADER +	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 27111.		
282 03	521	Zuschüsse Dritter für Dorfentwicklungsmaßnahmen	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 28203.		
346 01	528	Für Maßnahmen der Dorfentwicklung und des ländlichen Tourismus	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 34601.		
389 01	991	Erstattung von Ausgaben für den Radwegebau	0,0	0,0
			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 38901.		
Summe der Einnahmen			0,0	0,0
			0,0	

04 08 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

683 12	629	Zuschuss für den Druck der Dokumentation des Wasserwesens an der Schleswig-Holsteinischen Nordseeküste	0,0	0,0
			13,8	

685 01	623	Jahresbeitrag an das Kuratorium für Forschung im Küsteningenieurwesen	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen nach 1315 - 68501.

685 04	529	An die Akademie für die ländlichen Räume	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen nach 1317 - 68504.

892 05	528	Zuwendungen der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER +	0,0	0,0
			0,0	

Übertragen nach 1317 - 89205.

01 Maßnahmen zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein

883 05	521	Zuwendungen für Dorferneuerungsmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0	0,0
(MG 01)			0,0	

Übertragen nach 1317 - 88305.

893 01	651	Maßnahmen des ländlichen Tourismus	0,0	0,0
(MG 01)			0,0	

Übertragen nach 1317 - 89301.

893 02	521	Zuwendungen für Dorferneuerungsmaßnahmen an Sonstige	0,0	0,0
(MG 01)			0,0	

Übertragen nach 1317 - 89302.

Summe der Maßnahmegruppe 01	0,0	0,0
	0,0	

62 Zuwendungen der EU für Maßnahmen im Rahmen von LEADER II

633 62	528	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Übertragen nach 1317 - 63362.

637 62	528	Sonstige Zuwendungen an Zweckverbände	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Übertragen nach 1317 - 63762.

685 62	528	Sonstige Zuwendungen für laufende Zwecke	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	

Übertragen nach 1317 - 68562.

04 08 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
883 62	528	Zuwendungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 88362.		
887 62	528	Zuwendungen für Investitionen an Zweckverbände	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 88762.		
893 62	528	Zuwendungen für Investitionen an Sonstige	0,0	0,0
(TG 62)			0,0	
		Übertragen nach 1317 - 89362.		
Summe der Titelgruppe 62			0,0	0,0
			0,0	
Summe der Ausgaben			0,0	0,0
			13,8	

04 08 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 0,0	0,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	0,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 0,0	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			0,0 0,0	0,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 13,8	0,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			0,0 13,8	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0 -13,8	0,0

04 09 Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes'

Das Kapitel 04 09 ist nach Kapitel 13 20 übertragen worden.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 10 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Besonderer Einsatz der Polizei
- 62 Polizeiorchester
- 63 Digitalfunk
- 64 Fahndung, vorbeugende Verbrechensbekämpfung, Personen- und Zeugenschutz
- 66 Rat für Kriminalitätsverhütung
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

Einnahmen

111 01	042	Gebühren und tarifliche Entgelte	2.421,0	2.421,0
			1.851,0	

Erläuterungen:

Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung (VVKO), der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren und der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr. Siehe Tit. 539 02.

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung (VVKO)	611.000
2. Verwaltungsgebühren und verauslagte Verwaltungskosten	1.810.000
Summe	2.421.000

111 05	042	Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung mit Ausnahme von Verwarnungsgeld	31,0	75,0
			77,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aufgrund gemeinsamer Maßnahmen zur Verkehrsüberwachung von Land und Kommunen. Mehreinnahmen dürfen innerhalb des Kapitels 0410 für Maßnahmen zur Verbesserung der Personalstruktur und zur Verstärkung des Sachhaushalts verwendet werden.

111 06	042	Einnahmen aus der Durchführung von kriminaltechnischen Untersuchungen	0,0	0,0
			8,0	

Erläuterungen:

Siehe Tit. 514 01.

111 07	042	Einnahmen aus der Bereitstellung von Digitalfunktechnik	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Nutzung landeseigener Digitalfunktechnik durch externe Nutzer, wie z. B. Kommunen, Rettungsdienste und Andere. Siehe Titelgruppe 63.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
112 01	042	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	9.587,0 9.830,6	9.989,0
Erläuterungen:				
Siehe Titel 511 01.				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Einnahmen aus Verwarnungsgeldern, die von der Polizei festgelegt werden (vgl. Tit. 633 01)		9.987.000
2.		Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten		2.000
		Summe		9.989.000
119 02	042	Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Polizei	128,0 85,3	128,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Einnahmen aus Schadenersatz gegen Dritte		102.400
2.		Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände		15.300
3.		Sonstiges		10.300
		Summe		128.000
119 99	042	Vermischte Einnahmen	92,0 77,1	92,0
122 01	042	Einnahmen aus Konzessionsabgaben	52,0 89,4	90,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist das Aufkommen aus Konzessionsverträgen über den Anschluss von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen bei den Polizeidienststellen.				
124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	283,0 312,7	310,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		aus 16 Dienstwohnungen (Vorjahr 23)		80.000
2.		aus sonstigen Vermietungen, Verpachtungen und Nutzungen von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen und dgl.		190.000
3.		Sonstige Einnahmen		40.000
		Summe		310.000

Die Sportanlagen in Kiel-Eichhof (PZE), Mühlenweg 166, und in Eutin- Hubertushöhe (PD AFB) dürfen in Abweichung von § 52 LHO Sportvereinen außerhalb der für die Landespolizei festgesetzten Dienststunden unentgeltlich überlassen werden. Den Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten des ländlichen Dienstes, die ein zur dienstlichen Verwendung zugelassenes privateigenes Kraftfahrzeug mit Genehmigung des Innenministeriums benutzen, werden die in und bei den Dienstgehöften befindlichen Garagen als Diensträume zugewiesen.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

124 02 042 Einnahmen aus der Verpachtung von Kantinenbetrieben 5,0
3,2 8,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Verpachtung der Kantinen der Landespolizei in Eutin, Kiel und Lübeck. Mehr aufgrund Übertragung vom Tit. 124 03. Siehe Titel 534 01.

124 03 042 Einnahmen aus der Verpachtung des Kantinenbetriebes im Behördenzentrum Lübeck 3,0
0,0 0,0

Erläuterungen:

Übertragen nach Tit. 124 02.

125 01 042 Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung 482,0
347,4 342,0

Erläuterungen:

Das Verpflegungsgeld für Pflichtteilnehmer beträgt 3,20 € täglich zuzüglich einer Herstellungspauschale von 1,60 € für alle Pflichtteilnehmer, insgesamt 4,80 € täglich. Für freiwillige Teilnehmer (nur Mittagkost) beträgt der Verpflegungssatz 1,60 € zuzüglich einer Herstellungspauschale von 0,80 € sowie Herstellungskosten von 1,20 € insgesamt 3,60 €.

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Einzahlungen von Pflichtteilnehmern einschließlich Herstellungspauschale	264.320
2.	Einzahlungen freiwilliger Essensteilnehmer, Sonderessen und Herstellungskosten	75.920
3.	Sonstige Essen	1.760
Summe		342.000

Bei Berechnung der Verpflegungsgelder werden die für die Beschaffung der Lebensmittel entstehenden Ausgaben zugrunde gelegt. Freiwillige Teilnehmer an der Mittagsverpflegung zahlen daneben erhöhte anteilige Herstellungskosten. Die Kosten für die Zubereitung der Gemeinschaftsverpflegung sowie die Bewirtschaftung der Küchen sind bei den entsprechenden Sachtiteln veranschlagt. Weniger aufgrund der Schließung der Polizeiküche Kiel und Anpassung an die erzielten Einnahmen durch ausgegebene Essen.

Mehreinnahmen aus der Gewährung von Verpflegung der Landespolizei stehen in voller Höhe für Ausgaben bei Tit. 514 01 (Pos. 4.1) zur Verfügung.

125 02 042 Einnahmen aus der Tätigkeit des Polizeiorchesters 40,0
67,8 65,0

Erläuterungen:

Siehe Titelgruppe 62.

125 03 042 Einnahmen der Kraftfahrzeugwerkstätten der Landespolizei 0,0
91,5 0,0

Erläuterungen:

Einnahmen der Kraftfahrzeugwerkstätten der Landespolizei stehen in voller Höhe für Ausgaben bei Tit. 514 01 (Pos. 1.2) zur Verfügung.

125 04 042 Einnahmen aus der Aus- und Fortbildung von Bediensteten anderer Länder 0,0
5,5 0,0

Erläuterungen:

Vorgesehen für Erstattungen anderer Länder für die Teilnahme von deren Bediensteten an Aus- und Fortbildungsvorhaben der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein. Die Einnahmen stehen in voller Höhe für Ausgaben im Sachhaushalt zur Verfügung.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
132 01	042	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	325,0 21,2	200,0
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf von abgängigen Dienstfahrzeugen. Siehe Tit. 811 01.		
231 01	042	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung eines Hilfsprogramms für osteuropäische Staaten	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Siehe Tit. 534 03.		
232 01	042	Zuweisungen von Mehrkosten aus Anlass des Einsatzes von Polizeikräften in anderen Ländern	205,0 687,2	500,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen in voller Höhe dem Sachhaushalt und den Zuwendungen zur Verfügung.		
272 01	042	Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei Schleswig-Holstein	0,0 104,5	0,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Zuschüsse der EU für die Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten der Landespolizei Schleswig-Holstein. Zuschüsse der EU dürfen innerhalb des Kapitels 0410 zur Verstärkung des Sachhaushaltes für die Durchführung der förderungsfähigen Projekte verwendet werden.		
272 02	042	Zuschüsse der EU für die Durchführung von Projekten der Staaten des Ostseeraumes im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Siehe Tit. 534 02.		
282 01	042	Kostenbeiträge Dritter im Zusammenhang mit der Präventivaktion "Polizei und Frauen gemeinsam gegen Gewalt"	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Leertitel zur Vereinnahmung von Kostenbeiträgen Dritter (Körperschaften, Verbände, Stiftungen, Vereine, Private) im Zusammenhang mit der Präventivaktion "Polizei und Frauen gemeinsam gegen Gewalt". Eingehende Kostenbeiträge dürfen innerhalb des Kapitels 0410 voll zur Verstärkung des Sachhaushaltes verwendet werden und zwar ausschließlich für die vorgenannte präventive Aktion.		
286 02	528	Erstattung der EU für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen	52,2 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen in voller Höhe für Ausgaben bei Tit. 514 01 (Pos. 2) zur Verfügung.		
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
359 01	042	Entnahme aus der Rücklage "Polizeidienstkleidung"	0,0 0,0	0,0
Summe der Einnahmen			13.706,2 13.659,7	14.220,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

422 01 042 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten **235.503,9**
231.723,3 **233.214,2**

Deckungsfähig zu Gunsten 916 05.

Die Einnahmen aus der Eigenbeteiligung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten an den Kosten der Heilfürsorge in Höhe von 1,4% des jeweiligen Grundgehalts sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Bezüge	216.611.700
2.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	3.750.000
3.	Entschädigung für nicht gewährte Dienstbefreiung	500.000
4.	Polizeizulage	10.800.000
5.	Zulage für besondere Einsätze/verdeckte Ermittler	22.000
6.	Wechselschicht-/Schichtdienstzulage	1.520.000
7.	Taucher- und Erschwerniszulagen	10.500
	Summe	233.214.200

Vgl. Vorwort Buchstabe F.

422 02 042 Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte **10.653,4**
10.569,9 **10.653,4**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Bezüge	9.693.400
2.	Polizeizulage	740.000
3.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	220.000
	Summe	10.653.400

422 03 042 Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst **6.976,4**
6.921,7 **6.976,4**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Bezüge	6.591.400
2.	Polizeizulage	250.000
3.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	135.000
	Summe	6.976.400

425 01 042 Vergütungen der Angestellten **26.796,1**
26.713,3 **26.560,8**

Erläuterungen:

Vgl. Vorwort Buchstabe F.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
426 01	042	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	4.227,6 4.214,5	4.227,6
426 02	042	Löhne der ständigen, nur teilbeschäftigten Kräfte	239,8 239,1	239,8
427 01	042	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
443 02	042	Heilfürsorge und Sonderkuren	8.436,0 8.290,6	9.091,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Kosten der Heilfürsorge gem. § 212 Landesbeamtengesetz in Verbindung mit den dazu erlassenen Heilfürsorgebestimmungen. Anspruch auf Heilfürsorge haben alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, solange sie Dienst- oder Anwärterbezüge erhalten. Darüber hinaus sind Kosten von Sonderkuren im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge für im Schichtdienst tätige Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte vorgesehen.		
452 01	042	Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit	0,0 0,0	0,0
		weggefallen		
453 01	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	450,0 420,1	405,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		
				2006
				€
1. Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter				280.000
2. Umzugskostenvergütung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter				125.000
Summe				405.000
453 03	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	755,0 679,4	700,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind persönliche Gebühren für alle in der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.		
				2006
				€
1. Ausbildung				535.000
2. Fortbildung				165.000
Summe				700.000
459 03	042	Pauschalabfindungen	37,0 32,0	35,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Abfindungen der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Schutzpolizei für besondere Aufwendungen im Dienst aufgrund der vom Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium herausgegebenen Bestimmungen (Pauschalvergütungsbestimmungen).		

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

511 01	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.045,7	4.500,0
			4.762,1	

Einnahmen aus dem Verkauf ungeeigneter Junghunde sind von der Ausgabe (Pos. 12) abzusetzen.

Mehrausgaben der Pos. 7 dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Tit. 112 01 (Pos.1) geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Büromaterial, Druck- und Buchbindearbeiten	750.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	214.000
3.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.200.000
4.	Gebühren für Notrufleinrichtungen	523.000
5.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	780.000
6.	Beschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	10.000
7.	Beschaffung und Unterhaltung von Verkehrsgeräten (Überwachung, Sicherung und Unfallaufnahme)	13.000
8.	Beschaffung und Unterhaltung von kriminal- und fototechnischen Geräten	145.000
9.	Beschaffung und Unterhaltung von Waffen und waffentechnischen Geräten	270.000
10.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten für den Umweltschutz / Hafenanlagensicherheit	45.000
11.	Unterhaltung und Betrieb von Fernmeldeeinrichtungen der Polizei	350.000
12.	Ausgaben für Polizeidiensthunde	200.000
Summe		4.500.000

Mehrausgaben aufgrund des Hafenanlagensicherheitsgesetzes 2004, Ausgaben für nutzerspezifische Anlagen entsprechend dem Handbuch für Bauaufgaben des Landes 2004 (HBBau-K 26-) sowie zusätzlicher Ausgaben aus Anlass wiederkehrender Prüfungen elektrischer Geräte nach den gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften (GUV).

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
514 01	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	9.301,8 9.775,4	7.100,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu
514 01

Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 111 06 bei Pos. 4.2 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	
1.1	Treib- und Schmierstoffe	3.000.000
1.2	Unterhaltung und Instandsetzung	1.570.000
1.3	Gebrauchsgegenstände	200.000
2.	Betrieb und Unterhaltung von Wasserfahrzeugen	
2.1	Treib- und Schmierstoffe	250.000
2.2	Unterhaltung und Instandsetzung	620.000
2.3	Gebrauchsgegenstände	80.000
3.	Ersatz und Unterhaltung von Dienstfahrrädern	10.000
4	Verbrauchsmittel	
4.1	Verpflegungskosten	600.000
4.2	Ausgaben für kriminaltechnische und fototechnische Geräte	250.000
4.3	Munition und Verbrauchsmittel des waffentechnischen Bedarfs	350.000
4.4	Ausgaben des fernmeldetechnischen Bedarfs	40.000
5.	Sonstiges	
5.2	Entschädigung für Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 Abs. 1 und 2 BRKG)	130.000
Summe		7.100.000

Mehrausgaben insbesondere wegen Schließung der polizeieigenen Kfz-Werkstätten und Vergabe von Reparaturaufträgen für Dienstkfz. an private Unternehmen.

Weitere Mehrausgaben aufgrund erhöhter Reparaturkosten der Boote.

Bestand an Dienstfahrzeugen der Landespolizei:

	Soll 2005	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand 1.2.2005
Anhänger	51	51	51
Krafträder	57	57	57
Mannschaftskraftwagen	9	9	9
Pkw (einschl. Siebensitzer u. Selbstfahrer)	1.039	1.039	1.039
Sonderkraftwagen	87	87	87
Wirtschaftskraftwagen	15	15	15
Zusammen	1.258	1.258	1.258

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu
514 01

Bestand an Dienstfahrzeugen des Bundes (PD AFB):

	Soll 2005	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand 1.2.2005
Anhänger	11	11	4
Krafträder	10	10	9
Mannschaftskraftwagen	46	46	47
PKw	41	41	37
Sonderkraftwagen	34	34	32
Wirtschaftskraftwagen	20	20	23
Zusammen	162	162	152

Bestand an Dienstfahrzeugen des Bundes (zivile Landesverteidigung) und sonstige zur Nutzung überlassene Kfz:

	Soll 2005	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand 1.2.2005
Anhänger	1	1	1
Pkw-Selbstfahrer	2	2	2
Sonderkraftwagen	6	6	6
Zusammen	9	9	9

Bestand an Wasserfahrzeugen:

	Soll 2005	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand 1.2.2005
Hafenboot (Typ 4)	2	2	2
Hafenboot (Typ 7)	2	2	2
Hilfsstreifenboot (Typ 5)	12	12	12
Küstenstreifenboot (Typ 1)	5	5	6
Streckenboot (Typ 6)	3	3	3
Streifenboot (Typ 3)	8	8	8
Zusammen	32	32	33

Auf 5 Küstenstreifenbooten und auf 3 Streckenbooten befinden sich je 1 Schlauchboot mit Außenbordmotor als Einsatzschlauchboot.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

514 02 042 Dienst- und Schutzkleidung **0,0**
0,0 **3.000,0**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410-359 01 geleistet werden.

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten des Titels 0410-919 01.

Einnahmen aus dem Bekleidungswesen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Bekleidung und Ausrüstung	750.000
2.	Kleidergeld	1.825.500
3.	Sonderbedarf (Sonder-Schutzkleidung)	45.000
4.	Auslagen und Leistungsentgelt für Bekleidungsbewirtschaftung	300.000
5.	Spezialausrüstung	79.500
Summe		3.000.000

517 01 042 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **742,0**
806,2 **884,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Nebenkosten für Drittanmietungen	534.000
2.	Nebenkosten und Abgaben für landeseigene Liegenschaften	74.500
3.	Reinigung Unterkunftswäsche	40.600
4.	Wiederkehrende Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel gem. GUV	66.100
5.	Reparaturen, Leuchtmittel u. a. nach Vorgaben HBBau, sonstiges	168.800
Summe		884.000

Mehr wegen zusätzlicher Ausgaben für Reparaturen nutzerspezifischer Anlagen gem. HBBau-K26- sowie für wiederkehrende Prüfungen elektrischer Geräte nach den gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften (GUV).

517 91 042 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH **14.958,2**
13.622,7 **15.163,3**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1	Nebenkosten	1.489.700
2	Bewirtschaftungskosten	13.673.600
Summe		15.163.300

518 01 042 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume **2.612,4**
2.463,3 **2.780,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mietausgaben für die Anmietung von Räumen, Flächen, Garagen und Einrichtungen sowie von Objekten für Zwecke der Ausbildung der Polizei für 343 Mietverträge.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

518 03	042	Anmietung von Objekten für Zwecke der Ausbildung bei der PD für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei und dem Landeskriminalamt	31,0 32,5	0,0
--------	-----	---	--------------	-----

518 91	042	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	15.934,8 15.525,7	15.799,8
--------	-----	--	----------------------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für 174 von der LVSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume der Polizei.

518 99	042	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	2.966,0 2.235,5	3.000,0
--------	-----	---------------------------------------	--------------------	---------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	1.822
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	1.130
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	692
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

Minderausgaben können für Mehrausgaben bei Tit. 811 01 verwendet werden. Satz 5 und 6 der Erläuterungen sind verbindlich gem. § 17 LHO.

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2005 stellt sich wie folgt dar:

		T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	1.552
Zusammen		1.552

Veranschlagt sind die Leasingkosten für Kraftfahrzeuge der Landespolizei.

Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen sind für die Bestellung von weiteren Kraftfahrzeugen der Polizei vorgesehen.

Ab Haushaltsjahr 2005 können, entsprechend dem in 2001 beschlossenen Leasingkonzept, die Ansätze bei den Titeln 0410 - 518 99 und 0410 - 811 01 um den Betrag erhöht werden, der sich aus den Einsparungen aus der Schließung der Polizeikraftfahrzeugwerkstätten (Personal- und Sachausgaben) ergibt; die maximale Ansatzserhöhung beträgt dabei 1.022,6 T€ (2 Millionen DM).

Siehe Tit. 811 01.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

525 01 042 Ausbildung und Fortbildung **1.786,5**
1.729,3 **1.780,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Lehr- und Lernmittel in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	40.000
2.	Schulgeld, Unterrichtsentschädigungen, Honorare und Prüfungsgebühren	1.620.000
3.	Kosten der Sportausbildung	20.000
4.	Sonstiges	100.000
4.1	Grenzüberschreitendes deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt der Polizei (EU-Zuschuss); vgl. Tit. 272 01.	0
Summe		1.780.000

526 01 042 Gerichts- und ähnliche Kosten **10,0**
5,9 **10,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben an Anwälte und Gerichte und sonstige Kosten im Rahmen des Rechtsschutzes für Polizeibeamtinnen und -beamte.

526 04 042 Sitzungsgeld und Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten **71,0**
51,9 **71,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Sitzungsgeld für Personalratsmitglieder	16.000
2.	Ausgaben in Personalvertretungsangelegenheiten	52.500
3.	Ausgaben in Schwerbehindertenangelegenheiten	2.500
Summe		71.000

Zu Position 2:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Mitglieder des Hauptpersonalrats, der Jugend- und Ausbildungsververtretungen, für die Bezirkspersonalräte und örtliche Personalräte der Landespolizei sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Personalvertreterinnen und Personalvertreter. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 Abs. 1 und 2 BRKG) gezahlt werden.

Zu Position 3:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Vertrauensfrauen und Vertrauensmänner, der Hauptvertrauensfrau und des Hauptvertrauensmannes der Schwerbehinderten sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 Abs. 1 und 2 BRKG) gezahlt werden.

526 05 042 Ärztliche Untersuchungen **2,0**
0,2 **2,0**

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

526 06 042 Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Personen, die einer Straftat verdächtigt werden **290,0**
323,3 **300,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Arzthonorar	135.000
2.	Laborkosten	130.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	15.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	20.000
Summe		300.000

Mehrbedarf zur Finanzierung des neuen Drogenschnelltests und der notwendigen Laborkosten zur Messung des Drogenkonsums.

526 07 042 Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Verkehrsteilnehmern **1.075,0**
1.222,9 **1.275,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Arzthonorar	575.000
2.	Laborkosten	530.000
3.	Beschaffung von Alcoteströhrchen, Mundstücken für Atemalkoholmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	90.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	80.000
Summe		1.275.000

Mehrbedarf zur Finanzierung des neuen Drogenschnelltests und der notwendigen Laborkosten zur Messung des Drogenkonsums.

526 08 042 Zeugenentschädigungen **25,0**
14,6 **15,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen nach dem Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 5. Mai 2004 (BGBl. 2004, Nr. 21), Artikel 2 - Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG), für Personen, die von der Polizei im Ermittlungsverfahren als Zeugen herangezogen werden.

526 09 042 Kosten der Einigungsstelle **1,0**
0,6 **1,0**

526 99 042 Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä. **0,0**
0,0 **0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für kleinere Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung. Übertragen aus 1107 - 52610.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

527 01 042 Dienstreisen **196,5**
187,7 **200,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landespolizei:

		2006
		€
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	
1.1	Reisekostenvergütung für Nachtstreifen	37.000
1.2	Bootstagegeld für Streckenfahrten der Wasserschutzpolizei	8.000
1.3	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen im Rahmen der Hafenanlagensicherheit	10.000
1.4	Reisekostenvergütungen für Arbeitstagen	50.000
1.5	Reisekostenvergütungen für sonstige Dienstreisen	80.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	15.000
Summe		200.000

Mehr wegen zusätzlicher Aufgaben im Bereich der Hafenanlagensicherheit.

531 01 042 Nachwuchswerbung der Polizei **34,4**
35,5 **35,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Ausgaben für Werbemaßnahmen	24.500
2.	Ausgaben für Informationsveranstaltungen	9.000
3.	Sonstiges	1.500
Summe		35.000

531 02 042 Öffentlichkeitsarbeit **28,5**
30,6 **29,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit als Aufklärung und spezielle Form der Präsenz, z.B. "Tag der Landespolizei" als zentrale Veranstaltung mit landesweiter Ausstrahlung.

533 03 042 Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Abrechnung von Leistungen der Heilfürsorge **70,0**
70,0 **70,0**

533 04 042 Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung molekulargenetischer Untersuchungen **80,0**
49,1 **80,0**

533 99 042 Leistungsentgelte an die GMSH **65,3**
64,1 **66,0**

534 01 042 Ausgaben für Kantinenzwecke **5,0**
3,2 **5,0**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 124 02 geleistet werden.

534 02 042 Durchführung von Projekten der Staaten des Ostseeraumes im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit **0,0**
30,0 **0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410-272 02 geleistet werden.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
534 03	042	Kosten für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen eines Hilfsprogramms für osteuropäische Staaten	0,0 0,0	0,0
<p>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 01 geleistet werden.</p>				
535 01	042	Entschädigungsansprüche Dritter	34,5 39,4	35,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben zur Erfüllung von Schadensersatzforderungen gegen das Land.</p>				
535 02	042	Anteilige Kosten für die Erprobung eines digitalen Funksystems	200,0 64,6	0,0
<p>Übertragen nach 0410 - 535 63.</p> <p>Erläuterungen: Die Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems ist ab 2006 in der TG 63 dargestellt.</p>				
536 01	042	Prüfung und Untersuchung von Bewerbern	19,6 2,6	5,0
536 02	042	Umzüge von Polizeidienststellen	50,1 67,5	67,5
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für Umzüge, die sich aus Dienststellenveränderungen und zeitweisen Verlegungen von Dienststellen wegen Baumaßnahmen ergeben.</p>				
536 03	042	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	1,0 0,7	1,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt ist der Mitgliedsbeitrag des Landespolizeiamtes für die Wasserschutzpolizei als korporatives Mitglied im Deutschen Nautischen Verein sowie der Mitgliedsbeitrag des Lehrbereichs 457 (Fahrschule) der PD AFB für den Fahrlehrerverband Schleswig-Holstein.</p>				
539 01	042	Unterbringung und Verpflegung von Personen im Polizeigewahrsam	205,0 238,2	240,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten, die durch die Verpflegung sowie durch ärztliche Untersuchungen der im Gewahrsam der Polizei befindlichen Personen entstehen.</p>				
539 02	042	Auslagen nach der Vollzugs- und Vollsteckungskostenordnung, ausgenommen Kosten des Polizeigewahrsams	231,0 199,7	200,0
<p>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 01 (Pos. 1) geleistet werden.</p> <p>Erläuterungen: Veranschlagt sind Auslagen nach der Landesverordnung über die Kosten in Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung - VVKO -) vom 29. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 373), geändert durch Landesverordnung vom 22. Dezember 1995 (GVOBl. Schl.-H. S. 27). Im Wesentlichen handelt es sich um Auslagen für das Abschleppen verkehrsbehindernd parkender Fahrzeuge. Die Einnahmen werden bei Tit. 111 01 nachgewiesen.</p>				

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

541 01 042 Verkehrserziehung 17,7
5,4 10,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Kosten für Anschauungs- und Lehrmaterial, Broschüren pp.	7.500
2.	Herstellungskosten eines Verkehrserziehungsfilms	2.500
	Summe	10.000

546 99 042 Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge 37,3
40,2 34,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	14.300
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Schadensersatzleistungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Schäden im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis	6.000
5.	Sonstige vermischte Ausgaben	14.300
	Summe	34.600

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

631 01 042 Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an den Bundesgrenzschutz 28,0
0,0 0,0

632 01 042 Anteil an den Kosten der Polizeiführungsakademie Münster in Westfalen 242,1
243,4 243,4

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Polizeiführungsakademie Münster in Westfalen.

Die Polizei-Führungsakademie in Münster/Westfalen ist eine gemeinsame Bildungs- und Forschungsstätte des Bundes und der Länder. Sie dient der einheitlichen Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst, der Fortbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen und höheren Polizeidienstes und der Forschung auf dem Gebiet des Polizeiwesens. Der Bund und die Länder tragen die Kosten für die Polizei-Führungsakademie aufgrund des Artikels 16 des über diese Einrichtung getroffenen Abkommens (Gesetz zu dem Abkommen vom 15. Dezember 1972 - GVOBl. Schl.-H. S. 238, geändert durch Gesetz vom 20. April 1993 - GVOBl. Schl.-H. S. 180) gemeinsam.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
632 02	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizeischule in Hamburg	160,0 136,6	200,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Wasserschutzpolizeischule Hamburg.				
Die Wasserschutzpolizeischule in Hamburg wird als gemeinsame Einrichtung der Bundesländer (mit Ausnahme des Landes Thüringen) geführt. Die Kosten werden nach einem vereinbarten Schlüssel von den Beteiligten getragen (Art. 7 und 8 des Abkommens über Aufgaben und Finanzierung der Wasserschutzpolizeischule vom 1.10.1974 - GVOBl. Schl.-H. 1975 S. 39, geändert durch Gesetz vom 21. April 1993 - GVOBl. Schl.-H. S. 183).				
Mehr aufgrund der Einrichtung einer Radarsimulationsanlage im Jahr 2006.				
632 03	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei Hamburg - Elbeabkommen -	690,0 674,0	690,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die voraussichtlichen Anteile des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten des Elbeabkommens.				
Die wasserschutzpolizeilichen Aufgaben werden derzeit auch für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein auf der Ober- wie Unterelbe einheitlich von Hamburg wahrgenommen.				
Eine zu erwartende Fortschreibung des Elbeabkommens sieht eine Fortschreibung dieser Praxis für die Unterelbe vor (Kostentragung der Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Verhältnis 40%:34%:26%).				
Für den Bereich der Oberelbe soll bei Wahrnehmung der wasserschutzpolizeilichen Aufgaben durch Niedersachsen eine Kostentragung je zur Hälfte erfordern.				
632 04	042	Anteil an den Kosten von Bund-Länderprogrammen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung	46,0 37,4	40,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten von Bund-Länderprogrammen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung.				
Bund und Länder führen zur Harmonisierung und Verstärkung der Bemühungen auf dem Gebiet der präventiven Verbrechensbekämpfung ein gemeinsames kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm durch, das der Aufklärung der Bevölkerung dient. Die Kosten werden gemäß Artikel 2 des Abkommens vom 3.12.1992 nach dem "Königsteiner Schlüssel" auf die Beteiligten umgelegt.				
632 05	042	Kosten für die Unterbringung ausländischer Polizeieinheiten aus Anlass internationaler Veranstaltungen	0,0 0,0	25,0
Erläuterungen:				
Neu wegen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006.				
632 06	042	Anteil an den Kosten des Maritimen Sicherheitszentrums des Bundes und der Küstenländer	0,0 0,0	0,0
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
632 07	042	Anteil an den Kosten für die Kampagne "Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit"	48,0 47,6	48,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten für die Kampagne "Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit".				
Die Innen- und Justizminister des Bundes und der Länder haben sich darauf verständigt, den zunehmenden Gefahren des Extremismus und der Fremdenfeindlichkeit durch eine Kampagne gesamtgesellschaftlich zu begegnen. Die Kosten dafür werden zu 50 v.H. vom Bund, zu 5 v.H. von den neuen Bundesländern und zu 45 v.H. von den alten Bundesländern nach dem "Königsteiner Schlüssel" getragen.				
632 08	042	Zuweisungen einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder	110,5 0,0	0,0

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

632 09 042 Anteil an den Kosten für das Havariekommando 0,0 3,4
0,0

Erläuterungen:

Anteil der Polizei SH an den Kosten für das Havariekommando.

633 01 042 Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die 1.775,0 2.150,0
Überwachung des fließenden Verkehrs 1.775,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten der zwischen dem Land und einzelnen Landkreisen vereinbarten Projekte der gemeinsamen Überwachung des fließenden Verkehrs, wie sie sich durch die jeweiligen Aufwendungen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen aus Verwarnungsgeld und Geldbußen ergeben:

		2006 €
1.	PD Bad Segeberg - Kreis Segeberg	1.250.000
2.	Polizeiinspektion Bad Oldesloe/PD Ratzeburg - Kreis Stormarn	300.000
3.	Polizeiinspektion Eutin/PD Lübeck - Kreis Ostholstein	150.000
4.	PD Itzehoe - Kreis Steinburg	25.000
5.	PD Itzehoe - Kreis Dithmarschen	25.000
6.	PD Bad Segeberg - Kreis Pinneberg	400.000
Summe		2.150.000

Mehr wegen der Umsetzung eines neuen Projektes mit dem Kreis Pinneberg.

811 01 042 Erwerb von Dienstfahrzeugen 869,0 1.569,0
1.780,0

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 0410 - 132 01 geleistet werden.

Satz 2 und 3 der Erläuterungen sind verbindlich gem. § 17 LHO.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Ersatzbeschaffung von Sonderfahrzeuge	500.000
2.	Ersatzbeschaffung von Standardfahrzeugen	1.069.000
3.	Ergänzung von Sonder- und Spezialfahrzeugen	0
Summe		1.569.000

Ab Hj. 2005 können, entsprechend dem in 2001 beschlossenen Leasingkonzept, die Ansätze bei den Titeln 0410 - 518 99 und 0410 - 811 01 um den Betrag erhöht werden, der sich aus den Einsparungen aus der Schließung der Polizei-Kfz.-Werkstätten (Personal- und Sachausgaben) ergibt; die max. Ansatzserhöhung beträgt dabei 1.022,6 T€. Vgl. Tit. 518 99.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

811 02 042 Neubau von Wasserschutzpolizeibooten

8,9
601,6 **2.815,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	21.892
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	4.317
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	5.800
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	11.775
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1	Ersatzbeschaffung von Streckenbooten	2.430.000
2	Ersatzbeschaffung eines Streifenbootes	385.000
Summe		2.815.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

812 01	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	2.510,2	2.100,0
			2.560,0	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu
812 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2006 €
01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		
01.01	Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen, Möbeln und Geräten		600.000
	<i>Summe zu 01</i>		<i>600.000</i>
02	Erwerb von Geräten und Maschinen für Kfz-Werkstätten		
02.01	Richtbanksystem für die Instandsetzung von Unfallfahrzeugen		25.000
	<i>Summe zu 02</i>		<i>25.000</i>
03	Ausstattung von Räumen zur Anhörung sensibler Zeugen - Ersatzbeschaffung		
03.01	Videokameras, Monitore, Aufnahmetechnik		0
	<i>Summe zu 03</i>		<i>0</i>
04	Erwerb von Verkehrsüberwachungsgeräten		
04.01	Ersatzbeschaffungen		100.000
	<i>Summe zu 04</i>		<i>100.000</i>
05	Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten		
05.01	Ersatzbeschaffung / Schutzwesten		125.000
	<i>Summe zu 05</i>		<i>125.000</i>
06	Erwerb von Geräten für den Umweltschutz		
06.01	Ersatzbeschaffung		0
	<i>Summe zu 06</i>		<i>0</i>
07	Erwerb von Geräten für das LKA (SEK)		
07.01	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen		50.000
	<i>Summe zu 07</i>		<i>50.000</i>
08	Erwerb von Geräten für das Landeskriminalamt (MEK)		
08.01	Spezialgeräte (Funktechnik, Peiltechnik, Videotechnik)		300.000
	<i>Summe zu 08</i>		<i>300.000</i>
09	Erwerb von Geräten für besondere strafprozessuale Maßnahmen der Kriminalpolizei		
09.01	Ausstattungsbestandteile zur Durchführung von richterlich angeordneten besonderen strafprozessualen Maßnahmen		500.000
	<i>Summe zu 09</i>		<i>500.000</i>
10	Erwerb von kriminaltechnischen und fototechnischen Geräten		
10.01	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen		400.000
	<i>Summe zu 10</i>		<i>400.000</i>
Zusammen			2.100.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

812 02 042 Erwerb von fernmeldetechnischen Geräten und Anlagen **2.000,9**
1.298,5 **1.670,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Fernsprechanlagen	150.000
2. Fernmeldegeräte	1.300.000
3. Funk- und Notrufabfrageeinrichtungen (Einsatzleitstellen)	220.000
Summe	1.670.000

812 03 042 Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen für Wasserschutzpolizeiboote **4,6**
85,7 **90,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Ersatz für das Hilfsstreifenboot "Gröde" mit Außenbordmotor	38.000
2. Radaranlage für das Streifenboot "Vossbrook"	16.000
3. Radaranlage für das Streifenboot "Schwansen"	16.000
4. Außenbordmotor für die "Olsborg"	10.000
5. Außenbordmotor für die "Wallnau"	10.000
6. Ersatz für das Schlauchboot "Fehmarn" mit Außenbordmotor	0
7. Ersatz für das Schlauchboot "Falke" mit Außenbordmotor	0
8. Außenbordmotor für den "Kieholm II"	0
Summe	90.000

812 04 042 Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems **0,0**
0,0 **0,0**

Übertragen nach 0410 - Titelgruppe 63.

Erläuterungen:

Die Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems ist ab 2006 in der TG 63 dargestellt.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

812 05 042 Erwerb von Schutzwesten 0,0 1.658,0
0,0

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2006

Neuverpflichtung insgesamt 746

Davon fällig Haushaltsjahr 2007 746

Davon fällig Haushaltsjahr 2008

Davon fällig Haushaltsjahr 2009

Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Unterziehschutzwesten - SK I	1.482.000
2. Überziehschutzwesten - SK II	176.000
Summe	1.658.000

916 05 951 Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr" 0,0 0,0
11,4

Deckungsfähig zu Lasten 422 01.

919 01 042 Zuführung an die Rücklage "Polizeidienstkleidung" 0,0 0,0
0,0

Einseitig deckungsfähig zu Lasten von Titel 0410-514 02.

61 Besonderer Einsatz der Polizei

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

459 61 042 Abfindung der Beamtinnen und Beamten aus Anlass besonderer 61,0 35,0
 (TG 61) Einsätze 32,3

Erläuterungen:

Die Abfindung der Beamtinnen und Beamten regelt sich nach den Bestimmungen über die Abfindung bei Einsätzen und Übungen der Polizei vom 4. September 1996 - IV 450 b - 25.03 - in der derzeit gültigen Fassung.

525 61 042 Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen 50,1 51,0
 (TG 61) 2,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Abfindungen der Beamtinnen und Beamten aus Anlass von Übungen	25.500
2. Kosten für die Inanspruchnahme von Hubschraubern bei Übungen	25.500
Summe	51.000

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
547 61	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	51,0	51,0
(TG 61)			49,4	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für die Inanspruchnahme von Fluggeräten (Hubschraubern, Flächenflugzeugen) sowie die Bereitstellung von Unterkünften für Polizeikräfte des Bundes bzw. anderer Bundesländer aus Anlass besonderer Einsätze.				
Summe der Titelgruppe 61			162,1	137,0
			84,1	
 62 Polizeiorchester				
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel 422 69 und 425 69. § 10 Abs. 4 HG findet keine Anwendung für Titel der Obergruppe 42. Ausgaben bei den Titeln 429 62 und 547 62 dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 125 02 geleistet werden.				
422 62	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	345,0
(TG 62)			0,0	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Outputorientierte Personalkosten		345.000
Summe				345.000
Mehr durch die Einführung einer outputorientierten Budgetierung (bisher Titel 0410 - 422 01). Vgl. Vorwort Buchstabe F.				
425 62	042	Vergütungen der Angestellten	0,0	735,0
(TG 62)			0,0	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2006
				€
1.		Outputorientierte Personalkosten		735.000
Summe				735.000
Mehr durch die Einführung einer outputorientierten Budgetierung (bisher Titel 0410 - 425 01). Vgl. Vorwort Buchstabe F.				
429 62	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	13,2	13,2
(TG 62)			13,2	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind besondere Personalausgaben sowie Pauschalabfindungen für den Leiter des Polizeiorchesters.				
547 62	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	37,0	37,0
(TG 62)			54,5	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Kosten für Reisen, Musikveranstaltungen, Noten, Instrumente, Geräte, Instandhaltung und Instandsetzung von dienstlichen und privaten Instrumenten (soweit dienstlich genutzt) sowie sonstige mit der Musikfähigkeit zusammenhängende Sachkosten.				
Summe der Titelgruppe 62			50,2	1.130,2
			67,7	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

63 Digitalfunk

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.
 Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410 - 111 07 geleistet werden.

511 63 (TG 63)	042	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattung und Ausrüstung	0,0 0,0	0,0
514 63 (TG 63)	042	Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und den Digitalfunk	0,0 0,0	0,0
517 63 (TG 63)	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0
518 63 (TG 63)	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Pachten	0,0 0,0	0,0
526 63 (TG 63)	042	Kosten für externe Beratung	0,0 0,0	65,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Landesprojekt Digitalfunk	32.500
2.	Landesprojekt Kooperative Einsatzleitstellen	32.500
	Summe	65.000

527 63 (TG 63)	042	Dienstreisen für die Mitglieder der Projektgruppe Digitalfunk	0,0 0,0	15,0
--------------------------	------------	--	-------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	15.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0
	Summe	15.000

535 63 (TG 63)	042	Anteilige Kosten des Landes am bundesweiten Projekt Digitalfunk	0,0 0,0	300,0
--------------------------	------------	--	-------------------	--------------

Erläuterungen:

Vorgesehen ist die finanzielle Beteiligung Schleswig-Holsteins an der Planung und Realisierung des Projekts Digitalfunk.

547 63 (TG 63)	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,0 0,0	0,0
--------------------------	------------	--	-------------------	------------

634 63 (TG 63)	042	Erstattungen an den Bund	0,0 0,0	100,0
--------------------------	------------	---------------------------------	-------------------	--------------

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

812 63 042 Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems **0,0** **0,0**
 (TG 63) 0,0

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	57.908
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	44.324
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	13.275
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	309
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	

Summe der Titelgruppe 63 **0,0** **480,0**
0,0

64 Fahndung, vorbeugende Verbrechensbekämpfung, Personen- und Zeugenschutz

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

459 64 042 Bewegungsgeld **284,0** **80,0**
 (TG 64) 252,2

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Beamtinnen und Beamte im Außendienst.

511 64 042 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände **182,7** **400,0**
 (TG 64) 350,3

Abs. 2 der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 LHO.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Büromaterial	50.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	350.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0
7.	Unterhaltung von Geräten	0
8.	Sonstiges	0
Summe		400.000

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
526 64	042	Personen- und Zeugenschutz	56,0	57,0
(TG 64)			59,2	
<p>Abs. 2 der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 LHO. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landeskriminalamtes im Rahmen von Zeugenschutzmaßnahmen wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Veranschlagt sind:</p>				
				2006
				€
1. für Personenschutz einschließlich des Erwerbs von Flugtickets				42.000
2. für Zeugenschutzmaßnahmen				15.000
Summe				57.000
<p>In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.</p>				
527 64	042	Dienstreisen im kriminalpolizeilichen Ermittlungsdienst	110,0	100,0
(TG 64)			67,4	
<p>Erläuterungen:</p> <p>Veranschlagt sind die Reisekosten für Beamtinnen und Beamte im kriminalpolizeilichen Ermittlungsdienst.</p>				
538 64	042	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung	58,0	59,0
(TG 64)			49,9	
<p>Erläuterungen:</p> <p>Veranschlagt sind Kosten für Aktionen, bezogen auf bestimmte Zielgruppen (Plakataktionen, Merkblätter, Aufkleber u.a.), Beschickung von Ausstellungen bzw. öffentlichen Veranstaltungen und Beschaffung von Anschauungsmaterial für die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen.</p>				
547 64	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	432,3	440,0
(TG 64)			420,1	
<p>Es dürfen zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird, und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener für das laufende und das vorausgehende Haushaltsjahr bis zu 40.903 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.</p> <p>Abs. 2 der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 LHO.</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Veranschlagt sind Kosten u.a. für Preise, Mieten, Sicherstellung von Kfz., Gutachten im Ermittlungsdienst, Dolmetscher, Leichensachen, Auslobungen und für den Schiffsmelddienst.</p> <p>In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.</p>				
Summe der Titelgruppe 64			1.123,0	1.136,0
			1.199,1	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

66 Rat für Kriminalitätsverhütung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Der Rat für Kriminalitätsverhütung hat die Aufgabe, die Entwicklung der Kriminalität und ihre Bedingungen zu analysieren und zu erörtern, die Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen zu beraten und ihr entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zu vermitteln. Er soll Initiativen zur Kriminalitätsprävention anregen, unterstützen und auswerten.

Um diese umfassenden Aufgaben erfüllen zu können, führt er alle diejenigen zusammen, deren Erkenntnisse und Erfahrungen für die Erarbeitung von Präventionskonzepten nutzbar zu machen sind bzw. die zu deren Umsetzung beitragen können.

Den organisatorischen Rahmen dazu bilden das aus ca. 100 Mitgliedern bestehende Plenum des Rates, die Arbeitsgruppen sowie Vorstand, Geschäftsführung und wissenschaftliche Beratung. Bis auf die Geschäftsführung ist die Tätigkeit der Ratsmitglieder ehrenamtlich.

Durch die Arbeit des Rates sind kriminalpräventive Konzepte erarbeitet und die Gründung lokaler kriminalpräventiver Räte initiiert und unterstützt worden. Eine Begleitung der bisher gegründeten lokalen Räte (derzeit 80) findet statt. Die Initiierung weiterer lokaler Räte und Projekte ist beabsichtigt.

511 66	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3,9	4,0
(TG 66)			0,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2006
	€
1. Büromaterial	600
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	600
3. Druck- und Buchbindearbeiten	0
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	0
5. Ersatzbeschaffung von Geräten	1.100
6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten	600
7. Unterhaltung von Geräten	1.100
8. Sonstiges	0
Summe	4.000

526 66	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	3,0	3,0
(TG 66)			0,0	

527 66	042	Dienstreisen für die Mitglieder des Rates	16,7	17,0
(TG 66)			9,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekosten (Fahrtgelder und Sitzungsgelder) für die Mitglieder des Rates, die nach den für Landesbedienstete geltenden Bestimmungen gezahlt werden.

531 66	042	Öffentlichkeitsarbeit	25,5	26,0
(TG 66)			37,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen, Plenumsitzungen, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen über Aufgaben und Ziele des Rates. Ferner sind Veranstaltungen und die Erstellung von Broschüren zur Gründung neuer und Unterstützung bestehender örtlicher Räte geplant.

Dies gilt besonders für die Fortführung der erstellten Dokumentationsreihe, wie auch für die Informationen aus der Geschäftsführung und die Veröffentlichung von Konzepten sowie die Bezuschussung von Projekten, die der Verhütung von Straftaten dienen und entweder vom Landesrat oder von kommunalen Räten für die Kriminalitätsverhütung durchgeführt werden.

Summe der Titelgruppe 66	49,1	50,0
	47,0	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

69 Outputorientierte Personalkosten

422 69 042 Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten 0,0 1.625,9
 (TG 69) 0,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Outputorientierte Personalkosten	1.625.900
	Summe	1.625.900

Mehr durch die Einführung einer outputorientierten Budgetierung (bisher Titel 0410 - 422 01).
 Vgl. Vorwort Buchstabe F.

425 69 042 Vergütungen der Angestellten 0,0 246,3
 (TG 69) 0,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Outputorientierte Personalkosten	246.300
	Summe	246.300

Mehr durch die Einführung einer outputorientierten Budgetierung (bisher Titel 0410 - 425 01).
 Vgl. Vorwort Buchstabe F.

Summe der Titelgruppe 69	0,0	1.872,2
	0,0	

Summe der Ausgaben	359.081,1	366.969,6
	354.153,6	

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13.449,0 12.868,0	13.720,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	257,2 791,7	500,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			13.706,2 13.659,7	14.220,0
41 - 49		Personalausgaben	294.433,4 290.101,6	295.183,6
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	56.154,5 54.800,8	58.384,2
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.099,6 2.914,0	3.499,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.393,6 6.325,8	9.902,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 11,4	0,0
Gesamtausgaben			359.081,1 354.153,6	366.969,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-345.374,9 -340.493,9	-352.749,6

04 12 Ämter für Ländliche Räume

Das Kapitel 04 12 ist nach Kapitel 13 52 übertragen worden.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 04 16 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 01 Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der Vereinbarten Förderung nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG); soziale Wohnraumförderung nach dem Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)
- 02 Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg gemäß § 88 II. WoBauG
- 04 Städtebauförderung

Ausgaben

- 01 Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der Vereinbarten Förderung nach II. WoBauG; soziale Wohnraumförderung nach WoFG und sonstige Maßnahmen der sozialen Wohnraumversorgung
- 02 Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg gemäß § 88 II. WoBauG
- 04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

Bewilligung und Auszahlung der Darlehen für die Wohnraumförderung und der Vorauszahlungen für die Städtebauförderung erfolgen durch die Investitionsbank, der auch alle für diesen Zweck im Landeshaushalt vorgesehenen Mittel zur Auszahlung zugeführt werden.

Die veranschlagten Haushaltsmittel enthalten die finanzielle Abwicklung früherer Wohnungsbau- bzw. Wohnraumförderungs- und Städtebauprogramme sowie die ersten Raten der Programme 2006 und 2007.

Seit 01.01.2002 ist das Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) Grundlage der sozialen Wohnraumförderung von Bund, Ländern und Gemeinden. Die soziale Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein wird durch ein- oder mehrjährige Wohnraumförderungsprogramme gewährleistet. In den Programmjahren 2003 und 2004 (Bewilligungs-Ist), 2005 (Bewilligungs-Soll) und in den Planjahren 2006 und 2007 (Bewilligungs-Soll) stellt sich das Fördervolumen wie folgt dar:

Programmjahr	2003	2004	2005	2006	2007
Wohneinheiten	1.858	2.105	2.065	2.065	2.065
Fördervolumen in Mio. Euro	67,89	90,69	81,93	81,93	81,93
davon Bundesfinanzhilfen Titel 89301 MG01	9,094	3,331	6,93	6,93	6,93
Nachrichtlich: hierfür erforderliche Zinszuschüsse/Zuschüsse* (in Euro)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

* Tit. 661 05 MG 01 - Verpflichtungsermächtigung für Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Kapitalmarktmittel in Höhe von bis zu 75 Mio. €, soweit diese Aufwendungen nicht von der Zweckerücklage Wohnraumförderung übernommen werden können.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
111 02	411	Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe	0,0 45,8	0,0
		Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung. Vgl. Tit. 893 09.		
111 03	411	Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe für mit Wohnungsfürsorgemitteln geförderte Wohnungen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Siehe Tit. 111 02.		
119 02	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Landesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	5,0 0,7	5,0
		Erläuterungen: Zweckentfremdet eingesetzte Landesmittel sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an das Land abzuführen.		
119 03	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bundesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	51,0 63,8	51,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 631 01.		
129 01	411	Rückführung von Landesmitteln aus dem Fonds der Treuhandstelle für Landbeschaffung	0,0 0,0	0,0
133 01	872	Erlöse aus der Veräußerung von Forderungsvermögen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
161 01	411	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	8,0 12,6	10,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Einnahmen aus dem von der Investitionsbank geführten Bankkonto für Treuhandmittel.		
162 01	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	1,5 1,7	1,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 182 01.		
162 02	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	9,5 10,2	8,2
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 182 02.		
162 03	411	Zinseinnahmen aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	4,2 6,2	4,2
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 182 03.		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
162 04	411	Zinseinnahmen aus der Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,1 0,1	0,1
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Zinseinnahmen in Höhe von 68,17 €. Vgl. Tit. 182 04.		
182 01	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	31,9 56,2	25,0
		Erläuterungen: Am 31.12.2004 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 1.481.745,21 €.		
182 02	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	96,9 135,8	86,8
		Erläuterungen: Am 31.12.2004 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 1.551.920,09 €.		
182 03	411	Rückflüsse aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	5,0 36,4	5,1
		Erläuterungen: Am 31.12.2004 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 424.629,30 €.		
182 04	411	Rückflüsse aus Darlehen zur Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,5 0,6	0,4
		Erläuterungen: In 2006 sind Einnahmen aus Tilgungen in Höhe von 438,01 € veranschlagt. Am 31.12.2005 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 4.653,85 €.		
182 07	411	Rückflüsse aus Wohnungsfürsorgedarlehen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesdienst	0,0 0,3	0,0
231 01	233	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	29.500,0 114.330,2	31.000,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 633 01.		
311 04	411	Aufwendungs- und Baudarlehen des Bundes für den Ersatzwohnungsbau aus Anlass des Um- und Ausbaues von Bundesfernstraßen	51,0 0,0	51,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 863 08.		
01		Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der Vereinbarten Förderung nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG); soziale Wohnraumförderung nach dem Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)		
182 05 (MG 01)	411	Erhöhte Darlehensrückflüsse aus der Finanzhilfe des Bundes - Helgoland -	10,0 23,2	10,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 863 13 (MG 01).		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
221 01	411	Zuschüsse für den Wohnungsbau für Aussiedler und Zuwanderer aus Finanzhilfen des Bundes	1,0 0,0	0,0
(MG 01)				
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 893 03 (MG 01).		
221 02	411	Zuschüsse für die Vereinbarte Förderung gem. § 88 d II. WoBauG aus Finanzhilfen des Bundes	2.923,0 2.015,7	1.146,0
(MG 01)				
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 893 06 (MG 01).		
221 03	411	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	6.644,0 6.827,6	5.966,0
(MG 01)				
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 893 01 (MG 01).		
311 01	411	Finanzhilfen des Bundes für Baudarlehen (1. Förderungsweg)	0,0 13,9	0,0
(MG 01)				
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 863 05 (MG 01).		
331 05	411	Zuschüsse für das Sonderprogramm zur Förderung des Wohnungsbaues in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage aus Finanzhilfen des Bundes	50,0 0,0	50,0
(MG 01)				
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 893 10 (MG 01).		
Summe der Maßnahmegruppe 01			9.628,0 8.880,4	7.172,0
02		Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg gemäß § 88 II. WoBauG		
311 11	411	Finanzhilfen des Bundes für Aufwendungsdarlehen	1.888,0 1.937,0	1.423,0
(MG 02)				
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 863 16 (MG 02).		
Summe der Maßnahmegruppe 02			1.888,0 1.937,0	1.423,0
04		Städtebauförderung		
221 05	411	Zuschüsse für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes	0,0 450,2	0,0
(MG 04)				
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 893 08 (MG 04).		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
233 01 (MG 04)	441	Rückzahlung von Bundesmitteln für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 85,6	0,0
Erläuterungen:				
Rückzahlung vorausgezahlter Fördermittel für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen durch die Kommunen aufgrund von Zwischen- und Schlussabrechnungen einschließlich z.B. Rückziehungen von Fördermitteln und Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen und Ausgleichsbeträgen sowie Zinsen für nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Mitteleinsatz (Zweckentfremdungszinsen). Vgl. Tit. 883 01 und 883 02 (MG 04).				
233 02 (MG 04)	441	Rückzahlung von Landesmitteln für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0 127,7	0,0
Erläuterungen:				
Siehe Tit. 233 01 (MG 04).				
331 01 (MG 04)	441	Finanzhilfen des Bundes für Zuschüsse und andere Zuweisungen für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern	3.811,0 3.840,9	3.617,0
Erläuterungen:				
Vgl. Tit. 883 01 (MG 04).				
331 02 (MG 04)	441	Finanzhilfen des Bundes für Bund-Länderprogramm "Soziale Stadt"	2.325,0 2.018,8	2.273,0
Erläuterungen:				
Vgl. Tit. 883 04 (MG 04).				
331 03 (MG 04)	441	Finanzhilfen des Bundes für das Bund-Länder-Programm Stadtumbau West	107,0 0,0	1.409,0
Erläuterungen:				
Vgl. Tit. 883 07 (MG 04).				
Summe der Maßnahmegruppe 04			6.243,0 6.523,2	7.299,0
Summe der Einnahmen			47.523,6 132.041,2	47.141,8

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0		902,6
			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten (bisher Titel 0401 - 422 01).
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

425 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0		639,8
			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten (bisher Titel 0401 - 425 01).
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.	60,0		51,0
			37,7		

Übertragen von 1107 - 526 16 (MG 04).

Erläuterungen:

Veranschlagt für
 1. Städtebauförderung
 1.1 Zukunftsaufgaben der Städtebauförderung im Spannungsfeld zwischen höheren Anforderungen und weniger Mittel
 1.2 Initiative „Planungs- und Baukultur in Schleswig-Holstein“
 2. Soziale Wohnraumförderung
 2.1 Regionale und soziale Auswirkungen des demografischen Wandels auf Wohnungsangebot und -nachfrage (Basis Wohnungsmarktprognose 2020)
 2.2 Weiterentwicklung und Anpassung der Förderstandards unter der Berücksichtigung neuer Rahmenbedingungen.

531 02	011	Öffentlichkeitsarbeit	14,8		23,6
			21,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die eigene Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Ausstellungen.

535 01	441	Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen	72,2		0,0
			0,0		

Erläuterungen:

Die Verleihung des Landespreises "Zukunftsweisendes Bauen in Schleswig-Holstein" findet alle zwei Jahre statt.

631 01	411	Erstattung an den Bund aus zurückgezahlten Beträgen einschl. Zweckentfremdungszinsen	51,0		51,0
			63,8		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zweckentfremdet eingesetzte Bundesfinanzhilfen sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an den Bund abzuführen.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
633 01	233	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	59.000,0 228.664,5	62.000,0
<p>Deckungsfähig zu Gunsten von Titel 1102-633 11.</p> <p>Erläuterungen: Das Wohngeld wird aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) in der Neufassung vom 1. Januar 2005 (BGBl. I S. 3450) geleistet. 50 v.H. der Aufwendungen werden vom Bund erstattet. Der Anteil des Landes Schleswig-Holstein am Festbetrag des Bundes nach § 34 Abs. 2 WoGG zur Entlastung der Kommunen im Rahmen des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GsiG) wird im Kapitel 1005 veranschlagt. Weniger aufgrund des ab 2005 weggefallenen besonderen Mietzuschusses für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge sowie aufgrund des Ausschlusses von Transferleistungsempfängern vom Wohngeld. Vgl. Tit. 231 01.</p>				
633 02	411	Förderung von Wettbewerben in der Wohnraumförderung und im Städtebau	0,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Finanzierung aus Tit. 0501 - 121 03.</p>				
671 02	419	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein	66,5 66,5	66,5
<p>Erläuterungen: Die Abwicklung der Wohngelderstattung an die Bewilligungsstellen einschließlich der Abwicklung gegenüber dem Bund wurde ab 01.01.1998 auf die Investitionsbank übertragen. Die entstehenden Verwaltungskosten sind zu erstatten. Durch den Entfall des Besonderen Mietzuschusses im Wohngeld ab 01.01.2005 verringert sich der Aufwand der Investitionsbank. Eine Vertragsanpassung ist daher notwendig.</p>				
684 01	411	Zuschüsse an Vereine und Verbände zur Förderung neuer Wohnformen in Nachbarschaften sowie zur Förderung frauenspezifischer Ansätze in Wohnungsbau- und Stadtplanung	18,0 30,0	0,0
685 02	411	Impulsprogramm "Wärmetechnische Gebäudesanierung"	0,0 0,0	0,0
<p>weggefallen</p>				
685 03	411	Projektförderung des Informationssystems Bauen und Nutzen	0,0 0,0	0,0
<p>weggefallen</p>				
863 08	411	Aufwendungs- und Baudarlehen des Bundes für den Ersatzwohnungsbau aus Anlass des Um- und Ausbaues von Bundesfernstraßen	51,0 0,0	51,0
<p>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 311 04 geleistet werden.</p> <p>Erläuterungen: Aufgrund der Richtlinien für die Beschaffung von Ersatzwohnraum für Räumungsbetroffene vom 25. Januar 1963 (GMBI. S. 40) i.d.F. vom 23. Dezember 1978 (GMBI. 1979 S. 46) wird der Bund voraussichtlich auch im Haushaltsjahr 2006 Finanzhilfen in Form von Aufwendungs- und Baudarlehen zur Finanzierung von Wohnungsbauten bereitstellen. Dabei ist im Hinblick auf den Bau der Ostsee-Autobahn im Raum Lübeck mit einer Zunahme der Förderungsfälle zu rechnen.</p>				
893 05	411	Programm Ressourcensparendes Bauen und Wohnen	0,0 0,0	0,0
<p>weggefallen</p>				

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
893 09	411	Zuführung der Ausgleichsabgabe an die Investitionsbank Schleswig-Holstein - Zweckerücklage für die Wohnraumförderung	0,0 0,0	0,0
<p>Ausgaben dürfen bei den Titeln 893 09 und 893 11 bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen der Titel 111 02 und 111 03 geleistet werden, soweit diese Einnahmen die tatsächlichen Ausgaben bei den Titeln 661 02, 661 03 und 661 05 (MG 01) überschreiten.</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Das Schleswig-Holsteinische Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG SH) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. November 1995 (GVObI. Schl.-H. S. 385), zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 12. Dezember 2001 (GVObI. Schl.-H. S. 365) ist durch Gesetz vom 24. Oktober 2003 (GVObI. Schl.-H. S. 534) mit Wirkung zum 31.10.2004 aufgehoben worden.</p> <p>Leertitel zur Abwicklung.</p>				
893 11	411	Zuführung der Ausgleichsabgabe für mit Wohnungsfürsorgemitteln geförderte Wohnungen an die Investitionsbank Schleswig-Holstein - Zweckerücklage für die Wohnraumförderung	0,0 0,0	0,0
<p>Ausgaben dürfen bei den Titeln 893 09 und 893 11 bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen der Titel 111 02 und 111 03 geleistet werden, soweit diese Einnahmen die tatsächlichen Ausgaben bei den Titeln 661 02, 661 03 und 661 05 (MG 01) überschreiten.</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Leertitel zur Abwicklung. Siehe Tit. 893 09.</p>				
01		Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der Vereinbarten Förderung nach II. WoBauG; soziale Wohnraumförderung nach WoFG und sonstige Maßnahmen der sozialen Wohnraumversorgung		
<p>Erläuterungen:</p> <p>Bis 31.12.2001 wurden Mietwohnungen sowie Eigentumsmaßnahmen weitgehend in einer sozialorientierten vereinbarten Förderung für Haushalte gefördert, deren Einkommen überwiegend innerhalb der Grenzen des § 25 II. WoBauG vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2137), in der jeweils geltenden Fassung, lagen. Die Förderung erfolgte für Neubauten, Altbaumodernisierungen gem. § 17 a II. WoBauG und in Ausnahmefällen für den Erwerb vorhandenen Wohnraums.</p> <p>Seit 01.01.2002 erfolgt die Förderung nach dem Wohnraumförderungsgesetz -WoFG- vom 13. September 2001 (BGBl. 2001 I S. 2376) durch die Vergabe von Baudarlehen, die ratenweise über einen Zeitraum bis zu 12 Jahren durch die Investitionsbank (IB) an die Darlehensnehmer ausgezahlt werden.</p> <p>Die Landesmittel werden aus der Zweckerücklage für die Wohnraumförderung bzw. aus Rückflüssen der Wohnungsfürsorgemittel bereitgestellt. Die Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten zur Mitfinanzierung der Landeswohnungsbauprogramme von 1991 bis 2001 und der Landeswohnraumförderungsprogramme ab 2002 erfolgt aus der Zweckerücklage für die Wohnraumförderung.</p>				
661 02	411	Erstattung der Zinsen für Darlehen zur Mitfinanzierung früherer Programme des sozialen Wohnungsbaues	0,0 1,5	0,0
(MG 01)				
<p>Erläuterungen:</p> <p>Leertitel zur Abwicklung. Vgl. Tit. 111 02 und 893 09.</p>				
661 03	411	Erstattung der Tilgungen für Darlehen zur Mitfinanzierung früherer Programme des sozialen Wohnungsbaues	0,0 44,3	0,0
(MG 01)				
<p>Erläuterungen:</p> <p>Siehe Tit. 661 02 (MG 01).</p>				

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
661 05 (MG 01)	411	Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Mitfinanzierung der Landeswohnungsbauprogramme von 1991 bis 2001 und der Landeswohnraumförderungsprogramme ab 2002	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Die bei der Refinanzierung von Wohnraumförderungsprogrammen entstehenden Zinsverbindlichkeiten können aus der Zweckrücklage Wohnraumförderung getragen werden. Das Land muss daher zurzeit für ein Programmvolumen von 75 Mio. € und der Zwischenfinanzierung von Bundesmitteln keine Zinszuschüsse an die IB zahlen.				
Durch die Abgabe einer "Garantieerklärung" für die im jeweils abgelaufenen Programmjahr ausgereichten bzw. entstehenden Darlehen ergibt sich eine Entlastung des Landeshaushalts durch Verminderung der notwendigen Einstellungen in den Fonds für Zinsausgleich. Eine Garantieerklärung wurde erstmals 1996 für die ab 1. Januar 1995 entstandenen Darlehen ausgegeben. Nach § 16 Abs. 7 Haushaltsgesetz 2006 darf das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Rahmen der Bewilligung von Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung der IB die Übernahme der bei der IB entstehenden Darlehensforderungen zum Nennwert bis zur Höhe von weiteren 75 Mio. € nach Verrechnung von Tilgungen zusagen.				
Nach der Ertragsrechnung der Zweckrücklage für die Wohnraumförderung der IB kann die Tilgung wie bisher aus der Zweckrücklage für die Wohnraumförderung erbracht werden.				
Vgl. Tit. 111 02 und 111 03 sowie 893 09 und 893 11.				
671 01 (MG 01)	411	Erstattung an die IB für Genossenschaftsförderung und Belegrechtserwerb und sonstige Maßnahmen der sozialen Wohnraumversorgung	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Leertitel zur Abwicklung.				
863 01 (MG 01)	411	Darlehen aus Finanzhilfen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	0,0 6.827,6	0,0
Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titel 893 01 (MG 01).				
863 05 (MG 01)	411	Darlehen aus Finanzhilfen des Bundes (1. Förderungsweg)	0,0 13,9	0,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 311 01 (MG 01) geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Der Titel dient der Abwicklung der Programmjahre bis 2001. Seit 2002 erfolgt die Förderung nach dem WoFG (siehe Tit. 863 01 (MG 01)).				
863 06 (MG 01)	411	Darlehen für die Vereinbarte Förderung gem. § 88 d II. WoBauG aus Finanzhilfen des Bundes	0,0 2.015,7	0,0
Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titel 893 06 (MG 01).				
Erläuterungen:				
Der Titel dient der Abwicklung der Programmjahre bis 2001. Seit 2002 erfolgt die Förderung nach dem WoFG (siehe Tit. 863 01 (MG 01)).				
863 13 (MG 01)	411	Darlehen für die soziale Wohnraumförderung aus Tilgungsmehrbeträgen aus der Finanzhilfe des Bundes - Helgoland -	10,0 23,2	10,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 182 05 (MG 01) geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Die infolge vertraglich vereinbarter Erhöhung der Tilgungssätze aufkommenden zusätzlichen Rückflüsse aus Baudarlehen aus der Bundesfinanzhilfe "Helgoland" werden erneut als Darlehen für Zwecke der sozialen Wohnraumförderung eingesetzt. Sie wären sonst an den Bund abzuführen.				

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

893 01	411	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	6.644,0	5.966,0
	(MG 01)		0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	5.890
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	1.732
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	1.386
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	1.386
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	1.386

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 221 03 (MG 01) geleistet werden.

Einseitig deckungsfähig zugunsten Titel 863 01 (MG 01).

Bewilligungen dürfen bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres vorgenommen werden.

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2005 stellt sich wie folgt dar:

	T€
1. In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	3.194
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	1.732
Zusammen	4.926

Die Finanzhilfen des Bundes werden in einer jährlich zwischen dem Bund und den Ländern gem. Art. 104 a Abs. 4 GG abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens geregelt.

Nach § 3 Abs. 1 der Verwaltungsvereinbarung für das Jahr 2005 entfallen aus dem Bewilligungsrahmen des Bundes 6,93 Mio. € auf das Land Schleswig-Holstein. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts 2006 stand die Höhe der Bundesbeteiligung im Jahr 2006 noch nicht fest. Es wurden daher die Beträge des Jahres 2005 zugrundegelegt.

In Schleswig-Holstein sollen die Mittel nach entsprechender Komplementierung als Baudarlehen zu den Bedingungen der sozialen Wohnraumförderung und nur in Ausnahmefällen als Zuschüsse vergeben werden. Der Landesanteil für das Programmjahr 2006 wird durch Kreditaufnahmen auf dem Kapitalmarkt durch die IB erbracht. Die Kosten der Kreditaufnahme trägt die Zweckerücklage für die Wohnraumförderung.

Bis 2001 wurde die Wohnungsbauförderung nach dem II. WoBauG abgewickelt (s. Tit. 863 05, 863 06, 893 06 (MG 01)).

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich danach wie folgt:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009ff	Summe
2002	709	709	438	0	1.856
2003	1.819	1.819	0	0	3.638
2004	666	666	666	0	1.998
2005	1.732	1.386	1.386	1.386	5.890
2006	1.040	1.732	1.386	2.772	6.930
2007	0	1.040	1.732	4.158	6.930
2008	0	0	1.040	5.890	6.930
2009	0	0	0	6.930	6.930
	5.966	7.352	6.648	21.136	41.102

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

893 02 411 Modernisierungsprogramm für städtische Wohnquartiere **800,0** **0,0**
 (MG 01) 1.288,4

Erläuterungen:

Zuwendung

Die Zuwendungen erfolgten im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogrammes 2004 (ZIP 2004).

893 03 411 Zuschüsse für den Wohnungsbau für Aussiedler und Zuwanderer **1,0** **0,0**
 (MG 01) **aus Finanzhilfen des Bundes** 0,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 221 01 (MG 01) geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Titel dient der Abwicklung des Programms 1989.

893 06 411 Zuschüsse für die Vereinbarte Förderung gem. § 88 d II. WoBauG **2.923,0** **1.146,0**
 (MG 01) **aus Finanzhilfen des Bundes** 0,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 221 02 (MG 01) geleistet werden.

Einseitig deckungsfähig zugunsten Titel 863 06 (MG 01).

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) stellt sich wie folgt dar:

	T€
1. In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	1.146
Zusammen	1.146

Der Titel dient der Abwicklung der Programmjahre bis 2001.
 Seit 2002 erfolgt die Förderung nach dem WoFG (siehe Tit. 893 01 (MG 01)).

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich danach wie folgt:

	2006	2007	Summe
Programmjahr			
2000	770	0	770
2001	376	436	812
	1.146	436	1.582

893 10 411 Zuschüsse für das Sonderprogramm zur Förderung des **50,0** **50,0**
 (MG 01) **Wohnungsbaues in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage aus**
Finanzhilfen des Bundes 0,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 05 (MG 01) geleistet werden.

Erläuterungen:

In einem dreijährigen Sonderprogramm zur Förderung des Wohnungswesens in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage hat der Bund den Ländern von 1992 bis 1995 Zuschüsse zur Verfügung gestellt. Die Bundesfinanzhilfen waren von den Ländern entsprechend zu komplementieren.

In Schleswig-Holstein wurde der Landesanteil für das Programmjahr 1992 aus der Zweckerücklage für den Wohnungsbau sowie für die Programmjahre ab 1993 durch Kreditaufnahmen auf dem Kapitalmarkt durch die IB erbracht. Die Kosten der Kreditaufnahme sowie der Zwischenfinanzierung der Bundesmittel trägt der Landeshaushalt (vgl. Tit. 661 05 (MG 01)), sofern nicht eine Übernahme des Schuldendienstes aus der Zweckerücklage für den Wohnungsbau, seit 01.01.2002 Zweckerücklage für die Wohnraumförderung möglich ist.

Die Bundesmittel wurden jeweils in sieben Jahresraten bereitgestellt.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Summe der Maßnahmegruppe 01

10.428,0
10.214,6

7.172,0

**02 Abwicklung der
Wohnungsbauförderung im 2.
Förderungsweg gemäß § 88 II. WoBauG**

Erläuterungen:

Der 2. Förderungsweg hat der Förderung des Wohnungsbaus durch Aufwendungsdarlehen gedient. Die Förderung erfolgte vorrangig für den Bau von Familienheimen und eigengenutzten Eigentumswohnungen. Die Aufwendungsdarlehen wurden ratenweise über einen Zeitraum von 15 Jahren durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein ausgezahlt. Nach dem Bundeshaushalt für das Jahr 1997 wurde die Förderung durch Aufwendungsdarlehen über den 2. Förderungsweg eingestellt. Eine ergänzende Förderung durch Landesmittel erfolgt seit dem Programmjahr 1991 wegen Überkomplementierung im 1./3. Förderungsweg nicht mehr. Die Ausgaben dienen der finanziellen Abwicklung der Programme bis 1996.

863 16 411 Aufwendungsdarlehen aus Finanzhilfen des Bundes
(MG 02)

1.888,0
1.937,0

1.423,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 311 11 (MG 02) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) stellt sich wie folgt dar:

	T€
1. In Anspruch genomene VE der Vorvorjahre	1.423
Zusammen	1.423

Seit 1997 werden Finanzhilfen für den 2. Förderungsweg vom Bund nicht mehr zur Verfügung gestellt.

Die finanzielle Abwicklung der Programme bis 1996 gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009 ff	Summe
bis einschließlich 1991	112	17	0	0	129
1992	164	95	17	0	276
1993	241	164	95	15	515
1994	310	241	164	95	810
1995	378	309	241	160	1.088
1996	218	185	151	130	684
	1.423	1.011	668	400	3.502

Summe der Maßnahmegruppe 02

1.888,0
1.937,0

1.423,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Die Förderung städtebaulicher Maßnahmen im Rahmen jährlicher Bund-Länder-Programme hat folgende Ziele:

1. Funktionsstärkung und Aufwertung von Innenstädten und Ortsteilzentren
2. Soziale und wirtschaftliche Stabilisierung sowie städtebauliche Entwicklung in Problemgebieten
3. Zukunftssichernder Stadtumbau insbesondere durch die Entwicklung und Wiedernutzung innerstädtischer Flächen.

Die Gemeinschaftsfinanzierung der Bund-Länder-Programme (je ein Drittel Bundes-, Landes- und kommunaler Anteil) beruht auf Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Absatz 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen.

Verpflichtungsrahmen des Bundes und angenommene Anteile Schleswig-Holsteins (vorbehaltlich der Aktualisierung der Verteilungsschlüssel), die mit Landesmitteln in gleicher Höhe zu komplementieren sind, sind wie folgt berücksichtigt:

Programmjahr 2006	Bundesfinanzhilfen / Anteil SH
Allgemeines Programm	87.119 T€ / 4.356 T€
Programm Soziale Stadt	70.400 T€ / 2.816 T€
Programm Stadtumbau West (neu aufgelegt 2004)	40.000 T€ / 2.400 T€

Die haushaltmäßige Abwicklung erfolgt jeweils über fünf Jahre.

Bei Titel 0416 - 633 04 (MG 04) wurden in den Programmjahren 1993 bis 1995 Zuschüsse des Landes zu Darlehen der Investitionsbank für die Förderung städtebaulicher Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Die Abwicklung dieses Darlehensprogramms läuft bis zum Jahr 2012.

633 03	692	Zuwendungen an Gemeinden aus Mitteln des Regionalprogramms	0,0	0,0
(MG 04)	2000		52,2	

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.
Vgl. Kapitel 1111 - TG 64.

633 04	441	Zinszuschüsse an Sonstige (IB-Fonds Städtebauförderung)	890,0	799,0
(MG 04)			846,6	

Übertragbar

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) stellt sich wie folgt dar:

	T€
1. In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	799
Zusammen	799

Veranschlagt sind Zuschüsse zu Darlehen der IB bis zur Höhe von insgesamt 73,63 Mio. € zur Förderung von Städtebauförderungsmaßnahmen. Die Auszahlung der Darlehen erfolgte in den Jahren 1993 bis 1995. Verwaltungskosten der IB sind enthalten.

Für die Darlehen bis zur Höhe von 9,2 Mio. € zahlte das Land 1993 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 2.346,3 T€.

Die finanzielle Abwicklung der Zinszuschüsse von ursprünglich bis zu 64,2 Mio. € stellt sich wie folgt dar:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009 ff.	Summe
1993	137	120	101	194	552
1994	313	275	239	654	1.481
1995	349	313	277	972	1.911
	799	708	617	1.820	3.944

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

853 03	441	Darlehen des Landes für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern	0,0	0,0
(MG 04)			0,0	

Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titel 883 02 (MG 04).

Treuhänderische Verwaltung durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

883 01	441	Zuschüsse für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern aus Finanzhilfen des Bundes	3.811,0	3.617,0
(MG 04)			3.827,8	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	4.281
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	985
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	1.584
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	970
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	742

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 01 (MG 04) geleistet werden. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 01 (MG 04) geleistet werden.

Die nicht verbrauchten Einnahmen sind übertragbar.

Deckungsfähig mit 883 04 (MG 04) und 883 07 (MG 04).

Teilweise übertragen nach 883 07 (MG 04).

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2005 stellt sich wie folgt dar:

		T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	2.716
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	826
Zusammen		3.542

Der Verpflichtungsrahmen in Höhe von 4.281 T€ ergibt sich aus den Bundesfinanzhilfen für den Einsatz als Zuschüsse im Städtebauförderungsprogramm 2006 abzüglich des 2006 veranschlagten Betrags in Höhe von 75 T€. Die Bundesmittel werden zunächst als Vorauszahlung gewährt.

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich danach wie folgt:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009 ff	Summe
2002	625	0	0	0	625
2002*	453	339	0	0	792
2003	368	276	0	0	644
2004	1.270	778	584	0	2.632
2005	826	1.322	811	608	3.567
2006	75	985	1.584	1.712	4.356
2007	0	78	1.014	3.396	4.488
2008	0	0	78	4.410	4.488
2009	0	0	0	4.488	4.488
2010	0	0	0	4.488	4.488
	3.617	3.778	4.071	19.102	30.568

* Aufstockung, kassenwirksam ab Haushaltsjahr 2003

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

883 02	441	Zuschüsse des Landes für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern	4.079,2	4.003,4
(MG 04)			4.532,2	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	3.485
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	872
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	871
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	871
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	871

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 02 (MG 04) überschritten werden.

Die nicht verbrauchten Einnahmen sind übertragbar.

Einseitig deckungsfähig zugunsten 853 03 (MG 04) und gegenseitig deckungsfähig mit 883 05 (MG 04) und 883 08 (MG 04).

Teilweise übertragen nach 883 08 (MG 04).

Erläuterungen:

Zuwendung

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2005 stellt sich wie folgt dar:

		T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	2.409
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	724
Zusammen		3.133

Der Verpflichtungsrahmen in Höhe von 3.485 T€ ergibt sich aus dem Landesanteil an dem Städtebauförderungsprogramm 2006 abzüglich des 2006 veranschlagten Betrags in Höhe von 871 T€. Die Landesmittel werden zunächst als Vorauszahlung gewährt.

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich danach wie folgt:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009 ff	Summe
2002	833	0	0	0	833
2002*	453	453	0	0	905
2003	418	417	0	0	835
2004	705	705	705	0	2.114
2005	724	724	724	724	2.896
2006	871	872	871	1.742	4.356
2007	0	898	898	2.693	4.488
2008	0	0	898	3.590	4.488
2009	0	0	0	4.488	4.488
2010	0	0	0	4.488	4.488
	4.004	4.068	4.096	17.726	29.891

* Aufstockung, kassenwirksam ab Haushaltsjahr 2003

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

883 04 441 Zuschüsse für "Soziale Stadt" aus Finanzhilfen des Bundes **2.325,0** **2.273,0**
(MG 04) 2.070,2

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	2.767
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	636
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	1.024
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	627
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	480

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 02 (MG 04) geleistet werden.

Die nicht verbrauchten Einnahmen sind übertragbar.

Deckungsfähig mit 883 01 (MG 04) und 883 07 (MG 04).

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2005 stellt sich wie folgt dar:

		T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	1.702
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	522
Zusammen		2.224

Der Verpflichtungsrahmen in Höhe von 2.767 T€ ergibt sich aus den Bundesfinanzhilfen für das Programm 2006 abzüglich des 2006 veranschlagten Betrags in Höhe von 49 T€.

Die Bundesmittel werden zunächst als Vorauszahlung gewährt.

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich danach wie folgt:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009 ff	Summe
2002	361	0	0	0	361
2003	505	378	0	0	883
2004	836	512	384	0	1.732
2005	522	835	512	385	2.254
2006	49	636	1.024	1.107	2.816
2007	0	49	636	2.131	2.816
2008	0	0	49	2.767	2.816
2009	0	0	0	2.816	2.816
2010	0	0	0	2.816	2.816
	2.273	2.410	2.605	12.022	19.310

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

883 05 441 Zuschüsse des Landes im Rahmen des Bund-Länderprogramms **2.245,8**
 (MG 04) **"Soziale Stadt"** **2.285,0**
1.973,4

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	2.253
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	563
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	563
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	563
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	564

Deckungsfähig mit 883 02 (MG 04) und 883 08 (MG 04).

Erläuterungen:

Zuwendung

Die Zuwendungen sind Bestandteil des Zukunftsinvestitionsprogrammes 2004 (ZIP 2004) in Höhe von 675,0 T€ für das Haushaltsjahr 2006.

Die finanzielle Abwicklung des ZIP 2004 gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2004	2005	2006	Summe
2004	300	312	313	925
2005	0	313	362	675
	300	625	675	1.600

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2004) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2005 stellt sich wie folgt dar:

	T€
1. In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	1.118
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	604
Zusammen	1.722

Die Verpflichtungsrahmen in Höhe von 2.253 T€ ergibt sich aus dem Landesanteil am Bund-Länder-Programm abzüglich des 2006 veranschlagten Betrags in Höhe von 563 T€.

Die Landesmittel werden zunächst als Vorauszahlung gewährt.

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich danach wie folgt:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009 ff.	Summe
2002	402	0	0	0	402
2003	322	403	0	0	725
2004	81	322	184	0	587
2004 (ZIP)	313	0	0	0	313
2005	242	81	322	403	1.048
2005 (ZIP)	362	0	0	0	362
2006	563	563	563	1.127	2.816
2007	0	563	563	1.691	2.816
2008	0	0	563	2.253	2.816
2009	0	0	0	2.816	2.816
2010	0	0	0	2.816	2.816
	2.285	1.932	2.196	11.104	17.516

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

883 06 441 Zuweisung an Gemeinden aus Mitteln des Regionalprogramms 2000 **646,2** **276,0**
(MG 04) 42,1

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die Förderung von wirtschaftlichen Operationen im Rahmen integrierter Konzepte für städtische Problemgebiete nach 3.9 der Auswahl- und Fördergrundsätze des Regionalprogramms 2000 und unter Berücksichtigung der Städtebauförderungsrichtlinien.
Vgl. Kapitel 1111 - TG 64.

883 07 441 Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes für das Programm **107,0** **1.409,0**
(MG 04) **Stadtumbau West** 0,0

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	2.280
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	600
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	840
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	480
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	360

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 03 (MG 04) geleistet werden.

Die nicht verbrauchten Einnahmen sind übertragbar.

Deckungsfähig mit 883 01 (MG 04) und 883 04 (MG 04).

Übertragen von 883 01 (MG 04).

Erläuterungen:

Der Verpflichtungsrahmen in Höhe von 2.280 T€ ergibt sich aus den Bundesfinanzhilfen für das Programm 2006 abzüglich des 2006 veranschlagten Betrages in Höhe von 120 T€.
Die Bundesmittel werden als Zuschuss gewährt.

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009 ff	Summe
2004	756	432	324	0	1.512
2005	533	746	426	320	2.025
2006	120	600	840	840	2.400
2007	0	120	600	1.680	2.400
2008	0	0	174	3.306	3.480
2009	0	0	0	5.160	5.160
2010	0	0	0	5.160	5.160
	1.409	1.898	2.364	16.466	22.137

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

883 08 441 Zuschüsse des Landes für das Programm Stadtbau West **1.151,4** **1.641,4**
(MG 04) 0,0

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	3.201
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	907
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	907
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	907
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	480

Deckungsfähig mit 883 02 (MG 04) und 883 05 (MG 04).

Übertragen von 883 02 (MG 04).

Erläuterungen:

Zuwendung

Der Verpflichtungsrahmen in Höhe von 3.201 T€ enthält die Verpflichtungen der Programmjahre 2005 und 2006 für die Jahre 2007 ff..

Die Landesmittel werden als Zuschuss gewährt.

Die Mittel aus dem Programmjahr 2004 sind Bestandteil des Zukunftsinvestitionsprogramms 2004 (ZIP 2004).

Die finanzielle Abwicklung gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2006	2007	2008	2009ff	Summe
2004 (ZIP)	735	0	0	0	735
2005	427	427	427	427	1.708
2006	480	480	480	960	2.400
2007	0	480	480	1.440	2.400
2008	0	0	696	2.784	3.480
2009	0	0	0	5.160	5.160
2010	0	0	0	5.160	5.160
	1.642	1.387	2.083	15.931	21.043

891 01 441 Zuschüsse an öffentliche Unternehmen aus Mitteln des **0,0** **0,0**
(MG 04) **Regionalprogramms 2000** 0,0

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt im Kapitel 1111 - TG 64 und werden bei Bedarf weiterverteilt. Vorgesehen ist die Förderung von wirtschaftlichen Operationen im Rahmen integrierter Konzepte für städtische Problemgebiete nach 3.9 der Auswahl- und Fördergrundsätze des Regionalprogramms 2000 und unter Berücksichtigung der Städtebauförderungsrichtlinien.

893 08 411 Zuschüsse für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des **0,0** **0,0**
(MG 04) **Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes** 420,2

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 221 05 (MG 04) geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Bund fördert die Durchführung von Forschungsmaßnahmen, mit denen an konkreten Projekten neue, durch praktische Anwendung abgesicherte Erkenntnisse für Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Städtebaus gewonnen oder vorhandene Erkenntnisse auf Handlungsbedarf des Bundes überprüft werden sollen. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt).

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
Summe der Maßnahmegruppe 04			15.255,6 13.764,7	16.303,8
Summe der Ausgaben			86.905,1 254.800,1	88.684,3

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	223,6 393,6	206,8
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	39.068,0 123.837,0	38.112,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	8.232,0 7.810,6	8.823,0
Gesamteinnahmen			47.523,6 132.041,2	47.141,8
41 - 49		Personalausgaben		1.542,4
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	147,0 59,0	74,6
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	60.025,5 229.769,4	62.916,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	26.732,6 24.971,7	24.150,8
Gesamtausgaben			86.905,1 254.800,1	88.684,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-39.381,5 -122.758,9	-41.542,5

04 Innenministerium

Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2006

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer-ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21 - 29 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzierungseinnahmen	
- T€ -								
04 01	Ministerium	2006		1.114,9	630,0	104,0		1.848,9
		2005		572,8	629,8	104,0		1.306,6
04 02	Sport	2006					6.174,0	6.174,0
		2005						0,0
04 03	Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter	2006		13.455,0	175,0			13.630,0
		2005		13.820,1	476,0			14.296,1
04 05	Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	2006		45,0	803,1			848,1
		2005		18,0	535,5			553,5
04 06	Amt für Katastrophenschutz	2006		240,0	400,0			640,0
		2005		248,0	400,0			648,0
04 07	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	2006		252,0				252,0
		2005		252,0				252,0
04 08	Allgemeine Bewilligungen	2006						0,0
		2005						0,0
04 09	Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes'	2006						0,0
		2005						0,0
04 10	Polizei	2006		13.720,0	500,0			14.220,0
		2005		13.449,0	257,2			13.706,2
04 12	Ämter für Ländliche Räume	2006						0,0
		2005						0,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	2006		206,8	38.112,0	8.823,0		47.141,8
		2005		223,6	39.068,0	8.232,0		47.523,6
	Summe Haushalt	2006		29.033,7	40.620,1	8.927,0	6.174,0	84.754,8
	Summe Haushalt	2005		28.583,5	41.366,5	8.336,0		78.286,0
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	+450,2	-746,4	+591,0	+6.174,0	+6.468,8

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
17.921,0	6.988,3		18.502,2		736,4		44.147,9	2006	04 01
23.320,0	7.365,9		18.854,7		1.757,6	-134,1	51.164,1	2005	
115,5			6.174,0				6.289,5	2006	04 02
	9,0		2.787,0		1.534,0		4.330,0	2005	
27.507,1	4.907,1		9,7		300,0		32.723,9	2006	04 03
28.196,8	4.932,1		9,7		84,5		33.223,1	2005	
1.799,9	1.104,0	400,0	1.965,6		7.094,7		12.364,2	2006	04 05
1.482,0	1.074,4	400,0	1.683,5		6.943,1		11.583,0	2005	
2.584,9	758,7		314,5		909,0		4.567,1	2006	04 06
2.445,9	785,1		370,0		1.509,0		5.110,0	2005	
2.209,8	3.431,8		27.113,0		56,0		32.810,6	2006	04 07
1.524,4	3.761,3		26.965,7		131,9		32.383,3	2005	
							0,0	2006	04 08
							0,0	2005	
							0,0	2006	04 09
							0,0	2005	
295.183,6	58.384,2		3.499,8		9.902,0		366.969,6	2006	04 10
294.433,4	56.154,5		3.099,6		5.393,6		359.081,1	2005	
							0,0	2006	04 12
							0,0	2005	
1.542,4	74,6		62.916,5		24.150,8		88.684,3	2006	04 16
	147,0		60.025,5		26.732,6		86.905,1	2005	
348.864,2	75.648,7	400,0	120.495,3		43.148,9		588.557,1	2006	
351.402,5	74.229,3	400,0	113.795,7		44.086,3	-134,1	583.779,7	2005	
-2.538,3	+1.419,4	0,0	+6.699,6	0,0	-937,4	+134,1	+4.777,4		
Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2006							-503.802,3		
Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2005							-505.493,7		

04 Innenministerium

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2006

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2006	2007	2008	2009	2010 ff.
			T€				
04 01	Ministerium	808,0	808,0				
04 02	Sport	250,0	250,0				
04 05	Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwesens	420,0	420,0				
04 10	Polizei	82.368,0	50.517,0	19.767,0	12.084,0		
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	24.157,0	6.295,0	7.175,0	5.804,0	4.883,0	
	Summe des Einzelplans	108.003,0	58.290,0	26.942,0	17.888,0	4.883,0	

04 Innenministerium

Einnahmen der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
04 01	Ministerium							
68	Unterstützung des gemeinsamen sozialen Wohnungsbaus in der Metropolregion Hamburg	2006		0,0		0,0	0,0	
		2005		0,0		0,0	0,0	
69	Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	2006		655,1		0,0	655,1	
		2005		115,0		0,0	115,0	
71	Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	2006				104,0	104,0	
		2005				104,0	104,0	
04 05	Brandschutz, Landesfeuerwehrschule und Förderung des Feuerwehrwesens							
62	Schiffsbrandbekämpfung	2006		0,0	424,0		424,0	
		2005		0,0	376,5		376,5	
63	Sicherung des Feuer- und Katastrophenschutzes auf der Untereibe	2006			0,0		0,0	
		2005			109,0		109,0	
64	Havariekommando	2006			289,1		289,1	
		2005				0,0	0,0	
04 07	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten							
02	Integration von Migrantinnen und Migranten	2006		0,0			0,0	
		2005		0,0			0,0	
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2006		250,0			250,0	
		2005		250,0			250,0	
65	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein	2006		2,0			2,0	
		2005		2,0			2,0	
04 09	Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes'							
01	Erstattungen des Bundes gemäß § 10 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes- GAKG	2006			0,0		0,0	
		2005			0,0		0,0	
02	Erstattungen aus dem EAGFL und EFRE im Rahmen der zusätzlichen Förderung strukturschwacher ländlicher Gebiete	2006			0,0		0,0	
		2005			0,0		0,0	
03	Zuwendungen der EU zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes	2006				0,0	0,0	
		2005				0,0	0,0	

04 Innenministerium

Einnahmen der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
			- T€ -					
04	Maßnahmen im Rahmen der fakultativen Modulation	2006			0,0		0,0	0,0
		2005			0,0		0,0	0,0
04 12	Ämter für Ländliche Räume							
61	Allgemeine Arbeitsförderungsmaßnahmen	2006				0,0	0,0	0,0
		2005				0,0	0,0	0,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
01	Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der Vereinbarten Förderung nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG); soziale Wohnraumförderung nach dem Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)	2006		10,0	7.112,0	50,0		7.172,0
		2005		10,0	9.568,0	50,0		9.628,0
02	Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg gemäß § 88 II. WoBauG	2006				1.423,0		1.423,0
		2005				1.888,0		1.888,0
04	Städtebauförderung	2006			0,0	7.299,0		7.299,0
		2005			0,0	6.243,0		6.243,0
	Summe Haushalt	2006		917,1	7.825,1	8.876,0	0,0	17.618,2
	Summe Haushalt	2005		377,0	10.053,5	8.285,0	0,0	18.715,5

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

04 01 Ministerium

06 Raumordnung

2006		48,9		83,3					132,2
2005		53,8		108,0					161,8

07 Statistik

2006				16.500,0		440,0			16.940,0
2005				16.294,6		262,4			16.557,0

61 Modernisierung der Verwaltung

2006		46,0				0,0			46,0
2005		24,3				0,0			24,3

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2006	2.152,3	778,8		760,0		0,0			3.691,1
2005	2.070,0	999,5		897,7		0,0			3.967,2

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX, Erfassungsstelle für die Bewerbung Schwerbehinderter

2006	61,0			226,8					287,8
2005	0,0			575,0					575,0

68 Unterstützung des gemeinsamen sozialen Wohnungsbaus in der Metropolregion Hamburg

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		1.278,3			1.278,3

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2006						208,0			208,0
2005						208,0			208,0

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

2006	0,0	300,0				0,0			300,0
2005	0,0	408,1				0,0			408,1

04 02 Sport

01 Förderung des Sports über den Landessportverband Schleswig-Holstein

2006				0,0		0,0			0,0
2005				2.784,0		1.534,0			4.318,0

02 Allgemeine Sportförderungsmaßnahmen und Sportstättenbau des Landes

2006		0,0		0,0		0,0			0,0
2005		9,0		3,0		0,0			12,0

03 Bau von Sportanlagen aus Bundeszuweisungen

2006						0,0			0,0
2005						0,0			0,0

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

2006	2,0	2.040,0	2.042,0
2005	3,0	2.707,7	2.710,7

62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

2006	1.907,1	25.073,0	51,0	27.031,1
2005	2.704,0	24.258,0	102,0	27.064,0

63 Durchführung der Abschiebehafte

2006	576,0	0,0	576,0
2005	567,1	0,0	567,1

65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

2006	1.524,4	238,0	5,0	1.767,4
2005	1.524,4	208,2	29,9	1.762,5

69 Outputorientierte Personalkosten

2006	685,4	685,4
2005		

04 08 Allgemeine Bewilligungen

01 Maßnahmen zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein

2006	0,0	0,0
2005	0,0	0,0

62 Zuwendungen der EU für Maßnahmen im Rahmen von LEADER II

2006	0,0	0,0	0,0
2005	0,0	0,0	0,0

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								

- T€ -

04 09 Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes'

01 Entwicklungsplanung

2006									0,0
2005									0,0

02 Flurbereinigung

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

03 Einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

04 Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

05 Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen

2006	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0			0,0
2005	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0			0,0

06 Forstliche Maßnahmen

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

07 Sonstige Maßnahmen

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

08 Küstenschutz

2006	0,0	0,0			0,0	0,0			0,0
2005	0,0	0,0			0,0	0,0			0,0

09 Integrierte ländliche Entwicklung

2006				0,0		0,0			0,0
2005									

10 Maßnahmen der Dorferneuerung

2006						0,0			0,0
2005						0,0			0,0

11 Maßnahmen aus dem EAGFL und EFRE im Rahmen der zusätzlichen Förderung strukturschwacher ländlicher Gebiete

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

13 Maßnahmen aus dem EAGFL zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

14 Maßnahmen im Rahmen der fakultativen Modulation

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								

- T€ -

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

01 Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der Vereinbarten Förderung nach II. WoBauG; soziale Wohnraumförderung nach WoFG und sonstige Maßnahmen der sozialen Wohnraumversorgung

2006	0,0	7.172,0	7.172,0
2005	0,0	10.428,0	10.428,0

02 Abwicklung der Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg gemäß § 88 II. WoBauG

2006		1.423,0	1.423,0
2005		1.888,0	1.888,0

04 Städtebauförderung

2006	799,0	15.504,8	16.303,8
2005	890,0	14.365,6	15.255,6

Summe	2006	10.000,9	6.145,3	400,0	47.547,7	0,0	31.439,5	0,0	95.533,4
Summe	2005	5.623,3	6.625,0	400,0	50.201,5	0,0	37.018,3	0,0	99.868,1

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Kataster- und Vermessungswesen

**Globale
Zielbeschreibung**

Nach dem Vermessungs- und Katastergesetz sind im Liegenschaftskataster die Flurstücke und Gebäude (Liegenschaften) für das Landesgebiet nachzuweisen, wie es die Belange der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem erfordern. Das Liegenschaftskataster muss geeignet sein, als amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung zu dienen, es muss die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung nachweisen. Zuständig für die Einrichtung, Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters sind **die Katasterämter**.

1. Als Grundlage für die Fortführung des Liegenschaftskatasters werden von den Katasterämtern auf Grund von Anträgen Vermessungen (Teilungen, Gebäudeeinmessungen, Grenzherstellungen, etc.) durchgeführt, deren Ergebnisse dann in das Liegenschaftskataster übernommen werden.
2. Die Katasterämter haben die Nachweise des Liegenschaftskatasters vorzuhalten um jedem daraus Auskünfte und analoge oder digitale Auszüge erteilen zu können.
3. Für die Fortführung des Liegenschaftskatasters müssen die Katasterämter auch die Ergebnisse der Vermessungen der anderen Vermessungsstellen (beigebrachte Vermessungen) in die Nachweise des Liegenschaftskatasters übernehmen.
4. Nach Abschluss von Flurbereinigungen ist das Liegenschaftskataster neu aufzustellen, da der Flurbereinigungsplan, sobald er rechtskräftig geworden ist, das Liegenschaftskataster als amtliches Verzeichnis der Grundstücke ersetzt.
5. Um den Anforderungen der Nutzer an ein Geobasisinformationssystem gerecht zu werden und um den Nutzern die Möglichkeit zu eröffnen, einen schnellen, unkomplizierten und zeitgemäßen Vertriebsweg zu nutzen, sollen die bisher getrennt geführten Daten des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) und der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) in einem System, dem Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS®), integriert werden. Für den reibungslosen Übergang in das ALKIS-Modell müssen die Daten durch Vormigrationen vorbereitet werden. Dabei werden u.a. Abgleiche zwischen der ALK, der Punktdaten und dem ALB durchgeführt und einzelne Daten einheitlich strukturiert.
6. Die Vermessungs- und Katasterverwaltung Schleswig-Holsteins betreibt gemeinsam mit dem Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung der Freien und Hansestadt Hamburg den Geoserver (Internetvertriebssystem), um ihre Produkte zu präsentieren und neue Dienste anzubieten, die erst durch die Internettechnologie realisierbar geworden sind.
Der Shop im Geoserver soll als landeseinheitlicher Shop der Landesverwaltung genutzt werden, d. h. alle Verwaltungen nutzen dieses Werkzeug. Es kann auch von den Kommunen genutzt werden.

Strategische Ziele:

- Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, Wirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft usw. mit aktuellen, genauen, zuverlässigen Geoinformationen
- Schutz des Eigentums an Grund und Boden

Ausgewählte Maßnahmen zur Zielerreichung	Kennzahlen/Indikatoren für					Wirtschaftlichkeit / Kosten	Fachliche Zielerreichung
	Mengen		Qualitäten / Bürgerorientierung				
Zeitnahe Durchführung von Vermessungen und Aktualisierung der Nachweise (Fortführung des Liegenschaftskatasters)			ordnungsgemäße und kundengemäße Auftragsabwicklung				Optimierung der Leistungserstellung bei weiterhin hoher Qualität
Produkte:	Anzahl der Auftragsgänge (Antragszahlen) über alle Katasterämter in S-H je Produkt p.a.		durchschnittliche Zeiten bis zur Erledigung der Aufträge über alle Katasterämter in S-H je Produkt p.a. in Wochen				
	2004 (Ist)	2006 (Plan)	1995	2000	2006 (Plan)		
			a) = Zeitraum von Auftragsingang bis zur örtlichen Erledigung b) = Zeitraum von der örtlichen Erledigung bis zum Abschluss der häuslichen Erledigung				
- eigene Zerlegungen	1.194	1.200	a) 5,1 b) 6,5	3,1 6,7	2,5 5,0		
- eigene Gebäudeeintragungen	7.723	7.000	a) 9,0 b) 9,4	10,9 11,1	10,0 8,0		
- eigene Grenzherstellungen	298	300	a) 3,3 b) 7,5	3,3 7,9	2,5 6,0		
- eigene langgestreckte Anlagen	44 km	40 km	a) 27,5 b) 36,3	13,0 19,0	15,0 13,0		
- beigebrachte Zerlegungen	3.761	3.800	b) 7,2	7,8	5,0		
- beigebrachte Gebäudeeintragungen	9.892	9.000	b) 14,1	17,7	8,0		
- beigebrachte Grenzherstellungen	889	900	b) 8,7	9,7	6,0		
- beigebrachte langgestreckte Anlagen	85 km	100 km	b) 32,6	19,3	13,0		

<p>- Katasterbenutzungen</p>	<p>2004 (Ist) 2006 (Plan)</p> <p>55.613 55.000</p> <p>Auszüge aus den Nachweisen des Liegenschaftskatasters</p>			
<p>- Digitalisierung + Erneuerungsarbeiten</p>	<p>Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach Flurbereinigungen Insgesamt ist das Liegenschaftskataster noch für eine Fläche von ca. 135.000 ha neu aufzustellen (Stand 31.12.2004)</p> <p>Plan 2005: 18.000 ha Im Jahre 2006 soll das Liegenschaftskataster für eine Fläche von 15.000 ha neu aufgestellt werden.</p> <p>Dies ist auch Aufgabe für die Folgejahre</p>	<p>Flurbereinigungsverfahren verursachen umfangreiche Arbeiten bei den Katasterämtern und dem Landesvermessungsamt, in der Regel sind sie mit Neuvermessungen der Verfahrensgebiete verbunden. Nach Abschluss der Flurbereinigungsschlussvermessungen ist das Liegenschaftskataster zu erneuern, um den Belangen der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem gerecht zu werden.</p>		<p>Siehe Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
	<p>Vorbereitung der Umwandlung von ALK und ALB auf das bundeseinheitliche System ALKIS Insgesamt ist die Vormigration der Daten von 16.170 Fluren durchzuführen.</p> <p>Plan 2005: 5.000 Fluren</p> <p>Vormigration von 6.000 Fluren im Jahr 2006</p>	<p>Das ALKIS®-Konzept ist Bestandteil des AFIS®-ALKIS®-ATKIS®-Konzeptes der AdV und ist unerlässlich zur Schaffung eines einheitlichen amtlichen Geodatenbestands der Vermessungs- und Katasterverwaltung aus den digitalen Daten des Liegenschaftskatasters, der Topographie und der Landesvermessung. Mit ALKIS® werden mehrere Ziele verfolgt, die letztlich zu besseren Produkten und einer stärkeren Kundenorientierung führen sollen.</p>		<p>Siehe Qualitäten / Bürgerorientierung</p>

<p>Analyse und Optimierung sowie Standardisierung der internen Arbeitsabläufe zur Auftragsabwicklung (insbesondere) in den Marktleistungsbereichen zur Reduzierung der Produktkosten (Benchmarking zwischen allen Katasterämtern in S-H)</p>	<p>Vervollständigung des Gebäudebestandes (Angaben über die Anzahl der Gebäude sind nicht vorhanden)</p> <p>Geoserver (Internetvertriebssystem) Realisierung der vorgesehenen Nutzungswege: Shop, Bezug von digitalen Daten, Auszüge aus ALK, ALB, ALKIS, Auskunfts- und Bearbeitungssystem Web-Services</p>	<p>Mit dem in Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelten Geoserver werden über das Internet Geodaten vertrieben und Geodienste für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung bereitgestellt. Der Geoserver ist ein Baustein des eGovernments in beiden Ländern und Grundlage für den Aufbau einer bundes- und EU-weiten Geodateninfrastruktur.</p> <p>Anzahl der Verwaltungsgerichtsprozesse über alle Katasterämter in S-H pro Jahr</p> <table border="1" data-bbox="746 1160 1037 1258"> <tr> <td>2003</td> <td>2004</td> </tr> <tr> <td>6</td> <td>4</td> </tr> </table>	2003	2004	6	4	<p>Aufbau eines effektiven Berichtswesens durch die Kosten- und Leistungsrechnung</p>	<p>Siehe Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
2003	2004							
6	4							
<p>Gründe der Zielumsetzung</p>	<p>Um dem gesetzlichen Auftrag, die Liegenschaften so nachzuweisen, wie es die Belange der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung, der Wirtschaft sowie des Umwelt- und Naturschutzes an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem erfordern, gerecht werden zu können, ist vor dem Hintergrund der Internettechnologie der Einsatz neuer moderner Werkzeuge erforderlich.</p> <p>Außerdem soll die Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie und der Standardisierung im Bereich der Geoinformationen (ISO, OGC) berücksichtigt werden.</p> <p>Die Bündelung der Vorgehensweisen und der Einsatz einer einheitlichen Technik durch Kooperation von Schleswig-Holstein und Hamburg ermöglicht für beide Länder eine kostengünstige Bereitstellung von Daten und Diensten. Für den beabsichtigten Aufbau einer Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE), zu dem sich alle Länder verpflichtet haben, ist der Geoserver ein elementarer Baustein.</p>							

Externe Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Kreise und Ämter Notare und Notarinnen Wasser- und Bodenverbände Flurbereinigungsverwaltung Finanzverwaltung und Grundbuchämter Energieversorgungsunternehmen Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft
Vereinbarungszeitraum	2006
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0403 Weitere Haushaltsmittel (Informationstechnologie) sind im Kapitel 1103 nachgewiesen
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12. Mai 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128). Landesverordnung über Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden (VermGebVO) vom 31.10.2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 192), geändert durch Verordnung vom 4. Juli 2005 (GVOBl. Schl.-H. noch nicht verkündet) Beschluss der Landesregierung von 2002 zur Einführung des ressortübergreifenden Geodatenmanagements.
Zeitplan / Meilensteine	Vormigration ALKIS®: Fertigstellung bis Ende 2007 Geoserver:Fertigstellung wesentlicher Bausteine bis Ende 2006 Für die Flurbereinigungsverfahren (Stand 31.12.2004), für die die Schlussvermessungen durchgeführt werden können, soll das Liegenschaftskataster in den nächsten 10 Jahren neu aufgestellt werden.
Berichtswesen	Jahresbericht zur Kosten- und Leistungsrechnung der VKV und Jahresbericht aus den Arbeitsstandsübersichten der Katasterämter.

Anlage zum Kapitel 0416

Zusätzliche Erläuterungen für den

Aufgabenbereich: Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Globale Zielbeschreibung	Strategische Ziele: - Gewährleistung einer bedarfsgerechten und nachhaltigen Wohnraumversorgung - Förderung sowie rechtliche und planerische Sicherstellung einer geordneten, nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung der Gemeinden in Schleswig-Holstein und der Funktions- und Entwicklungsfähigkeit von Städten und städtischen Gebieten - Daseinsvorsorge auf dem Gebiet der baulichen Nutzung der Grundstücke und baulichen Anlagen, insbesondere unter Berücksichtigung des Umweltschutzes, der Energieeinsparung, der Wirtschaft und der Belange von Familien mit Kindern, alten Menschen, Menschen mit Behinderungen - nachhaltige Entwicklung und Förderung der Planungs- und Baukultur - Sicherstellung des den öffentlich-rechtlichen Erfordernissen entsprechenden Bauens in Schleswig-Holstein - Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit im Bauwesen und Fortentwicklung von Sicherheitsstandards - Sicherstellung einer rechtmäßigen und wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung der kommunalen Körperschaften, ihrer Sondervermögen und der von ihnen getragenen Anstalten im Bereich der Vergabe von Bau- und Lieferleistungen			
Kennzahlen/Indikatoren für				
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten / Bürgerorientierung	Wirtschaftlichkeit / Kosten	Fachliche Zielerreichung
Soziale Wohnraumförderung¹ - Maßnahmen zur Erlangung und Erhaltung von Belegungsrechten und Mietbindungen	Anzahl der geförderten Wohneinheiten p.a., differenziert nach Eigentum und Miete Anzahl der bewilligten Kredite p.a., differenziert nach Eigentum und Miete sowie nach allgemeiner und sozialer Wohnraumförderung Anzahl der bewilligten Zuschüsse p.a., differenziert nach Eigentum und Miete sowie nach allgemeiner und sozialer Wohnraumförderung	die Anzahl der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern p.a. wird zukünftig ausgewiesen die Messung eines Kundenzufriedenheitsgrades (durch stichprobenartige Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern) ist zukünftig geplant	bewilligtes Kreditvolumen in € p.a., differenziert nach Eigentum und Miete sowie nach allgemeiner und sozialer Wohnraumförderung bewilligtes Kreditvolumen pro geförderter Wohneinheit in € p.a., differenziert nach Eigentum und Miete sowie nach allgemeiner und sozialer Wohnraumförderung bewilligte Zuschüsse in € p.a., differenziert nach Eigentum und Miete sowie nach allgemeiner und sozialer Wohnraumförderung bewilligte Zuschüsse pro geförderter Wohneinheit in € p.a., differenziert nach Eigentum und Miete	bedarfsgerechte und nachhaltige Wohnraumversorgung für Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind (die Messung eines Zielerreichungsgrades p.a. in % in Form einer Bewertung durch das Fachreferat ist zukünftig geplant) Schaffung ausgewogener Siedlungs- und sozial stabiler Bewohnerstrukturen in städtebaulichen Problemgebieten

¹ Aussagefähige Kennzahlen können erst nach Weiterentwicklung des Beteiligungscontrollings (Land SH / IB SH) zur Verfügung gestellt werden.

<p>Städtebauförderung</p> <p>- Allgemeines Bundes-Länder-Programm</p> <p>- Programm Soziale Stadt</p> <p>- Programm Stadtumbau West</p>	<p>a) = Anzahl der Fördergebiete (Plan 2006) b) = Anzahl der Zuwendungsbescheide p.a.</p> <p>a) 28-32 b) wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>a) 10-13 b) wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>a) 6-8 b) wird zukünftig ausgewiesen</p>	<p>die Anzahl der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und von Gemeinden p.a. wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>die Messung eines Kundenzufriedenheitsgrades (durch Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern und von Gemeinden) ist zukünftig geplant</p>	<p>sowie nach allgemeiner und sozialer Wohnraumförderung</p> <p>Die Programmmittel werden der Zweckrücklage Wohnraumförderung bei der Investitionsbank entnommen.</p> <p>c) = Verwaltungskosten je 1000€ Zuwendungsbetrag d) = Verwaltungskosten je Zuwendungsbescheid in €</p> <p>c) wird zukünftig ausgewiesen d) wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>c) wird zukünftig ausgewiesen d) wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>c) wird zukünftig ausgewiesen d) wird zukünftig ausgewiesen</p>	<p>Durch gebietsbezogene Förderung der städtebaulichen Sanierung und Entwicklung, der sozialen Stadtteilentwicklung und des Stadtumbaus sollen Städte (Kommunalförderung) als Wohn- und Wirtschaftsstandorte und Zentren des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens nachhaltig entwickelt, in ihrer sozialen Integrationskraft gestärkt und an die Erfordernisse des wirtschaftsstrukturellen und demographischen Wandels angepasst werden. Förderung sowie Sicherstellung einer geordneten, nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung der Gemeinden in Schleswig-Holstein und der Funktions- und Entwicklungsfähigkeit von Städten und städtischen Gebieten (die Messung eines Zielerreichungsgrades p.a. in % in Form einer Bewertung durch das Fachreferat ist zukünftig geplant)</p>
<p>Planungs- und Baukultur</p> <p>- Förderung der Erstellung und Fortschreibung integrierter Planungen</p> <p>- Förderung der Erhaltung städtebaulich, geschichtlich oder künstlerisch bedeutsamer Ge-</p>	<p>div. Planungen, Wettbewerbe und Baumaßnahmen</p>	<p>die Anzahl der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und von Gemeinden p.a. wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>die Messung eines Kundenzufrieden-</p>		<p>nachhaltige Verbesserung der Gestaltungs-, Nutzungs-, sozialen und ökologischen Qualität der gebauten Umwelt (die Messung eines Zielerreichungsgrades p.a. in % in Form einer Bewertung durch das Fachreferat ist zukünftig geplant)</p>

<p>bäude in kulturhistorisch wertvollen Altstadtgebieten mit dem Programm Städtebauliche Denkmalpflege der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)</p> <p>Städtebaurecht und Bauleitplanung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Genehmigungstätigkeit als höhere Verwaltungsbehörde für die Bauleitpläne der Gemeinden - Fortentwicklung und Implementierung (Fachaufsicht) des Planungsrechts und städtebaulicher Grundsätze <p>Öffentliches Baurecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Systemgerechte, praxisorientierte Fortentwicklung des Bauordnungsrechts und anderer bauordnungsrechtlichen Vorschriften - Bauaufsichtsmanagement (Fachaufsicht über die unteren Bauaufsichtsbehörden) - Fortentwicklung der Verfahren zur Erleichterung und Beschleunigung von Investitionen 	<p>ca. 2500 Vorgänge p.a. (geschätzt) im Zusammenhang mit Planungsansätzen der Gemeinden</p> <p>250 genehmigter Bauleitpläne in 2004</p>	<p>heitsgrades (durch Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern und von Gemeinden) ist zukünftig geplant</p> <p>die Anzahl der Widersprüche im Rahmen von Bauleitverfahren p.a. wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>die Messung eines Kundenzufriedenheitsgrades (durch Befragungen bei den Gemeinden) ist zukünftig geplant</p> <p>die Anzahl der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Investoren bei den unteren Bauaufsichtsbehörden p.a. wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>die Messung eines Kundenzufriedenheitsgrades (durch stichprobenartige Befragungen bei Investoren) ist zukünftig geplant</p> <p>die Ausweisung von durchschnittlichen Durchlaufzeiten bei der Genehmigung von Bauvorhaben (Investitionen) ist zukünftig geplant</p>	<p>Förderung von Innovationen im Planen und Bauen</p> <p>Erhaltung und Entwicklung des baukulturellen Erbes</p> <p>Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für die gebaute Umwelt durch Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an entsprechenden Planungen</p> <p>Sicherstellung rechtmäßiger Bauleitplanverfahren und damit rechtssicherer Investitionsentscheidungen</p> <p>Sicherstellung einer landesweit einheitlichen Rechtsanwendung</p> <p>Sicherstellung des den öffentlich-rechtlichen Erfordernissen entsprechenden Bauens in Schleswig-Holstein</p> <p>Sicherstellung einer landesweit einheitlichen Rechtsanwendung</p> <p>Berücksichtigung der Gefahrenabwehr, der Erfordernisse des ökologischen Bauens, der Forderungen zum energie- und ressourcensparenden Bauen, der Regelungen für ein soziales Bauen sowie der Förderung des natur- und umweltfreundlichen Bauens, der Erprobung neuer Wohn- und Bauformen</p>
---	--	--	---

<p>Bauordnungsrecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung, Fortschreibung und Umsetzung von bauordnungsrechtlichen Vorschriften und bautechnischen Normen sowie Grundsatzzpositionen - Zustimmung zur Verwendung nicht geregelter Bauprodukte und Bauarten - Bauaufsicht über kerntechnische Anlagen nach § 7 Atomgesetz <p>Vergaberecht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vergabepflichtstelle - Beratung bei Auftrags- und Abrechnungsfragen - Erarbeitung und Umsetzung von gesetzlichen und vergaberechtlichen Normen - Schlichtungsausschuss 	<p>ca. 6000 Vorgänge p.a. (geschätzt)</p>	<p>die Anzahl der Verstöße gegen bauordnungsrechtliche Vorschriften p.a. wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>die Messung eines Kundenzufriedenheitsgrades (durch stichprobenartige Befragungen bei den unteren Bauaufsichtsbehörden und bei jeglichen Vertretern der Bauindustrie) ist zukünftig geplant</p> <p>die Anzahl der gerichtlichen Verfahren im Vergaberecht p.a. wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>die Anzahl von vergaberechtlichen Korruptionsfällen p.a. wird zukünftig ausgewiesen</p> <p>die Messung eines Kundenzufriedenheitsgrades (durch Befragungen bei den Gemeinden und von Vertretern des Baugewerbes) ist zukünftig geplant</p>	<p>Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit im Bauwesen im Bereich Bautechnik (Standicherheit, Brandschutz, Schallschutz, Wärmeschutz, Umweltschutz, Hygiene, Gesundheit)</p> <p>Sicherstellung einer landesweit einheitlichen Rechtsanwendung im Bereich der Bautechnik</p> <p>Ermöglichung von Innovationen im Bauwesen durch die Verwendung nicht geregelter Bauprodukte und Bauarten unter Berücksichtigung der Belange der öffentlichen Sicherheit</p> <p>Einheitliche Rechtsanwendung im Vergabebereich</p> <p>Wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel</p> <p>Korruptionsbekämpfung</p> <p>Vermeidung von Schadenersatzansprüchen</p> <p>Streitschlichtung</p>
--	---	--	---

Gründe der Zielumsetzung	<p>Zukunftsfähige Städte stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen des Landes Schleswig-Holstein.</p> <p>Investitionen in städtebaulichen Maßnahmen lösen etwa das Achtfache an privaten und öffentlichen Bauinvestitionen aus und sichern damit zahlreiche Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft.</p> <p>Ein hohes bau- und planungskulturelles Niveau stärkt Lebensqualität und „weiche Standortfaktoren“ in den Städten und Gemeinden sowie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Planungs- und Bauwesens in SH.</p> <p>Die Bewahrung und Entwicklung des bauhistorischen Erbes stärkt die regionale Identität Schleswig-Holsteins, seine touristische Attraktivität, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wohnort sowie das Geschichtsbewusstsein.</p> <p>Gesetzliche Pflichtaufgaben.</p>
Externe Zielgruppen	<p>Gemeinden (im Rahmen der Sozialen Wohnraumförderung und der Städtebauförderung vor allem Ober- und Mittelzentren sowie besonders konversionsbetroffene Städte)</p> <p>Kreise</p> <p>Bürgerinnen und Bürger</p> <p>Bauherrinnen und Bauherren</p> <p>Unternehmerinnen und Unternehmer</p> <p>Investoren</p> <p>alle Sparten und Berufsgruppen des Planungs- und Bauwesens</p> <p>Bauindustrie, Baugewerbe, Handwerkerschaft, Architekten, Ingenieure</p> <p>Wohnungsunternehmen</p> <p>untere Bauaufsichtsbehörden</p> <p>Fachstellen wie z. B. Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit, Staatliche Umweltämter, Naturschutzbehörden, Wasserbehörden, Bodenschutzbehörden, Luftverkehrsbehörden, Forstbehörden, Ämter für ländliche Räume, Straßenbaubehörden, Eisenbahnaufsichtsbehörden, Denkmalschutzbehörden, Wehrbereichsverwaltung, Katasterämter</p>
Vereinbarungszeitraum	2006
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	<p>Einzelplan: 04</p> <p>Kapitel: 0416</p> <p>Hinweis zur Sozialen Wohnraumförderung: Die Programmmittel werden der Zweckrücklage Wohnraumförderung bei der Investitionsbank entnommen.</p>
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<p>Wohnraumförderungsgesetz</p> <p>Kabinettsauftrag/-beschluss vom 02.11.2004 (KV 244/04) für das Wohnraumförderprogramm 2006</p> <p>Investitionsbankgesetz</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. vom 23.09.2004</p> <p>Grundvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Art.104a Abs. 4 des Grundgesetzes vom 19.9.1986</p> <p>Verwaltungsvereinbarungen Städtebauförderung zu den einzelnen Programmjahren</p> <p>Städtebauförderungsrichtlinien 2005</p> <p>Grundsätze zur Förderung der städtebaulichen Denkmalpflege durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB SH)</p> <p>BNatSchG, LNatSchG, BImSchG, WHG, BFernStrG, LVwG</p> <p>Landesbauordnung</p> <p>örtliches Baurecht (Satzungen)</p> <p>Bauproduktenrichtlinie, Bauproduktengesetz, Atomgesetz</p> <p>Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge, Tariftreuegesetz, Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz, Landesverordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge</p>
Sonstige Bewirtschaftungs-Maßnahmen	<p>Das Verwaltungsverfahren bzgl. der Sozialen Wohnraumförderung ist durch das Investitionsbankgesetz auf die IB SH übertragen worden.</p> <p>Das Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren bzgl. der Städtebauförderungsprogramme obliegt der IB SH.</p>
Zeitplan / Meilensteine	Hinweis zur Städtebauförderung: inhaltlich jeweils durch Kabinettsbeschluss bestimmte Jahresprogramme (Abwicklung eines Programmjahres erfolgt über 5 Haushaltsjahre).

Berichtswesen	<p>Für die soziale Wohnraumförderung existiert ein zwischen IB SH, ARGE und IM SH vereinbartes Zuwendungscontrolling einschließlich monatlicher Berichtspflichten und eingespielter Nachsteuerungsverfahren in Bezug auf Mengenkontingente und materielle Förderbedingungen unter Beteiligung des Finanzministeriums, soweit grundlegende Fördervoraussetzungen nachgebessert werden sollen.</p> <p>Jährliche Sachstandsberichte der Zuwendungsempfänger (Gemeinden) über die durchgeführten Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung als Zwischenberichte gemäß LHO.</p> <p>Es existiert im Rahmen des Beteiligungscontrollings des Landes SH eine quartalsmäßige Berichtspflicht der IB SH.</p>
----------------------	---

Anlage zu Kap. 0416 (nachrichtlich)

Zweckrücklage Wohnraumförderung der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, wurde gemäß § 1 des Investitionsbankgesetzes (IBG) vom 7. Mai 2003 (GVBl. 2003 S. 206 ff. Artikel 6) aus dem Vermögen der Landesbank abgespalten und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts unter dem Namen Investitionsbank Schleswig-Holstein errichtet.

Das der abgespaltenen Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zugeordnete Vermögen (einschließlich der Landesmittel zur Förderung des Wohnungs- und Kleinsiedlungswesens sowie der Verbindlichkeiten) ist im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Investitionsbank übergegangen.

Darlehensforderung 31.12.2003	2.266.061.213,13 €
Zugänge 2004	67.240.085,37 €
Abgänge 2004	-40.451.271,74 €
Darlehensforderung 31.12.2004	2.292.850.026,76 €

Bankguthaben (Liquidität) 31.12.2004	1.026.807,96 €
Vorauszahlungen (noch nicht refinanziert)	0,00 €
in ersteigerten Grundstücken gebundene Mittel	664.757,38 €
Sonstige Posten	-2.709.397,08 €
Bankguthaben und sonstige Vermögensgegenstände gemäß Bilanz 31.12.2004	-1.017.831,74 €

Lfd. Nr.	Haushaltsplan	Ist 2004 in Mio. €	Plan 2005 in Mio. €	Plan 2006 in Mio. €
	Einnahmen			
	ERTRÄGE			
1.	Zinsen aus Baudarlehen und Aufwendungsdarlehen	17,317	16,438	16,258
2.	Bankzinsen	1,085	0,020	0,040
3.	Zuschüsse vom Land			
	a) aus dem Haushalt Titel 0416 - 66105 MG 01	0,000	0,000	0,000
	b) aus der Ausgleichsabgabe Tit. 0416 - 89309, 89311	0,000	0,000	0,000
4.	Zuführung der Ausgleichsabgabe	0,000	1,600	1,600
5.	Wohnungsfürsorgemittel	0,000	0,000	0,000
	SONSTIGE EINNAHMEN			
6.	Tilgung			
	a) planmäßig aus Baudarlehen u. Aufwendungsdarlehen	42,272	43,673	45,509
	b) außerplanmäßig	36,634	35,000	35,000
7.	Verkauf ersteigeter Grundstücke	0,667	1,000	1,000
8.	Refinanzierungsdarlehen	57,000	21,000	27,000
9.	Entnahme aus dem Konto	45,712	0,000	0,000
	Gesamteinnahmen	200,687	118,731	126,407
	Ausgaben			
	AUFWENDUNGEN			
1.	Zinsen an den Bund	-4,360	-4,100	-4,064
2.	Refinanzierungszinsen tatsächlich	-6,426	-5,400	-4,500
3.	Refinanzierungszinsen geschätzt für zukünftige Programme	0,000	0,000	-0,810
	SONSTIGE AUSGABEN			
4.	Ersteigerung von Eigenheimen	-0,635	-1,000	-1,000
5.	Tilgung an den Bund	-24,176	-18,100	-20,000
6.	Zwischenfinanzierung Bundesmittel (Saldo Ein- und Auszahlung)	0,442	-2,200	0,900
7.	Auszahlung Baudarlehen und Aufwendungsdarlehen	-67,109	-64,800	-72,500
8.	Refinanzierungstilgung tatsächlich	-98,424	-18,500	-0,300
9.	Refinanzierungstilgung geschätzt für zukünftige Programme	0,000	0,000	0,000
10.	Zuführung an das Konto	0,000	-4,631	-24,132
	Gesamtausgaben	-200,687	-118,731	-126,407

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 0401 Ministerium	180
Kap. 0403 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter	189
Kap. 0405 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	197
Kap. 0406 Amt für Katastrophenschutz	199
Kap. 0407 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	201
Kap. 0410 Polizei	202
zu Kap. 0412 Ämter für Ländliche Räume	210
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	212
Stellenplan-Übersicht Hebungen	214
Stellenplan-Übersicht Umwandlungen	215

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit			
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter	
422 01						
Bedarf an Beamtinnen und Beamten						
FESTE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte						
B10	Staatssekretäre/-innen	1	1			
B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	1			
B5	Ministerialdirigenten/-innen	7	5	2		
B2	Ministerialräte/-innen	9	8			
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		18	15	0	2	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte						
A16	Ministerialräte/-innen	21	15	1		
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsbaudirektoren/-innen, Branddirektoren/-innen, Regierungsvermessungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen	26	23	1		
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberbrandräte/-innen, Oberregierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen	14	6	4		
A13 hD	Regierungsräte/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Regierungsvermessungsräte/-innen, Brandräte/-innen	4	3			
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	65	55 ²⁾			
A12	Amtsräte/-innen	53	48	6		
A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen, Regierungsbrandamtmänner/-frauen, Regierungsbauamtmänner/-frauen, Bibliotheksamtmänner/-frauen	47	38	6		
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Regierungsoberbrandinspektoren/-innen, Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Bibliotheksoberinspektoren/-innen	9	6	3		
A9 gD	Regierungsinspektoren/-innen	5	2	3		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	22	22 ¹⁾			
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	19	16	3		
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	4	1	3		
A6 mD	Regierungssekretäre/-innen	1	0			
A6 eD	Oberamtsmeister/-innen	2	1			
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		292	236	0	30	0
Verfügungstellen für den Austausch von Beamtinnen und Beamten						
A16	Ministerialräte/-innen	0	0			
A15	Regierungsdirektoren/-innen	0	0			
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1			
A13 hD	Regierungsräte/-innen	1	1			

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Summe [Verfügungsstellen für den Austausch von Beamtinnen und Beamten]:	2	2	0	0	0
Summe :	312	253	0	32	0

- 1) 6 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO. ausgestattet.
- 2) 1 Stellen der Bes.Gr. A13 g.D. sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.Gr. A 13 g.D. BBesO ausgestattet

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle A13 gD für ein freigestelltes Personalratmitglied (aus HH 1992)
- 1 Stelle A15 am 31.01.2007 gem. § 13 Abs. 7 Satz 5 HG 2004/2005 (Altersteilzeit) (aus HH 2006)
- 1 Stelle A13 gD am 31.01.2007 gem. § 13 Abs. 7 Satz 5 HG 2004/2005 (Altersteilzeit) (aus HH 2006)

Planstellen künftig umzuwandeln:

- 1 Stelle A6 eD in VIII jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (ehemals 2) (aus HH 2001)

Vermerke:

- 1 Stelle A11 darf nur zur Hälfte besetzt werden - aus Haushalt 1997 - vgl. Tit. 0901 - 422 01 zu BesGr. A 11 (bis zum Haushalt 2000 bei 1601) (aus HH 1997)
- 1 Stelle A11 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle A10 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Nachrichtlich:

Freistellung einer Verwaltungskraft für Tätigkeiten an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz gemäß § 17 Abs. 4 HG 2003:

- die Planstelle ist im Stellenplan enthalten -

	2005	2006
- Fachbereich Allgemeine Verwaltung		
- A 15 höherer Dienst	1	1
Summe zu -	1	1
Zusammen	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
1	B5				1							-2	nach 1301-422 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
2							1						nach 0401-425 01 SD B 5 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
3	B2				1							-1	nach 1301-422 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
4	A16		1									-6	Realisierung eines kw-Vermerkes aus HH 2004/2005
5					5								nach 1301-422 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
6				1									gem. § 50 Abs. 2 von 0501-42201
7							1						nach 0401-425 01 VergGr. I entsprechend der tatsächlichen Besetzung
8	A15				2							-3	nach 1301-422 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
9					1								nach 0410-422 01 (Reko III)
10	A14				2							-8	nach 1301-422 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
11					1								nach 0601 42201 aus Anlaß der Regierungsumbildung
12					1								nach 0410-422 01 (Reko III)
13							4						nach 0401-425 01 VergGr. I b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
14	A13 hD				1							-1	nach 0410-422 01 (Reko III)
15	A13 gD				9							-10	nach 1301-422 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
16					1								nach 0410-422 01 (Reko III)
17	A12				1							-5	nach 1301-422 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
18					1								nach 0410-422 01 (Reko III)
19							3						nach 0401-425 01 VergGr. III entsprechend der tatsächlichen Besetzung
20	A11				1							-9	Übertragung nach 0403-422 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
21					2								nach 1301-422 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
22					2								nach 0410-422 01 (Reko III)
23							4						nach 0401-425 01 VergGr. IV a entsprechend der tatsächlichen Besetzung
24	A10				1							-3	nach 0410-422 01 (Reko III)
25							2						nach 0401-425 01 VergGr. IV b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
26	A9 gD						3					-3	nach 0401-425 01 VergGr. V b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
27	A8						3					-3	nach 0401-425 01 VergGr. V c entsprechend der tatsächlichen Besetzung
28	A7						3					-3	nach 0401-425 01 VergGr. VI b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
29	A6 mD				1							-1	nach 1003-422 01 in Anwendung von § 12 b Nr. HG 2004/2005
30	A6 eD						1					-1	nach 0401-425 01 VergGr. VIII, Realisierung von ku-Vermerken
Summe:				1	1	34	25					-59	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- | | | | | |
|----------|--------|---------------|---|---------------|
| 1 Stelle | A15 | am 31.01.2007 | gem. § 13 Abs. 7 Satz 5 HG 2004/2005 (Altersteilzeit) | (aus HH 2006) |
| 1 Stelle | A13 gD | am 31.01.2007 | gem. § 13 Abs. 7 Satz 5 HG 2004/2005 (Altersteilzeit) | (aus HH 2006) |

geänderte Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

- | | | | | |
|----------|-------|---------|---|---------------|
| 1 Stelle | A6 eD | in VIII | jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (ehemals 2) | (aus HH 2001) |
|----------|-------|---------|---|---------------|

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- | | | | | |
|----------|--------|---------------|-------------------------------------|--------------------|
| 1 Stelle | A16 | am 30.04.2008 | mit Ausscheiden des Stelleninhabers | (aus HH 2004/2005) |
| 1 Stelle | A13 gD | am 30.09.2006 | mit Ausscheiden des Stelleninhabers | (aus HH 2004/2005) |
| 1 Stelle | A13 gD | am 31.12.2006 | mit Ausscheiden des Stelleninhabers | (aus HH 2004/2005) |

Planstellen künftig umzuwandeln:

- | | | | | |
|----------|-----|--------|---------------|--------------------|
| 1 Stelle | A15 | in A14 | am 31.12.2005 | (aus HH 2004/2005) |
|----------|-----|--------|---------------|--------------------|

Vermerke:

- | | | | | |
|----------|-------|---|--|---------------|
| 1 Stelle | A6 mD | darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden | | (aus HH 2001) |
|----------|-------|---|--|---------------|

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
425 01			
Bedarf an Angestellten			
<i>Verg. Gruppe</i>			
SD B 5	1	1	
SD B 2	0	0	
I	0	1	
I a	3	5	
I b	1	5	
II a	10	9	
III	3	4	
IV a	17	18	
IV b	15	13	
V b	6	7	
V b (Vz)	3	2	
V c	16	16	
VI b	15	14	
VI b (Vz)	8	7	
VII	13	12	
VII (S)	25	21	
VIII	8	9	
IX b	1	1	
Summe :	145	145	0

Stellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle I a (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle VIII darf nur mit einer oder einem Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)

Vermerke:

- 1 Stelle VI b darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle VII darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	SD B 5				1							0	nach 0501-425 01 auf Grund Regierungsumbildung
2							1						von 0401-422 01 BesGr. B 5 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
3	I						1					+1	von 0401-422 01 BesGr. A 16 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
4	I a	1										+2	
5				1									von 0601 42501 aus Anlaß der Regierungsumbildung
6	I b						4					+4	von 0401-422 01 BesGr. A 14 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
7	II a	1										-1	dadurch Minderausgaben bei 1103-533 12
8							2						nach 1301-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
9	III						2					+1	nach 1301-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
10								3					von 0401-422 01 BesGr. A 12 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
11	IV a						2					+1	nach 1301-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
12							2						nach 0410-425 01 (Reko III)
13				1									Übertragung von 0412-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
14							4						von 0401-422 01 BesGr. A 11 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
15	IV b						4					-2	nach 0410-425 01 (Reko III)
16								2					von 0401-422 01 BesGr. A 10 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
17	V b		1									+1	Realisierung kw-Vermerk
18							1						nach 1301-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
19								3					von 0401-422 01 BesGr. A 9 gD entsprechend der tatsächlichen Besetzung
20	V b (Vz)						1					-1	nach 1301-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
21	V c						2					0	nach 1301-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
22							1						nach 0410-425 01 (Reko III)
23								3					von 0401-422 01 BesGr. A 8 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
24	VI b						2					-1	nach 1301-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
25							2						nach 0410-425 01 (Reko III)
26								3					von 0401-422 01 BesGr. A 8 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
27	VI b (Vz)						1					-1	nach 0410-425 01 (Reko III)
28	VII		1									-1	Realisierung kw-Vermerk
29	VII (S)						1					-4	nach 1301-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
30							3						nach 0410-425 01 (Reko III)
31	VIII							1				+1	von 0401-422 01 BesGr. A 6 eD, Realisierung von ku-Vermerken
Summe:		2	2	2	27	25						0	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

weggefallene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle V c am 28.02.2007 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin (aus HH 2004/2005)

Stellenanzahl
2005 **2006**

426 01

Bedarf an Arbeiterinnen und Arbeitern

LohnGruppe

Cheff. 23 **23**

Pkw-F. 13 **13**

6 2 **2**

Summe : 38 **38**

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle Cheff. mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2004/2005)

Stellenanzahl **Vom Soll 2005 waren**
am 01.02.2005 besetzt mit
2005 **2006** beamteten Ange- Arbeiterinnen,
Hilfskräfte stellen Arbeiter

422 62

Zur Einstellung von Nachwuchskräften

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A13 hD Regierungsräte/-innen 17 **1**

Summe : 17 **1** 0 0 0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 hD						16					-16	nach 0401-425 62 VergGr. II a entsprechend der tatsächlichen Besetzung
Summe:							16					-16	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
425 62			
<i>Verg.Gruppe</i>			
II a	0	16	
Auszub.	66	66	
Ausz. g.D.	90	90	
Summe :	156	172	0

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	II a					16						+16	von 0401-422 62 BesGr. 13 hD entsprechend der tatsächlichen Besetzung
Summe:						16						+16	

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
422 66					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten Zentraler Stellenpool					
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A13 hD Regierungsräte/-innen	0	0			
A13 gD Oberamtsräte/-innen	0	0			
A12 Amträte/-innen	0	0			
A9 gD Regierungsinspektoren/-innen	0	0			
A6 mD Regierungssekretäre/-innen	0	0			
Summe :	0	0	0	0	0

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
425 66			
Bedarf an Angestellten Zentraler Stellenpool			
<i>Verg.Gruppe</i>			
VI b	0	0	
VII	0	0	
VII (S)	0	0	
VIII	0	0	
Summe :	0	0	0

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesvermessungsamt					
B3	Direktor/-in des Landesvermessungsamtes	1	1		
Summe [Landesvermessungsamt]:		1	1	0	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesvermessungsamt					
A16	Leitende Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	1	1		
A15	Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	3	3		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/-innen	5	5		
A13 hD	Regierungsvermessungsräte/-innen	0	0		
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	5	5		
A12	Amtsräte/-innen	7	7		
A11	Regierungsvermessungsamt männer/-frauen, Regierungskartographenamt männer/-frauen	11	12		
A10	Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	1	1		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	2	2		
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	1	1		
A7	Regierungsvermessungsobersekretär/-innen, Regierungskartographenobersekretäre/-innen	3	3		
Summe [Landesvermessungsamt]:		39	40	0	0
Katasterämter					
A16	Leitende Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	2	2		
A15	Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	8	8		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/-innen	7	7		
A13 hD	Regierungsvermessungsräte/-innen	3	1		
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	11	11		
A12	Amtsräte/-innen	23	22		
A11	Regierungsvermessungsamt männer/-frauen, Regierungskartographenamt männer/-frauen	28	21		
A10	Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	1	1		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	7	7 ¹⁾		
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	14	14		
A7	Regierungsvermessungsobersekretär/-innen, Regierungskartographenobersekretäre/-innen	4	0		
Summe [Katasterämter]:		108	94	0	0
Summe :		148	135	0	0

1) 2 Stellen mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO. ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A13 gD	am 30.09.2010	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2003)
1 Stelle	A8	am 31.03.2012	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2003)
1 Stelle	A11	am 29.02.2008	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme Altersteilzeit	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A15	am 31.08.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A13 gD	am 31.12.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A11	am 30.04.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A11	am 31.05.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A11	am 30.09.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A11	am 31.12.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	A14	in A13 hD	am 31.01.2009	strukturelle Verbesserung	(aus HH 2004/2005)
----------	-----	-----------	---------------	---------------------------	--------------------

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landesvermessungsamt													
1	A11			1								+1	Übertragung von 0401-422 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
Katasterämter													
2	A13 hD		2									-2	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
3	A12				1							-1	Übertragung im Zusammenhang mit Aufgabenübergang an das Landesarchiv
4	A11		7									-7	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
5	A7		1									-4	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
6							3						nach 0403-425 01 VerGr. VI b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
Summe:			10	1	1		3					-13	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 31.08.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A13 gD	am 31.12.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A11	am 30.04.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A11	am 31.05.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A11	am 30.09.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A11	am 31.12.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2005	2006
422 03			
	Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst		
	<i>Bes. Gruppe</i>		
	Landesvermessungsamt		
	Anw. hD Regierungsvermessungsreferendare/-innen	6	6
	Anw. gD Regierungsvermessungsoberinspektoranwärter/-innen, Regierungskartographenoberinspektoranwärter/-innen	6	6
	Summe [Landesvermessungsamt]:	12	12
	Summe :	12	12

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
425 01			
Bedarf an Angestellten Verg. Gruppe			
Landesvermessungsamt			
III	9	9	
IV a	21	21	
IV b	9	11	
V c	24	25	
VI b	18	18	
VII	13	13	
VIII	4	4	
Auszub.	4	4	
Summe [Landesvermessungsamt]:	102	105	0
Katasterämter			
III	14	14	
IV a	44	44	
IV b	27	12	
V a	2	2	
V b	0	0	
V c	100	99	
VI b	120	122	
VII	43	49	
VIII	7	6	
Auszub.	50	50	
Summe [Katasterämter]:	407	398	0
Summe :	509	503	0

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	III		für ein freigestelltes Personalratsmitglied	(aus HH 1990)
1 Stelle	IV b	am 31.03.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	IV b	am 30.09.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	IV b	am 31.10.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	IV b	am 30.11.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
2 Stellen	IV b	am 30.04.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VII	am 30.06.2006	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2003 mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers (ehemals 5)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VII	am 31.03.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
8 Stellen	VII	am 30.06.2007	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers	(aus HH 2006)
1 Stelle	VII	am 31.10.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
11 Stellen	VII	am 30.06.2008	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers	(aus HH 2006)
1 Stelle	VIII	am 30.04.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VIII	am 31.07.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
2 Stellen	VIII	am 31.08.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VIII	am 31.01.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle VIII am 31.08.2008 Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen) (aus HH 2006)

Vermerke:

2 Stellen V a dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

1 Stelle VI b darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landesvermessungsamt													
1	IV b			2								+2	Verlagerung von Aufgaben (Geodatenmanagement)
2	V c			1								+1	Übergang im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Geodateninformationssystems
Katasterämter													
3	IV b		13									-15	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
4					2								Verlagerung von Aufgaben (Geodatenmanagement)
5	V c				1							-1	Übergang im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Geodateninformationssystems
6	VI b				1							+2	Übertragung im Zusammenhang mit Aufgabenübergang an das Landesarchiv
7						3							von 0403-422 01 BesGr. A 7 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
8	VII	8										+6	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 - Übernahme Nachwuchskräfte
9		11											gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 - Übernahme Nachwuchskräfte
10			7										Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
11			6										Realisierung von kw-Vermerken
12	VIII		1									-1	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
Summe:		19	27	3	4	3						-6	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	IV b	am 31.03.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	IV b	am 30.09.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	IV b	am 31.10.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	IV b	am 30.11.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
2 Stellen	IV b	am 30.04.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VII	am 30.06.2006	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2003 mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers (ehemals 5)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VII	am 31.03.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
8 Stellen	VII	am 30.06.2007	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers	(aus HH 2006)
1 Stelle	VII	am 31.10.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
11 Stellen	VII	am 30.06.2008	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2006)
1 Stelle	VIII	am 30.04.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VIII	am 31.07.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
2 Stellen	VIII	am 31.08.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VIII	am 31.01.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	VIII	am 31.08.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	1-4	am 30.06.2006	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	1-4	am 28.02.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	1-4	am 31.03.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	1-4	am 30.04.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	1-4	am 31.10.2007	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	1-4	am 31.03.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	1-4	am 30.11.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	1-4	am 31.12.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)	(aus HH 2006)

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A15 Branddirektoren/-innen	1	1		1	
A13 gD Oberamtsräte/-innen	1	1			
A12 Amträte/-innen	4	4		2	
A11 Regierungsbrandamtmänner/-frauen	3	3			
A10 Regierungsoberbrandinspektoren/-innen	1	1			
A9 mD Hauptbrandmeister/-innen	2	2			1
Summe :	12	12	0	3	1

	Stellenanzahl			
	2005	2006		
422 03				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst				
<i>Bes. Gruppe</i>				
Anw. hD Brandreferendare/-innen			1	1
Anw. gD Regierungsbrandinspektorwärter/-innen			2	2
Summe :			3	3

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit	
	2005	2006	Arbeiterinnen, Arbeiter	
425 01				
Bedarf an Angestellten				
<i>Verg. Gruppe</i>				
III	0	1		
IV a	6	5		1
V c	4	4		
VI b	1	1		
VII	1	1		
VII (S)	1	1		
Summe :	13	13		1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange-stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A15 Regierungsdirektoren/-innen	2	2			
A13 gD Oberamtsräte/-innen	1	1			
A12 Amträte/-innen	3	2		1	
A11 Regierungsamt männer/-frauen	1	1			
A9 mD Amtsinspektoren/-innen	2	2			
A8 Regierungshauptsekretäre/-innen	1	1			
Summe :	10	9	0	1	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparungen	Über-tragungen		Umwand-lungen		Hebung		Herabgrup-pierungen		Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A12						1					-1	nach 0406-425 01 VergGr. III entsprechend der tatsächlichen Besetzung
Summe:							1					-1	

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit	
	2005	2006	Arbeiterinnen, Arbeiter	
425 01				
Bedarf an Angestellten				
<i>Verg.Gruppe</i>				
I b	1	1		
III	0	1		
IV a	4	4		
V c	2	2		
VII	1	1		
VII (S)	1	1		
Summe :	9	10	0	

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Ein-sparungen	Über-tragungen		Umwand-lungen		Hebung		Herabgrup-pierungen		Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	III					1						+1	von 0406-422 01 BesGr. A 12 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
Summe:						1						+1	

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
422 65					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten Landesamt für Ausländerangelegenheiten					
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A15 Regierungsdirektoren/-innen	1	1			
A14 Oberregierungsräte/-innen	1	1			
A13 gD Oberamtsräte/-innen	2	2			
A12 Amtsräte/-innen	1	1			
A11 Regierungsamtmänner/-frauen	3	3			
A10 Regierungsoberinspektoren/-innen	1	1			
A9 mD Amtsinspektoren/-innen	6	6 ¹⁾			
A8 Regierungshauptsekretäre/-innen	2	2			
Summe :	17	17	0	0	0

1) 1 Planstelle ist mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.

Vermerke:

1 Stelle A11 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit
	2005	2006	Arbeiterinnen, Arbeiter
425 65			
Bedarf an Angestellten Landesamt für Ausländerangelegenheiten			
<i>Verg.Gruppe</i>			
IV a	2	2	
V b	3	3	
V c	6	6	
VI b	12	12	
VII	2	2	
VII (S)	0	0	
Summe :	25	25	0

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
B3	Landespolizeidirektor/-in, Direktor/-in des Landeskriminalamtes	2	2		
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A16	Leitende Polizeidirektoren/-innen, Leitende Kriminaldirektoren/-innen	9	9		
A16	Leitende Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	1	1		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	0	1		
A15	Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	4	4		
A15	Wissenschaftliche Direktoren/-innen	1	1		
A15	Polizeischulrektoren/-innen	1	1		
A15	Polizeidirektoren/-innen, Kriminaldirektoren/-innen	31	32		
A14	Oberregierungsräte/-innen	0	1		
A14	Polizeioberräte/-innen, Kriminaloberräte/-innen	29	29		
A14	Polizeischulkonrektoren/-innen	1	1		
A14	Wissenschaftliche Oberräte/-innen	7	6		1
A13 hD	Regierungsräte/-innen	2	3		
A13 hD	Polizeiräte/-innen, Kriminalräte/-innen	23	22		
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	8	9		
A13 gD	Polizeischuloberlehrer/-innen	7	6		1
A13 gD	Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	48	48		
A13 gD	Erste Polizeihauptkommissare/-innen	75	77		
A12	Amtsräte/-innen	8	9		
A12	Kriminalhauptkommissare/-innen	107	107		
A12	Polizeihauptkommissare/-innen	162	161		
A11	Regierungsamtänner/-frauen	12	14		
A11	Kriminalhauptkommissare/-innen	240	239		
A11	Polizeihauptkommissare/-innen	457	453		4
A11	Verwaltungsamtänner/-frauen	1	1		
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	13	13		1
A10	Verwaltungsoberinspektoren/-innen	3	3		
A10	Kriminaloberkommissare/-innen	375	374		1
A10	Polizeioberkommissare/-innen	1.087	1.179 ¹⁾		3
A9 gD	Regierungsinspektoren/-innen	5	5		
A9 gD	Kriminalkommissare/-innen	226	254		
A9 gD	Polizeikommissare/-innen	634	676		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	49	49 ²⁾		
A9 mD	Polizeihauptmeister/-innen	1.698	1.628		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	18	16		2
A8	Polizeiobermeister/-innen	1.012	893		4
A8	Verwaltungshauptsekretäre/-innen	0	0		
A7	Regierungsobersekretäre/-innen, Regierungsfischereiobersekretäre/-innen	5	1		2
A7	Polizeimeister/-innen	304	349		2
Summe :		6.665	6.677	0	19
				2	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) -
- 2) -

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen A13 gD	(EPHK) für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2006)
1 Stelle A12	(PHK) für ein freigestelltes Personalratsmitglied	(aus HH 2006)

Planstellen künftig umzuwandeln:

50 Stellen A9 mD	in A8	(PHM) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber	(aus HH 1998)
50 Stellen A9 mD	in A8	(PHM) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber	(aus HH 1999)

Vermerke:

1 Stelle A11	(RA) darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
--------------	--	---------------

Dienstwohnungen:

12 Beamtinnen, Beamte des ländlichen Dienstes BesGr. A 7 bis A 9

Nachrichtlich:

Freistellung von Polizeivollzugsbeamten/-innen für Tätigkeiten an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz gemäß § 17 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2004/2005:

	2005	2006
1. Fachbereich Polizei		
1.1 A 14 höherer Dienst	1	
1.2 A 13 höherer Dienst	1	2
1.3 gehobener Dienst	0	1
1.4 A 12 gehobener Dienst	0	1
1.5 A 11 gehobener Dienst	1	
<i>Summe zu 1.</i>	3	4
Zusammen	3	4

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15			1								+1	von 0401-422 01 (Reko III)
2	A15							1				+1	aus A 14; Besetzung von Führungsposition nach Reko III
3	A14			1								+1	von 0401-422 01 (Reko III)
4	A14								1			0	in A 15; Besetzung von Führungsposition nach Reko III
5								1					aus A 13 hD; Besetzung von Führungsposition nach Reko III
6	A14						1					-1	in VergGr. I b gem. tatsächlicher Besetzung
7	A13 hD			1								+1	von 0401-422 01 (Reko III)
8	A13 hD									1		-1	in A 14; Besetzung von Führungsposition nach Reko III
9	A13 gD			1								+1	von 0401-422 01 (Reko III)
10	A13 gD						1					-1	in VergGr. II a gem. tatsächlicher Besetzung
11	A13 gD	2										+2	kw-Vermerk: 2 Planstellen A 13 gD (EPHK) für freigestellte Personalratsmitglieder (aus HH 2004/2005)
12	A12			1								+1	von 0401-422 01 (Reko III)
13	A12	1										-1	kw-Vermerk: 1 Planstelle A 12 (PHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (aus HH 2004/2005)
14			2										Realisierung kw-Vermerk 2 Stellen A 12 (PHK) für freigestellte Personalratsmitglieder (aus HH 2002)
15	A11			2								+2	von 0401-422 01 (Reko III)
16	A11		1									-1	Realisierung kw-Vermerk 1 Stelle A 11 (KHK) für ein freigestelltes Personalratsmitglied (aus HH 2002)
17	A11						4					-4	in VergGr. IV a gem. tatsächlicher Besetzung
18	A10			1								0	von 0401-422 01 (Reko III)
19								1					in VergGr. IV b gem. tatsächlicher Besetzung
20	A10							1				-1	in VergGr. IV b gem. tatsächlicher Besetzung
21	A10							3				+92	in VergGr. IV b gem. tatsächlicher Besetzung
22								50					aus A 9 mD; Strukturkonzept zur Verbesserung Aufstiegschancen mittlerer Dienst gem. Koalitionsvertrag und Dringlichkeitsvorlage 167/2005
23								45					aus A 8; Strukturkonzept zur Verbesserung Aufstiegschancen mittlerer Dienst gem. Koalitionsvertrag und Dringlichkeitsvorlage 167/2005
24	A9 gD					28						+28	Gem. tatsächlicher Besetzung nach Laufbahnwechsel
25	A9 gD						28					+42	Gem. tatsächlicher Besetzung nach Laufbahnwechsel
26								70					Aus A 8 zur Übernahme von Beamtinnen und Beamten nach Beendigung der Ausbildung an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung; Maßnahme zur Erhöhung des Anteils im gehobenen Dienst.
27	A9 mD									50		-70	in A 10; Strukturkonzept zur Verbesserung Aufstiegschancen mittlerer Dienst gem. Koalitionsvertrag und Dringlichkeitsvorlage 167/2005
28												20	In A 7 zur Realisierung vom ku-Vermerk "20 Stellen A 9mD in A 7, (PHM) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (aus HH 1999)"

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

40 Stellen A9 gD am 31.07.2008 gem. § 12 b Nr. 7 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2006)

Stellenanzahl

2005 **2006**

422 03

Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. gD Polizeikommissaranwärter/-innen, Kriminalkommissaranwärter/-innen 200 **185**

Anw. mD Polizeimeisteranwärter/-innen, Kriminalmeisteranwärter/-innen 385 **375**

Summe : 585 **560**

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. gD		15									-15	Wegfall von Stellen nach Ausbildungsende im Rahmen des Sicherheitspaketes
2	Anw. mD		10									-10	Wegfall von Stellen nach Ausbildungsende im Rahmen des Sicherheitspaketes
Summe:			25									-25	

Einstellungen 2006: 180 Anwärterinnen und Anwärter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
425 01			
Bedarf an Angestellten			
Verg.Gruppe			
I a	1	1	
I b	2	3	
II a	3	4	
III	6	6	
IV a	16	22	
IV b	30	39	
V a	0	0	
V b	18	21	
V c	135	142	
VI b	84	89	
VI b (Vz)	0	1	
VII	274	280	
VII (S)	140	137	
VIII	29	29	
Auszub.	5	5	
Summe :	743	779	0

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	VII	am 30.01.2006	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2003 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens am 30.01.2006	(aus HH 2004/2005)
3 Stellen	V b	am 31.07.2008	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2006)
2 Stellen	VII	am 20.06.2008	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2006)

Vermerke:

1 Stelle	V b	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
4 Stellen	V c	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
4 Stellen	VI b	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
15 Stellen	VII	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	VII	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)
2 Stellen	VIII	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)
1 Stelle	VII	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
4 Stellen	VII	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	VII (S)	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	V c	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	VI b	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
2 Stellen	VI b	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	VII	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
3 Stellen	VII	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
5 Stellen	VII (S)	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	VI b	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2006)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	I b					1						+1	aus BesGr. A 14 gem. tatsächlicher Besetzung
2	II a					1						+1	aus BesGr. A 13 gD gem. tatsächlicher Besetzung
3	IV a			2								+6	von 0401-425 01 (Reko III)
4						4							aus BesGr. A 11 gem. tatsächlicher Besetzung
5	IV b			4								+9	von 0401-425 01 (Reko III)
6						3							aus BesGr. A 10 gem. tatsächlicher Besetzung
7						1							aus BesGr. A 10 gem. tatsächlicher Besetzung
8						1							aus BesGr. A 10 gem. tatsächlicher Besetzung
9	V b	3										+3	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 - Übernahme Nachwuchskräfte
10	V c			1								+7	von 0401-425 01 (Reko III)
11						2							aus BesGr. A 8 gem. tatsächlicher Besetzung
12						4							aus BesGr. A 8 gem. tatsächlicher Besetzung
13	VI b	1										+5	als neue Stelle zu übernehmen; übertragen von Kap. 0620 - Muthesius Kunsthochschule - mit Vermerk:"Die Stelle darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden".
14				2									von 0401-425 01 (Reko III)
15						2							aus BesGr. A 7 gem. tatsächlicher Besetzung
16	VI b (Vz)			1								+1	von 0401-425 01 (Reko III)
17	VII	2										+6	gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 - Übernahme Nachwuchskräfte
18			2										gem. § 12 b Nr. 2 HG 2002 mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen, Stelleninhaber, spätestens am 17.07.2005 (aus HH 2003)
19						6							gem. beabsichtigter neuer Aufgabenzuweisung
20	VII (S)			3								-3	von 0401-425 01 (Reko III)
21							6						gem. beabsichtigter neuer Aufgabenzuweisung
Summe:		6	2	13		25	6					+36	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

- 3 Stellen V b am 31.07.2008 gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers (aus HH 2006)
- 2 Stellen VII am 20.06.2008 gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder des Stelleninhabers (aus HH 2006)

Vermerke:

- 1 Stelle VI b darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2006)

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellenanzahl

2005 **2006**

426 01

Bedarf an Arbeiterinnen und Arbeitern

LohnGruppe

Cheff.

0 **0**

8

13 **14**

6

17 **17**

5

18 **19**

1-4

70 **70**

Auszu.

3 **3**

Summe :

121 **123**

Vermerke:

1 Stelle 1-4 darf ab 01.01.2005 nur zur Hälfte besetzt werden (Auflösung des Internats Schloss Plön)

(aus HH 2002)

Dienstwohnungen:

0 Arbeiterinnen und Arbeiter

Lfd. Nr.	LohnGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	8					1						+1	aus BesGr. A 7 gem. tatsächlicher Besetzung
2	5					1						+1	aus BesGr. A 7 gem. tatsächlicher Besetzung
Summe:						2						+2	

Stellenanzahl

2005 **2006**

426 02

Bedarf an ständigen, nur teilbeschäftigten Kräften

LohnGruppe

1-4

0 **0**

Summe :

0 **0**

04 12 Ämter für Ländliche Räume

Das Kapitel 04 12 ist nach Kapitel 13 52 übertragen worden.

04 Innenministerium

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2006

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Angestellte	Nachwuchs- kräfte	Arbeiterinnen u. Arbeiter	Summe Spalte 4-9
			422 01 422 TG	Z.A. 422 02	im Vorb.D. 42203				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
0401	Ministerium	2006	254	-	-	161	156	38	609
		2005	329	-	-	145	156	38	668
0403	Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter	2006	135	-	12	449	54	123	773
		2005	148	-	12	455	54	130	799
0405	Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	2006	12	-	3	13	-	12	40
		2005	12	-	3	13	-	13	41
0406	Amt für Katastrophenschutz	2006	9	-	-	20	-	21	50
		2005	10	-	-	19	-	22	51
0407	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	2006	17	-	-	25	-	-	42
		2005	17	-	-	25	-	-	42
0410	Polizei	2006	6.677	40	560	774	8	120	8.179
		2005	6.665	-	585	738	8	118	8.114
Summe		2006	7.104	40	575	1.442	218	314	9.693
		2005	7.181	-	600	1.395	218	321	9.715

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2006

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen	ständ. Teilbeschäftigte		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 11+12		Angestellte 425 02	Arbeiter 426 02			
11	12	13	14	15	16	18	19	20
-	-	-	-	-	-	- 2006	Ministerium	0401
-	-	-	-	-	-	- 2005		
-	-	-	-	-	-	- 2006	Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter	0403
-	-	-	-	-	-	- 2005		
-	-	-	-	-	-	- 2006	Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	0405
-	-	-	-	-	-	- 2005		
-	-	-	-	-	-	- 2006	Amt für Katastrophenschutz	0406
-	-	-	-	-	-	- 2005		
-	-	-	-	-	-	- 2006	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	0407
-	-	-	-	-	-	- 2005		
-	-	-	-	-	-	- 2006	Polizei	0410
-	-	-	-	-	-	- 2005		
-	-	-	-	-	-	- 2006		Summe
-	-	-	-	-	-	- 2005		

04 Innenministerium

Hebungen 2006

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Angestellte		Arbeiter		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus VergGr.	in VergGr.	aus LohnGr.	in LohnGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 05	Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens						1
			IV a	III			
04 06	Amt für Katastrophenschutz						2
			VI b	V a			
04 10	Polizei						1 1 50 70 45
	A14	A15					
	A13 hD	A14					
	A9 mD	A10					
	A8	A9 gD					
	A8	A10					
Summe	167	167	3	3	0	0	170

04 Innenministerium

Umwandlungen 2006

Kapitel	aus				in				Zahl
	422 01	422 02	425 01 425 61 ff	426 01 426 61 ff	422 01	422 02	425 01 425 61 ff	426 01 426 61 ff	
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	Beamtete Hilfskräfte BesGr.	Angestellte VergGr.	Arbeiterinnen und Arbeiter LohnGr.	Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	Beamtete Hilfskräfte BesGr.	Angestellte VergGr.	Arbeiterinnen und Arbeiter LohnGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
04 01	Ministerium								
	B5						SD B 5		1
	A16						I		1
	A14						I b		4
	A13 hD						II a		16
	A12						III		3
	A11						IV a		4
	A10						IV b		2
	A9 gD						V b		3
	A8						V c		3
	A7						VI b		3
	A6 eD						VIII		1
04 03	Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter								
	A7						VI b		3
04 06	Amt für Katastrophenschutz								
	A12						III		1
04 10	Polizei								
	A9 gD				A9 gD				28
	A7				A7				2
	A14						I b		1
	A13 gD						II a		1
	A11						IV a		4
	A10						IV b		3
	A10						IV b		1
	A10						IV b		1
	A8						V c		2
	A8						V c		4
	A7						VI b		2
	A7							8	1
	A7							5	1
			VII (S)				VII		6
Summe	96	0	6	0	30	0	70	2	102